

Abschlußarbeit

zur Erlangung des Magister Artium  
im Fachbereich Neuere Philologien  
der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Institut für Deutsche Sprache und Literatur II

Thema:

UNTERSUCHUNGEN ZUM SPRACHGEBRAUCH  
BEI BUNDESTAGSWAHLKÄMPFEN  
UM DIE GUNST JUNGER WÄHLER.

1. Gutachter: Prof. Dr. Horst Dieter Schlosser
2. Gutachter: Prof. Dr. E. Metzner

vorgelegt von: André Horch  
aus: Offenbach a. M.

Frankfurt a. M., im Juni 1998

## Inhaltsverzeichnis:

Einleitung .....	4
<b>1 Zur Kommunikationssituation der Parteien und der „Jugend“ in der 13. Wahlperiode (1994-1998) .....</b>	<b>5</b>
1.1 Zur Funktion der Sprache in der Politik .....	5
1.2 Der eingeschränkte Kommunikationsprozeß zwischen Wähler und Politiker .....	6
1.3 Die Kommunikationspartner: .....	9
1.3.1 Die Gruppe der Jugendlichen .....	9
1.3.2 Die Parteien und ihre Sonderorganisationen (Jugendverbände) .....	12
<b>2 Quantitativ-semantische Textanalyse zur heuristischen Bestimmung des Sprachgebrauchs .....</b>	<b>17</b>
2.1 Material .....	17
2.1.1 Zur Bestimmung und Auswahl der Textsorte .....	18
2.2 Aufgabenstellung .....	20
2.3 Untersuchungsmethode .....	20
2.3.1 Kurze Einführung in die computergestützte Textanalyse ....	22
2.4 Die Formulierung der Suchkategorien für die Textanalyse ..	23
2.5 Formale Textmaße: „Gesamtfrequenz“ .....	26
2.5.1 Formale Textmaße: Type-Token Ratio („Textstil“) .....	27
2.6 Grafische Ergebnisdarstellung: .....	28
2.6.1 Modalverben, Konjunktionen und weitere charakteristische Textmerkmale .....	28
2.6.2 Gruppenbezeichnungen .....	31
2.6.3 Weitere Gruppenbezeichnungen (Parteiennennung) .....	35
2.6.4 „Schlagwörter“, „Schlüsselwörter“ und andere politische Termini .....	38
2.6.5 „Hochwertwörter“ .....	48
<b>3 Computergestützte Kontextanalyse des Textcorpus zum Zwecke der Beschreibung des Sprachgebrauchs, des Weltbildes sowie der themenbezogenen Assoziationsfelder ..</b>	<b>52</b>
3.1 Das Textmodell der CDU .....	55
3.2 Das Textmodell der Jungen Union .....	59
3.3 Das Textmodell der SPD .....	62
3.4 Das Textmodell der Jusos .....	66
3.5 Das Textmodell von Bündnis90/DIE GRÜNEN .....	69
3.6 Das Textmodell des GAJB .....	72
<b>4 Zusammenfassung der Ergebnisse .....</b>	<b>74</b>
5 Ausblick .....	80
6 Literaturverzeichnis .....	82
7 Anhang: Textcorpus (Werbematerialien)	Fehler! Textmarke nicht definiert

### **Abbildungsverzeichnis:**

Abbildung 1 .....	27
Abbildung 2 .....	29
Abbildung 3 .....	32
Abbildung 4 .....	37
Abbildung 5 .....	39
Abbildung 6 .....	50
Abbildung 7 .....	59
Abbildung 8 .....	62
Abbildung 9 .....	66
Abbildung 10 .....	69
Abbildung 11 .....	72

### **Tabellenverzeichnis:**

Tabelle 1 .....	28
Tabelle 2 .....	29
Tabelle 3 .....	31
Tabelle 4 .....	36
Tabelle 5 .....	38
Tabelle 6 .....	38
Tabelle 7 .....	49

## Einleitung

Eines der charakteristischsten Merkmale der Sprache in der Politik zeigt sich in ihrer Funktion als Kommunikationsmittel zwischen den unterschiedlichen Interessensgruppen. Die Sprache in der Politik bietet daher die Möglichkeit, auf Gewalt zu verzichten: „Wo Politik sprachlos wird,“, so Walther Dieckmann, „hört Politik auf.“<sup>1</sup>.

Eine zentrale Aufgabe der Politik in einer Demokratie ist die Erzeugung von Zustimmungsbereitschaft in der Öffentlichkeit. Für die Darstellung der eigenen Interessen verwenden politische Gruppen die Symbolwelt der Sprache.

Konkurrierende Parteien verfolgen das sprachliche Ziel, gegnerische Parteien zu kritisieren, die eigenen Ziele darzustellen und für Zustimmungsbereitschaft in der Öffentlichkeit zu werben.

Eine Untersuchung der politischen Gruppen, welche sich auf die Sprachverwendung der Sprachbenutzer konzentriert, geht davon aus, daß sich die unterschiedlichen Interessen, Überzeugungen und Weltbilder auch im Sprachgebrauch nachweisen lassen.

Für eine linguistische Analyse sprachlicher Zeichen stehen drei Ebenen zur Auswahl: Syntax (Zeichen und ihre Beziehungen untereinander), Semantik (Beziehungen zwischen Zeichen und dem von ihnen Bezeichneten) und Pragmatik (Zeichen in Beziehung zu ihren Verwendern).

Für die Analyse des Sprachgebrauchs parteipolitischer Äußerungen muß eine Untersuchungsebene gewählt werden, welche die typischen Eigenschaften der Sprache in der Politik beschreibt: die kommunikativen und pragmatischen Beziehungsaspekte zwischen Sender und Empfänger.

Der Personenkreis von Parteien und Wählern soll im weiteren auf junge Wahlberechtigte (18-24 Jahre) und Parteien beschränkt werden, welche in der Gunst junger Wahlberechtigter stehen. Diese sind: die Parteien der CDU, SPD sowie Bündnis90/DIE GRÜNEN.

Viele junge Menschen befinden sich derzeit in der Krise: Der Rückgang der zur Wertschöpfung gesellschaftlich notwendigen Arbeit, der auf die zunehmende Rationalisierung und Automatisierung („jobless growth“) der Wirtschaft zurückzuführen ist, erschüttert zunehmend das gesellschaftliche Fundament westlicher Industriestaaten. Besonders für junge Menschen bedeutet dies, daß sich der Abschluß der Jugendphase verzögert, da die Grundlage für den Eintritt in das Erwachsenenleben, die Erwerbsarbeit als dessen ökonomisches Fundament, nicht mehr für alle gegeben ist. Lösungen zur Bewältigung dieser Krise werden daher vor allem von den politischen Parteien erwartet.

Die vorliegende Arbeit will durch die Beantwortung der Frage, welche sprachlichen Mitteln die Parteien verwenden, um junge Wahlberechtigte für sich zu gewinnen, einen Beitrag zur Verbesserung der offenen Vermittlung von politischen Interessen erbringen.

Ebenfalls von Interesse ist dabei die Frage, wie „leistungsfähig“ das Parteiensystem hinsichtlich der Repräsentations- und Integrationsfähigkeit der Interessen und Bedürfnisse der jungen Wähler ist, d. h. wie es die Interessen der jungen Erwachsenen zu berücksichtigen imstande ist, und inwieweit es sprachliche „Strategien“ der Persuasion oder gar der ideologiebehafteten Uminterpretation der außersprachlichen Wirklichkeit verwendet.

---

<sup>1</sup> Dieckmann, Walther: Sprache und Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache, Heidelberg 1969, S. 29.

Zunächst soll der Blick auf jene Aspekte gelenkt werden, welche für die Kommunikation zwischen den jungen Wahlberechtigten und den Parteien charakteristisch sind: Das Kommunikationsmedium, der Kommunikationsprozeß und dessen Kommunikationspartner.

# **1      Zur Kommunikationssituation der Parteien und der „Jugend“ in der 13. Wahlperiode (1994-1998)**

## **1.1    Zur Funktion der Sprache in der Politik**

Eine allgemeine Funktionsbestimmung der Sprache darf nicht auf die Deskriptionsfunktion der Sprache beschränkt bleiben. W. Dieckmann bemerkt dazu: „Es ist eine noch immer verbreitete Annahme, Sprache habe die ursprüngliche und hauptsächliche Funktion, Ideen mitzuteilen oder über Umweltdaten zu informieren“<sup>2</sup>. Mit Ausnahme wissenschaftlicher Publikationen begnügt sich die Sprachverwendung selten auf eine rein deskriptive Textfunktionen: „In normaler nichtfachsprachlicher Verwendung erfüllt Sprache mehrere ‚Funktionen‘ zugleich, ist sie ‚polyfunktional‘.“<sup>3</sup>. Gemäß Karl Bühler's Organon-Modell erlaubt Sprache zum Zwecke der Kommunikation zugleich, einen Sachverhalt zu beschreiben (Darstellung), durch die Wahl von negativ oder positiv konnotierten Ausdrücken, den Empfänger in seinen Einstellungen und Handlungen zu beeinflussen (Appell) sowie die „Innenwelt“, d. h. die Absicht, Werteinschätzungen, Befindlichkeiten des Sprechers darstellbar zu machen (Ausdrucks- und Symptomfunktion)<sup>4</sup>.

Obwohl die Sprache in der Politik zum Zwecke der Darlegung komplexer Probleme und Sachverhalte und zum Zwecke der Information der Öffentlichkeit die Fachsprachen der Wirtschaft, des Finanzwesens, der Forschung etc. und eine „Organisationssprache, beispielsweise durch den Gebrauch der Lexeme „Hammelsprung“, „Fraktionsführer“ etc., verwendet, ist sie mehr als eine Sondersprache<sup>5</sup>. Eine reine Fachsprache der Politik verwendet einzig die Politikwissenschaft, die sich der sachlichen Analyse verpflichtet hat und sich deshalb in puncto Intention und Funktion von der Sprachverwendung der Politik unterscheidet.

Im Gegensatz zu wissenschaftlichen Publikationen begnügt sich die Sprache in der Politik selten auf eine rein deskriptive Textfunktion, sondern wird zumeist mit der Absicht verwendet, emotional für die eigene Partei zu werben und den Einfluß des politischen Gegners abzubauen. In einer pluralistischen Gesellschaft formulieren daher politische Gruppen ihre Beiträge zur Normendiskussion als werbende Botschaften (Reden, Aktionsprogramme, Grundsatzprogramme, etc.), welche zum Zwecke des Machterhalts und Machterwerbs möglichst viele Wähler zu beeinflussen und für die eigenen politischen Ziele zu gewinnen beabsichtigen. Die Intention des Politikers zielt darauf, die parlamentarische Mehrheit zu gewinnen und auf die ständig im Wandel befindlichen Rechtsnormen, Einfluß zu nehmen<sup>6</sup>.

Das charakteristische Merkmal der Sprache in der Politik ist ihre Wirkungsabsicht. So werden beispielsweise verdeckte Imperative, Adhortative und appellative Elemente geschickt mit informativen

---

<sup>2</sup> S. o. Anm. 1, S. 26.

<sup>3</sup> Bachem, Rolf: Einführung in die Analyse politischer Texte, München 1979, S. 14.

<sup>4</sup> Vgl. Bühler, Karl: Sprachtheorie. Die Darstellungsfunktion der Sprache, Stuttgart 1965.

<sup>5</sup> Vgl. Anm. 3, S. 13.

<sup>6</sup> Vgl. Anm. 3, S. 14.

Abschnitten verknüpft und erteilen Auskunft über die zumeist verdeckten persuasiven Absichten des Sprechers:

*„Die Funktion der Sprache in der Politik ist zu einem guten Teil Verhaltenssteuerung. Was und wie etwas gesagt wird, richtet sich, am deutlichsten in der Propaganda, nach den Absichten des Sprechers und den erwünschten Reaktionen beim Hörer.“<sup>7</sup>*

Die Befürchtung, daß es für den Machterwerb ausreichen würde, nur die sprachlichen Mittel der Persuasion anwenden und beherrschen zu müssen, muß dennoch für pluralistische Gesellschaften verworfen werden. Trotz der Abhängigkeit von der Sprache und einer „Gefahr des sprachgetrübten Denkens“<sup>8</sup>, d. h. der Übernahme sprachlicher Konzepte und deren Anschauungen und Meinungen von der sprechenden Umgebung, und trotz der „Wirksamkeit“ mancher sprachlichen Strategien, kann darauf verwiesen werden, daß sich pluralistische Gesellschaften durch das Merkmal einer relativen ideologischen „Offenheit der sozialen Systeme“<sup>9</sup> auszeichnen. Die aktive Teilnahme vieler Jugendlicher an mehreren „kommunikativen Netzen“, beispielsweise der Familie, der Schule und den „Peer-Groups“ macht eine „absolute“ Sprachwirkung und Manipulation unwahrscheinlich. Wie „erfolgreich“ letztlich der (junge) Wähler zu einem erwünschten Verhalten überredet werden kann, hängt zu einem großen Teil von der persönlichen Disposition und der kommunikativen Aktivität der Rezipienten ab. Das Eingebundensein in mehrere kommunikative Netze bietet daher die Möglichkeit, innerhalb eines „Stroms verschiedener Meinungen“<sup>10</sup> zu einer individuellen Wahlentscheidung zu gelangen und sich vor einer einseitigen Einflußnahme zu schützen.

Eine veränderte Medienlandschaft und Mediennutzung in der BRD bewirkt, daß sich die Kommunikationsbeziehungen zwischen Wähler und Politiker verändert hat, weshalb eine kritische Reflexion der Sprache in der Politik dennoch unverzichtbar bleibt.

## **1.2 Der eingeschränkte Kommunikationsprozeß zwischen Wähler und Politiker**

Im Gegensatz zur bi- oder multidirektionalen Individualkommunikation einer dialogischen Gesprächssituation realisiert sich die Kommunikation zwischen Bürger und Politiker zumeist in Form einer „Ein-Weg-Kommunikation“ vom Kommunikator (Sender) zum Rezipienten (Empfänger). Moderne Massenmedien, wie das Fernsehen, ermöglichen eine verbesserte Kontaktaufnahme zwischen Politiker und Wähler, jedoch geschieht dies um den Preis eines monologischen Kommunikationsverlaufes, der Rückfragen (Verständniskorrektur) und Einwände nicht zuläßt. Infolge einer monologisch dekretierten „hermetischen Sprache“ bleibt das „Feed back“ des Wählers, d. h. die Einflußnahme auf das politische System zumeist auf zwei wesentliche Bereiche beschränkt: Meinungsumfragen und Wahlen. Da die Parteien für die Antizipation des Bürgerwillens vor allem auf die Ergebnisse der Demoskopie zurückgreifen, übt eine solche Erhebung insoweit Einfluß auf die Politik aus, als ihre Ergebnisse, im Sinne einer politischen Kontrolle durch Antizipation, von den politischen Gruppen aufgegriffen werden, um

---

<sup>7</sup> S. o. Anm. 1, S. 12.

<sup>8</sup> S. o. Anm. 1, S. 15.

<sup>9</sup> S. o. Anm. 3, S. 45.

<sup>10</sup> S. o. Anm. 3, S. 45.

Vertrauenswürdigkeit und Kompetenz darzustellen<sup>11</sup>. Tatsächliche politische Einflußnahme bietet das „Feed back“ des Wählers in Form der Abgabe seiner Stimme für einen Kandidaten oder eine Partei. Als Datenbasis für eine Wahlentscheidung kann der Wähler, so Martin Wachtel<sup>12</sup>, auf folgende Bereiche zurückgreifen: Neben der „Kommunikationsgeschichte“ der Parteien, welche über die Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit „erfahrungsgesättigt“ Auskunft erteilt, bilden die Selbstdarstellung der Politiker und die aktuelle Wahlwerbung der Parteien die einzigen verfügbaren Informationsquellen<sup>13</sup>.

Die Parteien formulieren ihre Redeeinhalte mit dem Ziel einer möglichst breiten Integrations- und Identifikationswirkung. Da den Parteien der jeweilige Rezipient nicht bekannt ist, verzichten sie zunehmend auf ein sozial selektierendes Adressieren der Wahlkampfssprache. Jeder soll sich angesprochen fühlen (Integration anstatt Distinktion). Zweitens verflachen die Inhalte der Redebeiträge und verlieren an substanzieller Schärfe. Dies geschieht im besonderen Maße während eines Wahlkampfes. Johannes Bock beklagt diese opportunistische Selbstdarstellung in den öffentlichen Medien durch Politiker, wenn er ausführt: „Bezogen auf den Redeeinhalt werden bevorzugt Begriffe verwendet, deren Bedeutungsgehalt möglichst weit interpretierbar ist, um dem breiten Zuhörerspektrum angemessen begegnen zu können. Dadurch wird dem einzelnen oder verschiedenen Gruppen die Möglichkeit eröffnet, bestimmte Aspektnischen der vorgetragenen Begriffe selbständig mit jenen Bedeutungen zu füllen, die genehm sind, andere mißliche Bedeutungsfacetten dagegen auszuklammern. Ohne relevante politische Informationen geben zu müssen, bleibt damit dem Politiker die generelle Zustimmungsbereitschaft erhalten (...)“<sup>14</sup>. Der Wähler ist nur selten imstande, derartige sprachliche Vorsichtshaltung, Vereinfachung und „Schein“-Versprechen als eine unzureichende Datenbasis für seine Wahlentscheidung abzulehnen und durch eine weiterführende Informationsbeschaffung zu ersetzen. Eine „Enttarnung“ der Redeeinhalte scheitert zumeist an einer unterschiedlichen Sprachkompetenz („Parteichinesisch“, „Politikkauderwelsch“) und in vielen Fällen an individuell heterogenen Wissenshintergründen zu Sachfragen, weshalb man sich mit dem scheinbar problemlosen Erfassen und Verstehen der politischen Interessen und Positionen in den Medien begnügt. Damit ist jedoch eine aktive und kritische Teilhabe am politischen Prozeß nicht mehr möglich. W. Dieckmann bemerkt dazu: „Für den heutigen Staat, der sich bei allen Unterschieden im Aufbau und in den Formen der politischen Willensbildung selbst demokratisch nennt, ist die möglichst weitreichende Verbreitung seiner Sprache nicht nur legitim, sondern eine Notwendigkeit. Die Kenntnis der Wörter allein reicht zwar nicht aus, wenn nicht zugleich die Kenntnis der Sache verbreitet wird; wie aber soll sich der Wähler für oder gegen eine Partei entscheiden, wenn ihm die Wörter nicht bekannt sind, mit denen die Parteien ihre Programme vorstellen?“<sup>15</sup>. Das scheinbare Verstehen erhöht letztlich die kommunikative Asymmetrie zwischen Politiker und Wähler und verhindert eine offene Vermittlung

<sup>11</sup> Adam, Hermann: Wirtschaftspolitik und Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Bonn <sup>3</sup>1995, S. 26.

<sup>12</sup> Wachtel, Martin: Die Darstellung von Vertrauenswürdigkeit in Wahlwerbespots. Eine argumentationsanalytische und semiotische Untersuchung zum Bundestagswahlkampf 1987, Tübingen 1988.

<sup>13</sup> S. o. Anm. 12, S. 15.

<sup>14</sup> Bock, Johannes: Zur Inhalts- und Funktionsanalyse der Politikerrede. Ein Beitrag zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Staatsbürger und Politiker, Frankfurt a. M. 1982, S. 107.

<sup>15</sup> S. o. Anm. 1, S. 41f.

politischer Interessen. Johannes Bock kommt bei der Betrachtung der Massenmedien und dessen negativen Auswirkungen auf das politische System der BRD zu folgendem Fazit:

*„Die medial bereitgestellten, technischen Verbesserungen der Kontaktaufnahme mit dem Zuhörer werden vom Politiker in nicht ausreichender Weise genutzt. Ihre kommunikativen und informationellen Möglichkeiten korrelieren negativ mit der demokratischen Erfordernis nach qualitativer Anhebung der Legitimation durch politische Partizipation.“<sup>16</sup>*

Die Tatsache, daß 96% aller deutschen Haushalte über einen Fernseher verfügen, der Durchschnittsbürger über 14 Jahre täglich mehr als zwei Stunden vor dem Fernsehen verbringt, jedoch nur 40 Minuten durchschnittlich Zeitung liest<sup>17</sup>, macht deutlich, daß die Massenmedien an Einfluß in Hinblick auf die Willensbildung der Bevölkerung hinzugewonnen haben und sich die kommunikative Asymmetrie zwischen Politiker und Wähler weiter verfestigt hat. Da Jugendliche, so die Shell-Studie, politische Informationen an erster Stelle durch das Fernsehen beziehen<sup>18</sup> und besonders junge Wähler und Erstwähler für eine Wahlentscheidung noch nicht auf eine erfahrungsgesättigte „Handlungsgeschichte der Parteien“ zurückgreifen können, welche ihnen über die Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit einer politischen Gruppe Auskunft erteilen könnte, und da eine symmetrische Kommunikationsbeziehung zwischen Politiker und Wähler nicht vorhanden ist, muß die Wahlentscheidung vieler, jedoch besonders der jungen Wahlberechtigten für eine Partei als eine „riskante Vorleistung“<sup>19</sup> an Vertrauen bewertet werden.

Gewiß ist die repräsentative Demokratie auf der Grundlage von Wahlen die einzig mögliche Organisationsform in der modernen Demokratie, denn: „Wahl erfolgt überall dort, wo die Gemeinschaft zur Bildung eines gemeinsamen Willens nicht mehr allein oder unmittelbar in der Lage ist“<sup>20</sup>. Dennoch ist eine Verbesserung der Vermittlung politischer Interessen unumgänglich.

Daß diese strukturellen Defizite zum Machtgewinn mißbraucht werden können, zeigte sich am hohen Anteil von Erstwählern, die infolge einer umfangreichen Medieninszenierung bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998 die DVU wählten.

Die Einsichten in die Mängel einer massenmedialen Kommunikationsbeziehung werfen die Frage auf, welche anderen Kommunikationsformen für eine Vermittlung politischer Interessen zwischen Wählern und Parteien zur Verfügung stehen. Daher soll im weiteren eine Kommunikationsform zwischen Politiker und Wähler sprachkritisch untersucht werden, welche das Medium „Schrift“ verwendet. Obwohl die Kontaktaufnahme zu politischen Gruppen mittels der Rezeption von Veröffentlichungen, wie Aktionsprogramme, Grundsatzprogramme, etc., ebenfalls eine monologische Kommunikationsrichtung und ein zeitliches und räumliches Getrenntsein der Kommunikationspartner bedingt, scheint

<sup>16</sup> S. o. Anm. 14, S. 108.

<sup>17</sup> Bergsdorf, Wolfgang: Über die Macht der Kultur. Kommunikation als Gebot der Politik, Stuttgart 1988, S. 102f.

<sup>18</sup> Jugend `97 : Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierung, Opladen 1997, S. 327.

<sup>19</sup> S. o. Anm. 12, S. 14.

<sup>20</sup> Eschenburg, Theodor: Staat und Gesellschaft in Deutschland, Stuttgart 1956, S. 167. Gefunden in: Palmer, Christoph E.: Der Bundestagswahlkampf 1986/1987. Eine systematische Darstellung der Wahlkampfführung der Bundesparteien und der Rahmenbedingungen der Wahl, Frankfurt a. M./ Berlin/ Bern/ New York/ Paris/ Wien 1993, S. 16.



dennoch eine differenziertere und objektivere Reflexion der Inhalte der Aussagen der Parteien eher möglich, als dies beim Medium „Bild“ der Fall ist.

### **1.3 Die Kommunikationspartner:**

Damit eine Gesamtbetrachtung des Kommunikationsvorgangs gelingt, soll im Anschluß der Versuch unternommen werden, ein Portrait der Kommunikationspartner zu erstellen. Auf der Grundlage der Ergebnisse der 12. Shell-Jugendstudie '97<sup>21</sup> werden zunächst Aussagen über die Problemwahrnehmung, die politische Orientierung, das politische Engagement, die Parteienaffinität und die Wahlbeteiligung junger Wahlberechtigter (18-24 Jahre) referiert. Zur Begrenzung von Sender und Empfänger auf den zu untersuchenden Personenkreis von jungen Wähler und politischen Gruppen wurden nur die Parteien ausgewählt, denen die Jugendlichen nahe stehen. So stellt sich die von der Shell-Studie ermittelte Parteienaffinität der 18-24jährigen Jugendlichen wie folgt dar: CDU/CSU 17%, SPD 22%, Bündnis90/DIE GRÜNEN 22%<sup>22</sup>.

Da die Parteien für die Antizipation des Bürgerwillens vor allem auf die Ergebnisse der Demoskopie zurückgreifen, soll unter Zuhilfenahme dieser aktuellen Umfrage unter 2102 Befragten ein Portrait der Jugendlichen wiedergegeben werden, welches auch den Parteien bekannt ist.

Eine solche Untersuchung beeinflusst die Inhalte der Politik, da ihre Ergebnisse, im Sinne einer politischen Kontrolle durch Antizipation, von den politischen Gruppen aufgegriffen werden, um Vertrauenswürdigkeit und Kompetenz darzustellen. Unterbleibt bei der Formulierung der Wahl-, Partei- und Aktionsprogramme durch die Parteien eine Berücksichtigung der sozialwissenschaftlich gewonnenen Befunde, oder werden sie gar geleugnet, muß der Partei Wirklichkeits- und Wählerferne vorgeworfen werden, oder es liegt die Vermutung eines Festhalten an gruppenspezifischen, ideologiebehafteten Wirklichkeitsinterpretationen nahe, welche sich durch den Versuch des bewußten Uminterpretierens der außersprachlichen Wirklichkeit durch den Gebrauch sprachlicher Strategien nachweisen ließe. Diskrepanzen zwischen der sozialen Wirklichkeit und ihrer Interpretation durch die Parteien eignen sich als Indikatoren und erste Anhaltspunkte für eine weiterführende Analyse der Sprachverwendung und des Gebrauchs sprachlicher Strategien zum Zwecke der Persuasion.

Für die Analyse politischer Texte ist daher die Betrachtung des Kommunikationsinhaltes als auch seiner Sender notwendig: „Isoliert man die sprachliche Aussage von den Kommunikationspartnern, so verliert man den Gegenstand, der in der Sprache der Politik gerade von besonderem Interesse ist.“<sup>23</sup>.

#### **1.3.1 Die Gruppe der Jugendlichen**

Die Verlängerung der Bildungswege sowie eine Tendenz zur Individualisierung der Lebensbedingungen führt in den fortgeschrittenen Industriestaaten zur Entstehung einer gesellschaftlich faßbaren Lebensphase „Jugend“, die mit der Pubertät einsetzt und, je nach Auswahl der Kriterien der Festlegung, mit dem Eintritt in das Berufsleben, einer Familiengründung oder dem (vorläufigen) Abschluß des psychischen

---

<sup>21</sup> S. o. Anm. 18.

<sup>22</sup> S. o. Anm. 18, S. 329.

<sup>23</sup> S. o. Anm. 1, S. 12.

Reifevorgangs endet<sup>24</sup>. Da es „die Jugend“ nicht gibt, ist es ebensowenig möglich, anhand eines „homogenen Jugendkonzeptes“<sup>25</sup> die Gruppe der Jugendlichen exakt erfassen zu können. Dennoch lassen sich die Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland grob als die Gruppe derjenigen eingrenzen, die sich im Alter von 15 bis 24 Jahre befinden. Die Zuerkennung der Volljährigkeit mit 18 Jahren fällt in diese Lebensphase und spricht dem „jungen Erwachsenen“, im Sinne der „politische Gleichheit“ gegenüber der Gesamtwählerschaft, das Wahlrecht zu. Eine demographische Betrachtung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland des Gebietsstands nach dem 3. Oktober 1990 errechnet für die Gruppe der 18-24jährigen Deutschen eine Gesamtanzahl von 1,65 Millionen. Dies entspricht einem Anteil von 2% der Gesamtbevölkerung von 79,67 Mio. Menschen<sup>26</sup>.

Eine Befragung von 2102 Jugendlichen durch die Shell-Jugendstudie 1997 erbrachte folgende qualitative Einsichten in die Strukturen der gegenwärtigen Jugend und soll dazu beitragen, die parteiprogrammatischen Aussagen in Verbindung zu ihrem gesellschaftlichen Kontext zu setzen:

Als das Hauptproblem der Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland nennt jeder zweite der Befragten (45,3%), unabhängig von der Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland, das Thema „Arbeitslosigkeit“<sup>27</sup>. An zweiter Stelle wird das Thema „Drogenprobleme“ (36,4%) und an dritter Stelle das Thema „Probleme mit Personen im Nahbereich“ (32,1%) genannt. „Massenarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, Sozialabbau, Verarmungsprozesse“<sup>28</sup>, so die Studie, wird nach Meinung der Jugendlichen von der Politik nicht mehr angegangen. Auf die Hauptprobleme der Gesellschaft angesprochen, nennen die Befragten an erster Stelle die steigende Arbeitslosigkeit und an zweiter Stelle die Umweltverschmutzung<sup>29</sup>.

Auf die Wirksamkeit des politischen Systems und der Berücksichtigung der eigenen Interessen durch die Politik befragt, zeigen sich viele Jugendliche in ihrem Vertrauen zur Politik enttäuscht. Die oftmals von Politikern geäußerte Erklärung, durch „Sachzwänge“ und „veränderte Umstände, welche zunächst Anpassung erforderlich machen“, in der Verwirklichung der angekündigten Ziele gehindert zu sein, schreckt viele Jugendliche von einem Engagement in Parteien und Jugendorganisationen ab.

Am stärksten vertrauen die Befragten jenen gesellschaftlichen Institutionen, die sich durch „Staatsferne“ und Bürgernähe auszeichnen. Bürgerinitiativen, Menschenrechtsgruppen und Umweltgruppen werden noch weit vor politischen Parteien Vertrauen zugesprochen: „Den schlechtesten Vertrauensbonus überhaupt haben politische Parteien“, kaum weniger Bundesregierung und Bundestag“<sup>30</sup>.

Dennoch warnt die Studie davor, vorschnell von einer Politikverdrossenheit unter Jugendlichen zu sprechen. Maßgeblich verantwortlich für ihr Distanzieren von der Politik machen Jugendliche, daß sie ihre Interessen in der Politik nicht mehr gewahrt sehen:

---

<sup>24</sup> Nowottnick, Marlies: Jugend, Sprache und Medien. Untersuchungen von Rundfunksendungen für Jugendliche, Berlin/ New York 1989, S. 23.

<sup>25</sup> S. o. Anm. 24, S. 23.

<sup>26</sup> Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland: Uwe Andersen/ Wichard Woyke (Hrsg.), Bonn 1992, S. 654.

<sup>27</sup> Vgl. Anm. 18, S. 279.

<sup>28</sup> Vgl. Anm. 18, S. 14.

<sup>29</sup> Vgl. Anm. 18, S. 294.

<sup>30</sup> S. o. Anm. 18, S. 16.

*„Nicht die Jugendlichen sind an Politik desinteressiert, sondern sie unterstellen im Gegenteil, daß die Politik an ihnen nicht interessiert ist. Nicht die Politikverdrossenheit der Jugend, sondern die Jugendverdrossenheit der Politik wird hier zum Thema.“<sup>31</sup>.*

Selbst Jugendliche mit hohem Bildungsstand oder hohem politischen Informationsstand weisen geringes Engagement auf oder versprechen sich von einer politischen Aktivität nicht viel. Ihr Motto diesbezüglich könnte lauten: „Ändern kannst du sowieso nichts“. Dennoch beantworten 46% der 18-21jährigen und 57% der 22-24jährigen die Frage nach dem politischen Interesse mit „Ja“<sup>32</sup>.

„Düstere und zuversichtliche Zukunftsvisionen“, so die Studie, „halten sich zur Zeit die Waage.“<sup>33</sup>. 53% der Jugendlichen sind danach eher zuversichtlich und 47% davon würden ihre Zukunft als „düster“ beschreiben. Junge Jugendliche sind deutlich optimistischer als die Älteren.

Viele Jugendliche sind der Meinung, die Gesellschaft bietet ihnen eine „ungünstige Chancenstruktur“<sup>34</sup>. Darauf reagiert ein zunehmender Teil durch „Privatisierung“, d. h. Rückzug in die eigene kleine Welt<sup>35</sup>, oder aber durch Anpassung, wodurch sie sich gezwungen sehen, jede sich bietende Möglichkeit und Chance zu ergreifen. Für ihre ungünstige Chancenstruktur machen die Jugendlichen das Tun oder Unterlassen der Erwachsenengeneration verantwortlich. Die Zusage der Gesellschaft, ihnen gehört dann die Zukunft, wenn sie ihre Chancen ergreifen und „etwas zu leisten bereit sind“, widerspricht, so die Shell-Studie, den Erfahrungen vieler Jugendlichen. Für sie ist die Zukunft eher fragwürdig und die Chancenstruktur eher ungünstig geworden<sup>36</sup>.

Das Mißtrauen der Jugendlichen gegenüber der Politik und den Ausführenden nimmt bei den Jugendlichen zu. Die Studie kommt zu dem Resümee, daß für die Gruppe der Jugendlichen eine „generelle Entfremdung“ in Hinblick auf das Verhältnis zum politischen System, seinen Organisationen und Ritualen zu konstatieren ist<sup>37</sup>.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Shell-Studie des Jahres 1981 in Hinblick auf das politische Engagement und die Parteienaffinität der Jugendlichen zeigt, daß die Einstellungen konstant geblieben sind. Die Gruppe derjenigen, die keiner Partei nahe stehen, ist am größten. Die ermittelte Parteienaffinität der 18-24jährigen Jugendlichen stellt sich wie folgt dar: CDU/CSU 17%, SPD 22%, Bündnis90/DIE GRÜNEN 22%<sup>38</sup>.

Die Anhänger der CDU/CSU glauben, vereinfacht gesagt, „daß diese Gesellschaft im großen und ganzen – trotz einiger Korrekturen vor allem im Umweltbereich – in Ordnung ist und daß sie darin einen befriedigenden Platz für sich finden werden.“<sup>39</sup>. Die Anhänger der SPD sind durchschnittlich am ältesten, zumeist männlich, bewerten die eigene und die gesellschaftliche Zukunft eher düster, ihr politisches Interesse ist eher durchschnittlich vorhanden<sup>40</sup>. Die Anhänger von Bündnis90/DIE GRÜNEN sind zumeist Abiturienten, viele davon sind weiblich. Mit einem Durchschnittsalter von 18,6 Jahren sind sie die jüngsten Anhänger einer Partei und stehen den umwelt-

---

<sup>31</sup> S. o. Anm. 18, S. 17.

<sup>32</sup> Vgl. Anm. 18, S. 304.

<sup>33</sup> S. o. Anm. 18, S. 15.

<sup>34</sup> S. o. Anm. 18, S. 17.

<sup>35</sup> Vgl. Anm. 18, S. 322.

<sup>36</sup> Vgl. Anm. 18, S. 18.

<sup>37</sup> Vgl. Anm. 18, S. 18.

<sup>38</sup> Vgl. Anm. 18, S. 239.

<sup>39</sup> S. o. Anm. 18, S. 332.

<sup>40</sup> Vgl. Anm. 18, S. 332.

und energiepolitischen Zielen ihrer Partei nahe. Ihre und die gesellschaftliche Zukunft bewerten sie eher skeptisch. Sie glauben, daß sie von der Politik nicht berücksichtigt werden. „Obwohl ihre Startbedingungen“, so die Shell-Studie, „objektiv genauso gut sind wie diejenigen der Anhänger der CDU/CSU, bleiben sie in ihrem Politik- und Gesellschaftsverständnis eher skeptisch.“<sup>41</sup>. Weiter fortgesetzt hat sich das Phänomen der „Zerfaserung“ der klaren Konturen der Stammwähler. So stehen Wähler von Bündnis90/DIE GRÜNEN nicht mehr so strikt kommerziellen Jugendstilen ablehnend gegenüber, wie sich junge Wählern der CDU/CSU zunehmend für den Umweltschutz interessieren. Zwischen diesen beiden Standpunkten, so die Studie, oszillieren die jungen Wähler der SPD.

Die politische Partizipation der Jugendlichen liegt ebenso wie das politische Interesse unter dem der Erwachsenen: „Bei der Bundestagswahl 1990 betrug beispielsweise die Differenz zwischen der Altersgruppe der 21 bis 25jährigen und der Gesamtwählerschaft ganze 14,5% (61,8% im Vergleich zu 76,3%). Dabei lag die Wahlbeteiligung der Angehörigen jüngerer Alterskohorten in den neuen Bundesländern mit 56,6% bei den 18 bis 21jährigen und 54,5% bei den 21 bis 25jährigen noch deutlich unter der entsprechenden westdeutschen Altersgruppen (67,0% und 63,6%)“<sup>42</sup>.

### **1.3.2 Die Parteien und ihre Sonderorganisationen (Jugendverbände)**

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland sprach den Parteien eine besondere Rechtsstellung zu und schuf damit, im Gegensatz zur Verfassung der Weimarer Republik, die Grundlagen für die Entwicklung eines Parteiensystems, welches „über Jahrzehnte hinweg die Bildung von stabilen Regierungen und loyaler parlamentarischer Opposition ermöglichte“<sup>43</sup>.

Der Artikel 21, Abs. 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bestätigt die Rolle der Parteien, welche zur Interessenartikulation und Interessenaggregation<sup>44</sup> des Volkes beitragen.

Die Parteien des Parteiensystems der BRD verfügen über Sonderorganisationen (Jugendorganisationen, Sozialausschüsse, Senioren- und Frauenorganisationen, etc.), die, als Ausdruck ihres Selbstverständnisses als Volkspartei, den innerparteilichen Interessenpluralismus organisieren und abbilden. Die Aufgaben der Sonderorganisationen von Parteien erstrecken sich auf zwei Ziele: „Zum einen artikulieren sie innerhalb der eigenen Partei die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen; zum zweiten haben sie die Aufgabe, innerhalb der jeweiligen gesellschaftlichen Gruppe für die Ziele und Prinzipien der eigenen Partei intensiver zu werben.“<sup>45</sup>.

Trotz dieser Integrationsanstrengungen der Volksparteien verstärkte sich die an sie gerichtete Kritik, welche die geringe Berücksichtigung politischer Interessen sowie die Zunahme undeutlicher programmatischer Konturen zum Inhalt hatte.

Die Auflösung traditioneller Wählermilieus, die Zunahme individueller Lebensstile und die zuvor genannte mangelnde Schärfe der Volksparteien führte zur Entstehung neuer Parteien, wie der Partei der GRÜNEN.

---

<sup>41</sup> S. o. Anm. 18, S.332.

<sup>42</sup> S. o. Anm. 26, S. 224.

<sup>43</sup> S. o. Anm. 26, S. 399.

<sup>44</sup> Vgl. Anm. 26, S. 398.

<sup>45</sup> S. o. Anm. 26, S. 474.

Im Anschluß sollen die ausgewählten sechs politischen Gruppen anhand ihrer Geschichte, Programmatik und der Mitgliederstruktur in die „Parteienlandschaft“ der BRD eingeordnet werden<sup>46</sup>. Diese Charakteristika sollen für eine Interpretation der Ergebnisse der Textanalyse berücksichtigt werden, da zu vermuten ist, daß politische Gruppen besonders dann Sprache als Mittel zur Uminterpretation der außersprachlichen Wirklichkeit verwenden, sofern die gruppeneigenen ideologischen Wirklichkeitsbewertungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit widersprechen.

Die CDU: Am 26.6. 1945 veröffentlichen demokratisch-nationale, parteipolitisch nicht gebundene Persönlichkeiten, darunter ehemalige Zentrumspolitiker, den Gründungsauftrag der „Christlich Demokratischen Union Deutschlands“. Unter Teilnahme von Kreisen aus der katholischen Arbeiterbewegung und Mitgliedern der sich gleichzeitig neu bildenden Landesverbände, einigen sich die Landesverbände auf dem ersten Delegiertentreffen in Bad Godesberg vom 14. - 16. Dezember 1945, mit Ausnahme von Bayern, auf den Parteinamen „Christliche Demokratische Union (CDU)“. Durch das für das Bundesland Nordrhein-Westfalen entworfene Ahlener Wirtschaftsprogramm vom Februar 1947 vollzieht sich eine erste ideologische Standortbestimmung, welche sich an der katholischen Soziallehre<sup>47</sup> zu orientieren versucht. Bereits 1949 werden jedoch alle dirigistischen Vorstellungen von staatlichen Vorgaben durch die Düsseldorfer Leitsätze ersetzt und die „Soziale Marktwirtschaft“ als der ideale dritte Weg zwischen reinem Kapitalismus und Planwirtschaft programmatisch herausgestellt. Die endgültige Vereinigung zur Bundespartei erfolgt auf dem ersten Bundesparteitag der CDU vom 20. - 22. Oktober 1950 in Goslar. Zum Vorsitzenden wird Konrad Adenauer, der am 15.9.1949 zum Bundeskanzler gewählt wurde, ernannt. Der Regierungswechsel des Jahres 1969 und die deutliche Wahl Niederlage der CDU im Jahr 1972 bewirkt, daß die CDU schließlich ein neues programmatisches Profil für notwendig erachtet. Im Jahr 1973 wird Helmut Kohl zum Vorsitzenden der Partei ernannt und mit der Aufgabe der programmatischen Erneuerung betraut. In der Rolle als Oppositionspartei ändert die CDU ihre Ziele und entwickelt von 1973 bis 1978 das Ludwigshafener Grundsatzprogramm, welches als erstes Grundsatzprogramm der CDU 1978 verabschiedet wird. Darin fordert die CDU eine „soziale Politik“, welche der „neuen sozialen Frage“ durch Arbeitszeitverkürzung und ökologische Fragestellungen begegnen soll. Das „C“ der Partei wird durch den Gebrauch des Begriffs „Nächstenliebe“ stärker betont. Gleichzeitig wird sich für die verstärkte Unterstützung der Familie eingesetzt. Dennoch soll der Leistungsgedanke im Vordergrund stehen und anstelle kollektiver Daseinsfürsorge mehr Selbsthilfe angestrebt werden. Durch moderne Technologiepolitik soll die Wirtschaft gefördert und der Abbau der Staatsverschuldung angestrebt werden<sup>48</sup>. Nach 13jähriger sozial-liberaler Koalition übernimmt 1982 Helmut Kohl das Amt des Bundeskanzlers. Auf dem Bremer Parteitag 1989 wird diese Programmatik um die Forderung nach einer „ökologischen, sozialen Marktwirtschaft“<sup>49</sup> erweitert und im Februar 1994 durch das erste gesamtdeutsche Programm einer deutschen Partei nach der

---

<sup>46</sup> Den folgenden Ausführungen liegt zugrunde: Die politischen Parteien in Deutschland: Günter Olzog/ Hans-J. Liese (Hrsg.), Geschichte. Programmatik. Organisation. Personen. Finanzierung, München und Landsberg a. Lech <sup>23</sup>1995.

<sup>47</sup> Vgl. Anm. 46, S. 160.

<sup>48</sup> Vgl. Anm. 46, S. 102.

<sup>49</sup> Vgl. Anm. 46, S. 103.

Vereinigung ersetzt. Die CDU wirbt darin mit dem Slogan „Freiheit und Verantwortung“ für die Leitidee einer freien und verantwortlichen Gesellschaft.

Seit den 60er Jahren steigt die Zahl der Mitglieder und erreicht nach der Vereinigung mit 750 000 Mitgliedern ihren Höhepunkt. Ende 1994 sind die Mitgliederzahlen bereits auf 670 800 zurückgegangen. 75,1% der Mitglieder der CDU sind Männer und 24,9% Frauen. Unter den Mitgliedern befinden sich 28,8% Angestellte, 21,5% Selbständige, 11,4% Beamte, 10,8% Arbeiter und 3,7% in Ausbildung befindliche Personen. Die Gruppe der 16-24jährigen repräsentiert mit 1,8% der Mitglieder jedoch eine Minderheit. Mehr als die Hälfte der Mitglieder (62,6%) ist über 50 Jahre. 1993 beläuft sich das Durchschnittsalter der Parteimitglieder der CDU auf 53,1 Jahre. Deutlich zeigt sich, daß es der CDU an jungen Mitgliedern fehlt.

Die Junge Union: Die Jugendorganisation der CDU und CSU, die Junge Union, wird 1947 gegründet und besteht aus Mitgliedern im Alter zwischen 14 und 35 Jahren. Die Mitgliedschaft bei der CDU/CSU ist keine Voraussetzung für eine Mitgliedschaft bei der Jungen Union. Bis zur Vereinigung entwickelt sich die Junge Union mit 200 000 Mitgliedern zur mitgliederstärksten Jugendorganisation. Ihr Grundsatzprogramm von 1973 unter dem Titel „Für eine humane Gesellschaft“ bewirkt auch in der CDU eine Modernisierungsdiskussion. Im September 1990 erfolgt im Zuge der deutschen Einheit die Vereinigung der Jungen Union mit der Christlich-Demokratischen Jugend der ehemaligen DDR, der Jugend der Deutschen Sozialen Union (DSU) und dem Jugendverband des Demokratischen Aufbruchs (DA). Die oberste beschließende Vertretung der Jungen Union ist der Deutschlandtag. Ihm schließt sich der Deutschlandrat als zweithöchstes Organ des Bundesverbandes der JU an. Die Junge Union umfaßt am 30.6.1994 im Bundesgebiet, mit Ausnahme Bayerns, 125630 Mitglieder, davon 75,2% männliche Mitglieder und 24,8% weibliche politisch Aktive. Die Junge Union besteht, nach Altersklassen getrennt, aus 1,9% 14-17jährigen, 26,4% 18-24jährigen und 71,4% 25-35jährigen Mitgliedern. Davon sind 1,4% Selbständige, 2,8% Beamte, 4,2% Arbeiter, 9,3% Angestellte, 14,3% Auszubildende und 62,2% Schüler und Studenten. (Mitgliederstatistik der Jungen Union, Stand 30.6.1994. Hrsg. Junge Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle).

Die SPD: Die SPD ist die älteste deutsche Partei und führt ihre Geschichte auf den am 23. Mai 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, dessen Begründer und Vorsitzender Ferdinand Lassalle war, zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg wird die Partei unter dem Vorsitzenden Kurt Schumacher wieder gegründet. Schumacher versucht, sowohl die Klasse der Industriearbeiter als auch den Mittelstand zu gewinnen und so einen demokratischen Mittelstand zu schaffen, welcher Voraussetzung für eine stabile neue Ordnung sein soll. Dem Bestreben Schumachers und seines Nachfolgers Erich Ollenhauer, eine Volkspartei zu werden, widersetzen sich zunächst der traditionelle Parteiapparat und dessen Bewußtseinsüberlieferungen. Erst durch das Godesberger Programm von 1959, welches sich zum freiheitlichen Rechtsstaat, zur „Sozialen Marktwirtschaft“ und deren Prinzip des Leistungswettbewerbs und zur freien Entfaltung des Menschen bekennt, versteht sich die Partei als Volkspartei der linken Mitte und verliert ihr Image als reine Arbeiterpartei. Ein Vergleich zwischen dem Erfurter Programm der SPD von 1891 bis zum Godesberger Programm 1959 veranschaulicht die Entwicklung der Partei von einer marxistisch geprägten Klassenkampfpartei zu einer demokratisch geöffneten Volkspartei. Die innere Modernisierung sowie die Weiterentwicklung der SPD als Volkspartei führt 1969

schließlich dazu, daß Willy Brandt Bundeskanzler einer sozialliberalen Koalition wird. Nach dessen Rücktritt übernimmt am 16. Mai 1974 Helmut Schmidt das Amt des Bundeskanzlers, welcher in seinem neuen Amt bei der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 30. Oktober 1976 bestätigt wird. Ein geringer Stimmenzuwachs bei der Bundestagswahl 1980, Wahlniederlagen auf Landesebene, Richtungskämpfe innerhalb der Partei, der zunehmende Austritt junger Sozialdemokraten aus der Partei sowie eine dadurch ausgelöste innere Identitätskrise tragen dazu bei, daß sich 1982 eine Koalitionskrise einstellt, die durch Streitigkeiten um den Haushalt 1983 schließlich zum Bruch der sozialliberalen Koalition führt. Die Identitätskrise der SPD und der Richtungsstreit setzt sich bis in die Gegenwart fort. Hinzu kommt, daß die „Verfassung“ der SPD, das Godesberger Programm von 1959, zur Problematik der ökologischen Dimension der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Nord-Süd „Gefälle“ der „Dritten Welt“, zu dem Bereich der Technik und der Gleichstellung von Mann und Frau keine Antworten bereithält. Auf dem Berliner Parteitag vom 20. Dezember 1989 wird schließlich das Berliner Grundsatzprogramm verabschiedet, daß die SPD als linke Volkspartei darstellen soll. Beabsichtigt wird ein Bekenntnis zum „demokratischen Sozialismus“, den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Solidarität, der ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft, dem Grundsatz „Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig“ und einer neuen Definition von Arbeit, welche neben der Erwerbsarbeit, jede Art von gesellschaftlich nützlicher Arbeit beinhalten soll. Das Programm sollte die „Mitte der Gesellschaft“, die traditionelle Arbeiterbewegung und die neuen sozialen Bewegungen zusammenführen. Die Gegensätze zwischen „Alt-Ideologen“, Befürwortern einer Volkspartei sowie den Mitgliedern, welche sich den Grünen/Alternativen nahe glauben, sollen so versöhnt werden und spiegeln sich durch die Wahl Oskar Lafontaines 1990 und Rudolf Scharpings 1994 zum Kanzlerkandidaten wieder. Lafontaine macht den Versuch, durch Betonung des Umweltschutzes, Scharping durch die Zusage, Wirtschaft und Sozialsysteme zu modernisieren, Themen gegnerischer Parteien zu besetzen und sowohl links der Partei, als auch rechts davon Stimmen zu gewinnen. Diese Versuche, die Basis der SPD durch Ansprache der Mitte der Gesellschaft zu erweitern, schlagen dennoch bisher fehl.

Die SPD ist seit Bestehen der BRD die mitgliederstärkste Partei. 1968 besteht sie aus 732 446 Mitgliedern, 1976 überschreitet die Mitgliederzahl die Millionengrenze und beläuft sich 1994 auf 849 374 Mitglieder. Die SPD besteht, nach Altersklassen getrennt, aus 26% der Mitglieder im Alter von 60 und älter, 50% der Mitglieder im Alter von 50 bis 60 Jahren sowie 8% der Mitglieder bis 30 Jahre. Der Anteil der 16-25jährigen Parteimitglieder beträgt 3,11%. Die SPD verfügt mit 28,04% über den größten Anteil an weiblichen Mitgliedern. 71,96% der Mitglieder sind männlich. Nach Berufsgruppen getrennt sind 4,33% Selbständige, 10,86% Beamte, 23,99% Arbeiter, 27,88% Angestellte, 11,46% Hausfrauen/ -männer, 9,77% Rentner, 1,78% Auszubildende, 6,75% Schüler und Studenten. Wie der CDU fehlt es der SPD an jungen Parteimitgliedern.

Die Jusos: Die Jugendorganisation der SPD wurde maßgeblich von der Studentenbewegung beeinflusst und vertritt während der 70er Jahre antikapitalistische, teilweise neo-marxistische, Konzepte und Programmentwürfe. Die fortgesetzte Linksentwicklung und Radikalisierung der politischen Gruppe führt zunehmend zu Spannungen mit der Mutterpartei. Ausgelöst durch die Erfolge der GRÜNEN und die unverändert gebliebenen dogmatisch ideologischen Standpunkte, büßen die Jusos ihre Rolle als politischen Motor ein. Eine verzerrte und ideologische Antizipation der Sorgen der Bürger führt zu einem massiven Mitgliederschwund. Zwischen 1980 und 1982

geht die Mitgliederzahl der Jusos um 70 000 auf 278 000 zurück<sup>50</sup>. Im März 1991 entscheiden sich die Jusos mittels einer KampfAbstimmung für einen als gemäßigt geltenden Vorstand und gegen die Kandidaten des marxistisch orientierten Flügels, weshalb von einer Rückkehr zum Pragmatismus gesprochen werden kann. Den Jungsozialisten gehörten laut eigenen Angaben 1996 etwa 128 000 Mitglieder an<sup>51</sup>.

Bündnis90/DIE GRÜNEN: Das Mitte der siebziger Jahre in Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft vorherrschende Gefühl, die „etablierten“ Parteien würden zu wenig und zu spät die Sorgen der Bürger berücksichtigen, führt zur Entstehung von Friedensbewegungen und Bürgerinitiativen aller Art. Mit dem Ziel, politischen Einfluß zu gewinnen, schließen sich in den folgenden Jahren im Sinne einer politisch, gesellschaftlichen Sozialisation zahlreiche Bürgerinitiativen und Wählergemeinschaften zusammen. Am 13. Januar 1980 konstituiert sich schließlich in Karlsruhe die Bundespartei der GRÜNEN, die als Zusammenschluß vieler dieser Protestbewegungen auf parlamentarischem Wege an politischem Einfluß hinzu gewinnen will. In der Präambel zur Satzung der Bundespartei bezeichnet sich die Partei als eine grundlegende Alternative zu den etablierten Parteien und beschreibt sich als ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei. Ein großer Teil ihrer Wähler besteht hauptsächlich aus jungen Wählern, welche mit dazu beitragen, daß im März 1983 die GRÜNEN in den Bundestag einziehen. Ebenfalls 1983 beschließt die Partei unter dem Titel „Sinnvoll arbeiten, solidarisch leben“ ein Bundesaktionsprogramm gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Darin bekennen sich die GRÜNEN zu folgenden Zielen: Verkürzung der Arbeitszeit, alternative Investitionen, „sanfte“ Energie sowie Schaffung neuer Arbeitsplätze durch öffentliche Subventionen. 1986 folgt das „Umbau-Programm“, welches nicht mehr den Ausstieg aus der Industriegesellschaft fordert, sondern ihren Umbau im Sinne einer Reform durch „kleine Schritte“ zum Ziel hat. Die Erweiterung des programmatischen Spektrums auf fast alle gesellschaftlichen Bereiche führt 1987 bei der Wahl zum Bundestag dazu, daß die GRÜNEN bestätigt werden. Vor dieser Bundestagswahl, am 12. Dezember 1985, tritt die Partei der GRÜNEN in die erste rot-grüne Koalition auf Landesebene in Hessen ein und sieht sich, als eine Folge dieses Sachverhalts, mit einem internen Richtungskonflikt konfrontiert, in dem es um die Frage geht, weiterhin Protestpartei zu bleiben oder aber eine Reformpartei zu werden, die auf parlamentarischem Wege zur Willensbildung der Bevölkerung beitragen soll. Das Ende des Konflikts zwischen „Realos“ und „Fundis“ um die zukünftige Identität der Partei vollzieht sich 1988 durch die Abwahl der „Fundis“ auf der Bundesversammlung in Karlsruhe. Mangelnde Inhalte und eine unzureichende konzeptionelle Ausrichtung auch in bezug auf die deutsche Vereinigung sind eine Folge dieses Richtungsstreits und führen bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 zum Auszug der westdeutschen Partei aus dem Bundestag. Hinzu kommt, daß der Kanzlerkandidat der SPD, Oskar Lafontaine, durch das Besetzen ökologischer Themen der grünen Partei Stimmen streitig macht. Dem ostdeutschen Partner der GRÜNEN gelingt dagegen der Einzug in den Bundestag und das „Überspringen“ der „5%-Hürde“. Im Mai 1993 wird der Zusammenschluß der Partei der GRÜNEN mit ostdeutschen Bürgerbewegungen, dem Bündnis 90, beschlossen. Die Wahl zum Bundestag des Jahres 1994 ermöglicht Bündnis90/DIE GRÜNEN den Einzug in den Bundestag als

---

<sup>50</sup> Vgl. Anm. 46, S. 164.

<sup>51</sup> Gefragt und beteiligt: SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Zukunft Jugend, Bonn, 1996, S.7.



Gesamtpartei. Am 13. Oktober 1997 veröffentlicht die Partei unter dem Motto „Grün ist der Wechsel.“ ihr aktuelles Programm zur Bundestagswahl 1998.

Die GRÜNEN bestehen 1980 aus 10 000 Mitgliedern und erreichen 1988 bereits 40 000 Mitglieder. 1994 kann die Gesamtpartei auf 40 686 Mitglieder verweisen. Eine Aufschlüsselung der Mitgliederstruktur liegt auf Bundesebene nicht vor, da die Partei auf das Erheben einer Sozialstruktur prinzipiell verzichtet. Einer auf dem Offenburger Bundesparteitag 1985 durchgeführten Umfrage unter den Parteitagsdelegierten zufolge, lassen sich die Parteimitglieder von Bündnis90/DIE GRÜNEN überwiegend als „postmaterialistisch orientierte junge Angehörige der neuen Mittelschichten mit einem hohen Ausbildungsstand“ charakterisieren. „Viele“, so die Umfrage, „sind Beamte oder studieren noch an einer Hochschule“<sup>52</sup>.

Das Grünalternative Jugendbündnis (GAJB): 1980 sind 43% der Wähler der GRÜNEN Jungwähler. Ein Rückgang der Zahl der jungen Wähler auf einen Anteil von 23,2% der Jungwähler für 1987, die sich für die GRÜNEN entschieden, löst innerhalb der Partei eine Diskussion aus, wie die Interessen der Jugendlichen besser zu vertreten sind. Trotz eines Vorschlags des Bundesverbandes, eine spezielle Jugendpolitik zu betreiben, findet dies auf Bundesebene keine Zustimmung. Auf Bestreben des Nachwuchses der Partei des Bündnis90/DIE GRÜNEN aus Hessen und anderen Landesverbänden wird im Januar 1994 in Hannover ein Jugendverband gegründet, welcher aus Aktiven bis zu einem Alter von 28 Jahren bestehen soll. Eine Mitgliedschaft bei Bündnis90/DIE GRÜNEN ist keine Pflicht. Das Grünalternative Jugendbündnis soll der Mutterpartei zwar nahestehen, organisatorisch dennoch unabhängig sein. Das Ziel des GAJB ist es, sich für die Belange der Jugendlichen „(...) quer zu den Parteien einzumischen (...)“<sup>53</sup>. 1996 verfügt das GAJB nach eigenen Angaben über 3500 Mitglieder<sup>54</sup>.

## **2 Quantitativ-semantische Textanalyse zur heuristischen Bestimmung des Sprachgebrauchs**

### **2.1 Material**

Für die Erstellung des Textcorpus wurden insgesamt 18 parteiprogrammatische Äußerungen aus der 13. Wahlperiode (1994-1998) ausgewählt. Die thematischen Auswahlkriterien wurden so bestimmt, daß nur die Themen Verwendung finden, für die sich besonders junge Wähler interessieren. Dazu wurde auf die Ergebnisse der 12. Shell-Jugendstudie '97 zurückgegriffen. An erster Stelle der Problemwahrnehmung der 2102 Befragten nannten 45,3% Arbeitslosigkeit, 36,4% Drogenprobleme und an dritter Stelle 32,1% Probleme mit Personen im Nahbereich. Aufgrund dieser aktuellen Problemfelder wurden die entsprechenden Politikbereiche „Beruf und Ausbildung“ sowie „Gewalt und Jugendkriminalität“ gewählt. Als drittes Untersuchungsthema wurden Äußerungen bezüglich der Bundeswehr als Wehrpflichtigen- oder Berufsarmee und des Zivildienstes gewählt, da auch hier davon ausgegangen werden kann, daß sich vor allem junge Menschen für dieses Thema interessieren. Die Texte stammen von der Partei der CDU, der SPD, von Bündnis90/DIE GRÜNEN sowie deren Jugendorganisationen Junge

---

<sup>52</sup> S. o. Anm. 46, S. 198f.

<sup>53</sup> Wer wir sind und was wir wollen: GAJB-Bundesvorstand (Hrsg.), Frankfurt a. M. <sup>2</sup>1996, S. 4.

<sup>54</sup> Schrägstrich 9/10 (1996): Bündnis90/DIE GRÜNEN-Bundesvorstand (Hrsg.), Bonn 1996, S.16.

Union, Jusos, GAJB und GJH. Im Falle des „grünen“ Jugendbündnisses gelang es nicht, vom Bundesverband des Grünalternativen Jugendbündnis (GAJB) zu jedem der drei Themen geeignete Aussagen zu beziehen. Da nur zum Thema „Wehrdienst“ ein Aktionsprogramm vom GAJB vorlag, wurden für die Themen „Beruf und Ausbildung“ sowie „Gewalt und Jugendkriminalität“ auf Aussagen des Landesverbandes der Grünen Jugend Hessen (GJH) zurückgegriffen. Die Ergebnisse hinsichtlich des Sprachgebrauchs, der Gruppen-ideologie sowie der Analyse bezüglich der themenbezogenen Assoziationsfelder müssen für das „grüne“ Jugendbündnis unter Berücksichtigung dieser Prämisse betrachtet werden. Im weiteren wird zum Zweck der besseren Übersichtlichkeit der Name des Bundesverbandes „GAJB“ verwendet.

Die Aussagen der übrigen fünf politischen Gruppen stammen einheitlich von ihren jeweiligen Bundesverbänden.

### 2.1.1 Zur Bestimmung und Auswahl der Textsorte

Zu Beginn der Untersuchung standen vier verschiedene Formen parteipolitischer Aussagen zu Auswahl:

- Grundsatzprogramme
- Aktionsprogramme
- Wahlprogramme (Wahlplattformen)
- Regierungserklärungen

Da sich Regierungserklärungen und Wahlprogramme für eine vergleichende Untersuchung als ungeeignet herausstellten oder nicht in ausreichender Anzahl verfügbar waren, soll zunächst der Frage nachgegangen werden, worin sich Grundsatzprogramme und Aktionsprogrammen unterscheiden:

**Grundsatzprogramme:** Grundsatzprogramme legen, verkürzt gesagt, die politischen Standpunkte der Parteien zu den wichtigsten Problemen dar. Die Aussagen beziehen sich auf einen längeren Zeitraum und repräsentieren daher die für das Selbstverständnis der Partei notwendigen Grundwerte und deren weltanschauliches Fundament. Grundsatzprogramme sind gewissermaßen die „Verfassung“ einer Partei und richten sich eher an die Mitglieder und weniger an die Wähler der Partei<sup>55</sup>.

**Aktionsprogramme:** Aktionsprogramme befassen sich mit der konkreten Umsetzung der politischen Grundwerte und formulieren Aktionen und Ziele, die bestimmte Bereiche der Politik, z.B. Bildungspolitik, Energiepolitik, Arbeitsmarktpolitik zum Thema haben. Aktionsprogramme, so könnte man verkürzt sagen, beziehen sich auf die „Tagespolitik“ und liegen zumeist in Form von Broschüren vor<sup>56</sup>.

Eine linguistische Klassifizierung der Textsorten „Aktionsprogramm“ und „Grundsatzprogramm“ soll die politikwissenschaftlich gewonnenen Annahmen bezüglich den Formen parteipolitischer Aussagen überprüfen und dazu beitragen, eine Einheitlichkeit des Textcorpus zu gewährleisten:

---

<sup>55</sup> Vgl. Anm. 46, S. 13.

<sup>56</sup> Vgl. Anm. 46, S. 13.

Klaus Brinker<sup>57</sup> nennt als Basiskriterium für die Bestimmung von Textsorten die Textfunktion eines Textes. Er unterscheidet diesbezüglich fünf Textsortenklassen:

- Informationstexte (Nachricht, Bericht, etc.),
- Appelltexte (Werbeanzeige, Gesetz, Antrag, etc.),
- Obligationstexte (Vertrag, etc.),
- Kontakttexte (Danksagung, etc.),
- Deklarationstexte (Testament, etc.)<sup>58</sup>.

Politische Texte werden entsprechend dieser Differenzierungskriterien als Informationstexte und/oder Appelltexte betrachtet. Für eine weitere Subklassifizierung werden dabei kontextuelle (situative) sowie strukturelle (thematische) Merkmale berücksichtigt:

Dabei entscheidet die Kommunikationssituation über die Art der kontextuellen Merkmale. Sie setzt sich aus der „Kommunikationsform“ und dem „Handlungsbereich“ zusammen. Die Kommunikationsform der für diese Untersuchung zur Auswahl stehenden parteipolitischen Aussagen zeichnen sich durch folgende Charakteristika aus: Gebrauch des Mediums „Schrift“, monologische Kommunikationsrichtung und zeitliches und räumliches Getrenntsein der Kommunikationspartner.

Damit eine Subklassifizierung des Textes gelingt, muß des weiteren der „Handlungsbereich“ bestimmt werden. Eine Kommunikation zwischen Politiker und Wähler verläuft zumeist innerhalb eines offiziellen Bereichs, in dem sich die Kommunizierenden als Rollenträger gegenüberstehen. Gleichzeitig ist der Handlungsbereich der Kommunikationssituation öffentlich, denn er realisiert sich über frei verfügbare Broschüren.

Als weiteres Beschreibungskriterium zur Bestimmung der Textsorte nennt Brinker „strukturelle Kriterien“, welche aus der temporalen Orientierung sowie der lokalen Orientierung des Textthemas abgeleitet werden. Parteiprogrammatische Aussagen beziehen sich zumeist auf die Gegenwart oder auf die Zukunft, weshalb das Textthema gleichzeitig und/oder nachzeitig zum Sprechzeitpunkt fixiert ist. So ist beispielsweise das Versprechen, Ausbildungsplätze zu schaffen, nachzeitig zum Sprechzeitpunkt fixiert (temporale Orientierung). Das zweite strukturelle Kriterium des Textthemas bezieht sich auf die Relation zwischen Thema und Empfänger (lokale Orientierung). Im Gegensatz zum Grundsatzprogramm, welches sich hauptsächlich an die Mitglieder einer Partei wendet und deshalb die Relationen Thema-Partei aufweist, wendet sich das Aktionsprogramm an die Gruppe der Wähler, weshalb es sich durch die Relation Thema-Wähler charakterisiert.

Zur weiteren Bestimmung der Textsorte soll als letztes Beschreibungskriterium die „Form der Themenentfaltung“ untersucht werden. Die ausgewählten Texte parteiprogrammatischer Aussagen charakterisieren sich diesbezüglich durch eine deskriptiv-argumentative Themenentfaltung.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die linguistische Textsortenanalyse den zur Auswahl stehenden Texten aus Aktions- und Grundsatzprogrammen einen Unterschied bezüglich der lokalen sowie der temporalen Orientierung des Textthemas nachweisen konnte. Aktionsprogramme wenden sich vor allem an Wähler und beziehen sich auf aktuelle Probleme. Grundsatzprogramme dagegen

<sup>57</sup> Brinker, Klaus: Linguistische Textanalyse. Eine Einführung in Grundbegriffe und Methoden, Berlin <sup>2</sup>1988.

<sup>58</sup> Vgl. Anm. 57, S. 125.

wenden sich vor allem an die Parteimitglieder und beziehen sich in ihrer Funktion als „Verfassungen“ einer Partei auf mehrere Jahre. Da sich die Untersuchung auf die Kommunikation zwischen Wähler und Politiker konzentriert und aktuelle Probleme ausgewählt wurden, sollen für die Erstellung des Textcorpus ausschließlich Texte aus Aktionsprogrammen der ausgewählten Parteien verwendet werden.

## 2.2 Aufgabenstellung

Die Ziele der vorliegenden Analyse liegen in der Untersuchung des Kommunikationsinhaltes der Kommunikation zwischen Parteien und jungen Wählern. Dabei sollen folgende Aspekte näher untersucht werden:

Wer (Partei) sagt was (Kommunikationsinhalt) zu wem (junge Wahlberechtigte) mit welcher Wirkung (Persuasion?) in welchem engeren Zusammenhang (Wahlkampf) und auf der Basis welcher mentalitäts- und systemspezifischer Erwartungen, Einstellungen und Prämissen (soziokultureller Kontext, d. h. vereinfacht gesagt, „Bewußtseinsprägungen“ oder „Weltbild“)<sup>59</sup>.

Eine Charakterisierung der Kommunikationspartner und ihrer Kommunikationsbeziehung wurde zu Beginn dieser Arbeit durchgeführt und soll den Ergebnissen der quantitativ-semantischen Analyse gegenübergestellt werden und zur Beantwortung der folgenden Fragen beitragen:

- Welche sprachlichen Mittel verwenden die sechs politischen Gruppen zum Zweck der Persuasion?
- Welche gruppenspezifischen Bewertungen, Weltbilder und Ideologien lassen sich nachweisen?
- Welche Assoziationsfelder lassen sich den politischen Gruppen bei der Bearbeitung der drei jugendbezogenen Themenschwerpunkte „Beruf und Ausbildung“, „Gewalt und Jugendkriminalität“ und „Wehrdienst“ nachweisen?
- Wie unterscheiden sich die Jugendorganisationen von ihren Mutterparteien?
- Sind die einzelnen politischen Gruppen dazu imstande, die Bedürfnisse und Interessen der jungen Wahlberechtigten zu repräsentieren und in das politische System zu integrieren?

## 2.3 Untersuchungsmethode

Wie zuvor beschrieben, stehen für eine linguistische Analyse sprachlicher Zeichen drei Ebenen zur Auswahl: Syntax (Zeichen und ihre Beziehungen untereinander), Semantik (Beziehungen zwischen Zeichen und dem von ihnen Bezeichneten) und Pragmatik (Zeichen in Beziehung zu ihren Verwendern).

Für die Analyse des Sprachgebrauchs parteiprogrammatischer Äußerungen muß eine Untersuchungsebene gewählt werden, welche die typische Eigenschaft der Sprache in der Politik beschreibt: Die kommunikativen und pragmatischen Beziehungsaspekte zwischen Sender und Empfänger. Denn, so W. Dieckmann: „Isoliert man die sprachliche Aussage von den Kommunikationspartnern, so verliert man den Gegenstand, der in der Sprache der Politik gerade von besonderem Interesse ist.“<sup>60</sup>.

---

<sup>59</sup> Gruner, Paul-Hermann: Die inszenierte Polarisierung. Die Wahlkampfssprache der Parteien in den Bundestagswahlkämpfen 1957 und 1987, Frankfurt a. M./ Bern/ New York/ Paris 1990, S. 33.

<sup>60</sup> S. o. Anm. 1, S. 12.

Da sich die vorliegende Arbeit mit dem Untersuchungsgegenstand „Text“ befaßt, treten je nach Interesse und Untersuchungsziel andere Texteigenschaften in den Vordergrund: „Die Gegenstandsbestimmung einer wissenschaftlichen Disziplin ist ja nicht nur durch die Eigenschaften der Objekte (in der Realität) bestimmt, sondern vor allem auch von den jeweiligen Untersuchungszielen der Wissenschaftler abhängig.“<sup>61</sup> Eine linguistische Bestimmung des Untersuchungsgegenstands „Text“ beschreibt deshalb auch zugleich die Untersuchungsinteressen. Ein sprachsystematischer Textbegriff der strukturalistischen Linguistik ist für die Analyse politischer Texte ungeeignet, da er zumeist von Sender und Empfänger abstrahiert und sich fast ausschließlich auf die Analyse und Deskription der Struktur des Satzes konzentriert. W. Dieckmann bemißt den Wert einer Analyse formaler Aspekte des Zeichensystems für die Sprache der Politik als gering: „Die Syntaktik in diesem Sinne spielt in der Erforschung der Sprache der Politik eine geringere Rolle, weil die formalen Beziehungen sich von den Verhältnissen in anderen Sprachbereichen nicht grundsätzlich unterscheiden“<sup>62</sup>. Obwohl Dieckmann der Syntaktik für die Erforschung der politischen Sprache eine „geringere Rolle“ zuweist und dafür die kommunikativen Beziehungsaspekte zwischen Sender und Empfänger in den Untersuchungsmittelpunkt stellt, muß eine linguistische Textanalyse beides berücksichtigen. Klaus Brinker bemerkt: „Eine adäquate linguistische Textanalyse erfordert die Berücksichtigung beider Forschungsrichtungen [sprachsystematisch und kommunikationsorientiert], wobei der kommunikativ-pragmatische Ansatz – wie bereits angedeutet wurde – die theoretisch-methodische Bezugsgrundlage bilden muß.“<sup>63</sup> Die „komplementäre Konzeption“ eines linguistischen Textbegriffs verbindet sowohl sprachsystematische als auch kommunikationsorientierte Positionen und ist für die Analyse politischer Texte geeignet. Brinkers Entwurf eines integrativen Textbegriffs lautet:

*„Der Terminus „Text“ bezeichnet eine begrenzte Folge von sprachlichen Zeichen, die in sich [grammatisch und thematisch] kohärent ist und die als Ganzes eine erkennbare kommunikative Funktion signalisiert.“<sup>64</sup>*

Im weiteren soll dieser so bestimmte „Text“ unter Zuhilfenahme quantitativ-semantischer Untersuchungsmethoden analysiert werden. Die semantische Analyse eines sprachlichen Zeichens innerhalb des „politisch-ideologischen Diskurses“<sup>65</sup>, also die Untersuchung seiner darstellenden Eigenschaft, ist jedoch nicht eindeutig von der Pragmatik abzugrenzen, da Sprache in der Politik nicht zur Benennung einer Sache, sondern vor allem zur Erzeugung einer Vorstellung verwendet wird. Welche „Gerechtigkeit“ gemeint ist, läßt sich nicht auf der Grundlage von statistischen Ergebnissen bezüglich der Verwendungshäufigkeit sprachlicher Zeichen entscheiden, sondern zugleich müssen die der Begriffsverwendung zugrunde liegenden und beabsichtigten Vorstellungen und Suggestionen kontextuell untersucht werden. Aus diesem Grund sollen sowohl Frequenzen als auch die Kontexte der gesuchten Begriffe ermittelt werden und sich eine Kontextanalyse der quantitativ-semantische Untersuchung anschließen. Auf ein

---

<sup>61</sup> S. o. Anm. 57, S. 12.

<sup>62</sup> S. o. Anm. 1, S. 12f.

<sup>63</sup> S. o. Anm. 57, S. 17.

<sup>64</sup> S. o. Anm. 57, S. 17.

<sup>65</sup> Klein, Josef: Kann man Begriffe besetzen, in: Begriffe besetzen: F. Liedtke/ M. Wengeler/ K. Böke (Hrsg.), Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik, Opladen 1991, S. 44-69, S. 62.

intuitives Verstehen der Texte soll verzichtet werden: „Der Vorzug des Analysierens gegenüber dem nur intuitiven Verstehen und spontanen Verwerten von Texten liegt nun aber darin, daß die Reflexion über den Text, über seine Wirkung, und der bewußte Einsatz von bewährten Analyseinstrumenten zu einer differenzierteren, objektiveren Erkenntnis führen, vor allem hinsichtlich der persuasiven Eigenschaften, die sonst meist nicht bewußt wahrgenommen werden.“<sup>66</sup>.

Für die Analyse eines Textcorpus politischen Inhalts erwies sich die computergestützte Textanalyse (CUTA) als ein geeignetes und praktikables Untersuchungsmittel<sup>67</sup>. Dieses Verfahren erhebt für eine Liste von Suchwörtern, politischer Termini (Schlagwörter, Schlüsselwörter, Hochwertwörter) und Gruppenreferenzen innerhalb eines Textes Frequenzen, wahlweise kontextfrei oder kontextsensitiv. So läßt sich beispielsweise die sprachliche Strategie des häufigen Wiederholens („Einhämmern“)<sup>68</sup> von ideologischen Begriffen zum Zwecke der Persuasion mit den Mitteln einer quantitativen Analyse des Sprachgebrauchs nachweisen.

Vor jeder Ermittlung der Frequenz (Häufigkeit) für Begriffe muß zunächst die Einheitlichkeit des Untersuchungsmediums sichergestellt sein. Die hier zu untersuchenden Texte wurden in Hinblick auf Empfänger (junge Wahlberechtigte), zeitlich-thematischer Bezug (13. Wahlperiode), Textsorte (Aktionsprogramme) und den formalen Textmaßen (Stereotypie/Variabilität) einheitlich gewählt. Würde eine Überprüfung unterbleiben, ließen sich die ermittelten Merkmale nicht ausschließlich aufgrund des unterschiedlichen Sprachgebrauchs seiner Benutzer erklären, sondern könnten auch durch uneinheitliche „äußere“ Textmerkmale entstanden sein.

Ein Vorzug der CUTA-Methode liegt in der grafischen Darstellungsmöglichkeit der Ergebnisse. So lassen sich nicht nur die Häufigkeiten für Suchwörter im Verhältnis zur Textgröße in Form von Tabellendiagrammen darstellen und mit den Ergebnissen von Texten anderer Parteien vergleichen, sondern auch ihre Kontexte als Diagramm visualisieren. Die CUTA-Methode soll kurz beschrieben werden:

### **2.3.1 Kurze Einführung in die computergestützte Textanalyse**

Die computergestützte Textanalyse ermöglicht das zuverlässige Ermitteln und Auszählen der Inhalte von zuvor festgelegten Suchkategorien. Sie kann, je nach Untersuchungsinteresse und Gewissenhaftigkeit der Formulierung der Suchkategorien, Aufschluß über inhaltliche, formale und grammatikalische Maße eines Textes geben. Die gebräuchlichste Art, Computerprogramme für eine linguistische Analyse zu nutzen, besteht in der Ermittlung der Frequenz (Häufigkeit) für Begriffe innerhalb eines Textes. Diese Frequenzen sind besonders dann aussagekräftig, wenn sie aus mehreren Texten ermittelt werden, die zwar in bezug auf ihren situativen, d. h. zeitlichen und thematischen Kontext und ihrer äußeren Form einheitlich sind, jedoch von verschiedenen Sendern stammen. Divergierende Frequenzen indizieren dann bei gleicher Textsorte unterschiedliche Themen- und Argumentationsschwerpunkte und erlauben Rückschlüsse auf die Intentionen des Textes und des

---

<sup>66</sup> S. o. Anm. 3, S. 17.

<sup>67</sup> Blockseminar im Wintersemester 1996/97 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Leitung: Prof. Dr. Horst Dieter Schlosser.

<sup>68</sup> S. o. Anm. 3, S. 48.

Senders. Ein Vergleich von Texten verschiedener Parteien läßt sich mittels einer quantitativen Analyse in der ‚Perspektive‘ beschreiben.

Bevor mehrere Texte miteinander verglichen werden können, muß neben der generellen Frequenz von Wörtern einer Suchkategorie, d. h. wie oft die Wörter einer Suchkategorie im Text erscheinen, noch deren Flächenwert (%TEXT) ermittelt werden. Der in Relation zur Gesamtfrequenz, d. h. Gesamtanzahl aller Wörter eines Textes, stehende Flächenwert der Suchkategorie ist intertextuell komparabel und ermöglicht die vergleichenden Bewertungen mehrerer Texte. Es wird „der Textanalyse unterstellt, daß die Auftretenshäufigkeit eines Themas nicht der alleinige Maßstab für die ihm zugemessene Bedeutung ist, sondern die Länge der Texte mitzuberücksichtigen ist: Ein geringer Flächenwert relativiert daher die frequentielle Überrepräsentation eines Themas.“<sup>69</sup>. Neben der Analyse von Inhaltswörtern können Verben und Konjunktionen quantifiziert werden.

Die Methode der computergestützten Textanalyse bieten neben der bereits beschriebenen kontextfreien Einwort-Analyse die Möglichkeit, Suchkategorien in Hinblick auf ihre Einbindung in den jeweiligen Kontext (Keyword in Context) zu ermitteln. Wahlweise kann das Suchwort in seinem Vorkommen innerhalb des Satzes dargestellt werden, oder es läßt sich ein „semantisches Beziehungsnetz“ eines Textes als Schaubild generieren, welches ausgewählte Begriffe als Koordinatenpunkte darstellt, deren metrische Nähe/Entfernung ihre ermittelte Häufigkeit des gemeinsamen Auftretens in einer Kontexteinheit eines Textes (Satz) wiedergibt. Die Anwendungsmöglichkeit der Einwort-Analyse sowie einer computergestützten Kontextanalyse mittels multidimensionaler Skalierung (MDS) soll im Anschluß an die quantitativ-semantische Einwort-Analyse zur Erstellung von Modellen für die Texte der sechs politischen Gruppen verwendet werden.

Für die kontextfreie und kontextbezogene Textanalyse wurde das Computerprogramm HAMLET<sup>70</sup> verwendet.

## **2.4 Die Formulierung der Suchkategorien für die Textanalyse**

Damit den sechs politischen Gruppen charakteristische Merkmale des Sprachgebrauchs zugewiesen werden können, soll das Textcorpus unter Verwendung einer computergestützten Inhaltsanalyse auf zunächst 39 verschiedene Merkmale hin untersucht werden. Für eine Liste von Begriffen, welche als „symptomatische Indikatoren“ für eine sprachkritische Beschreibung des Sprachgebrauchs ausgewählt wurden, wird deren Verwendungshäufigkeit (Frequenz) erhoben. Es wurden zu vier Untersuchungsschwerpunkten Wortlisten erstellt:

1. Modalverben, Konjunktionen und weitere charakteristische Textmerkmale.
2. Gruppenbezeichnungen.
3. „Schlagwörter“, „Schlüsselwörter“ und andere politische Termini.
4. „Hochwertwörter“.

---

<sup>69</sup> Computer in den Geisteswissenschaften: Manfred Thaller/ Albert Müller (Hrsg.), Konzepte und Berichte, Studien zur Historischen Sozialwissenschaft; 7, Frankfurt a. M. 1989, S. 108.

<sup>70</sup> Brier, Alan: Analysis of joint frequencies of words in a text. User notes for program Hamlet, Department of Politics. University of Southampton, Highfield Southampton SO9 5NH. Bezugsquelle über das Internet: <http://www.soton.ac.uk/%7eapb/>

Für jeden der vier Untersuchungsschwerpunkte wurde eine Wortliste erstellt, deren Inhalt die Fragestellung wiedergibt. Dazu ein Beispiel: Die zweite Wortliste ermittelt u. a., wie häufig die Partei der CDU innerhalb eines Textes Erwähnung findet. Da es jedoch für die CDU verschiedene Ausdrücke gibt (Union, Christdemokraten etc.), muß eine Suchkategorie alle Ausdrucksvarianten des Begriffs enthalten, wenn sie gültig jede Erwähnung berücksichtigen soll: „Strenggenommen untersucht die Quantitative Semantik gar keine Wörter, sondern „Begriffe“; da Begriffe aber als Wörter im Text erscheinen, muß entschieden werden, welche Wörter welche Begriffe bezeichnen, welche Wörter als begrifflich synonym zu gelten haben(...)“<sup>71</sup>. Es wird eine Liste der Wörter erstellt, welche die zu suchenden Begriffe wiedergibt. Für eine vollständige Begriffserfassung werden die Wörter teilweise nur als Wortstamm gesucht, d. h. es wird durch Lemmatisierung „\*“ von ihren Affixen abstrahiert. Da nun nach Zeichenfolgen und nicht mehr nach Wörtern gesucht wird, muß in einem nächsten Schritt Ambiguität ausgeschlossen werden. Zur Vermeidung ungültiger Frequenzen muß jedes Wortzeichen, welches die Suchkriterien einer Suchkategorie erfüllt, nochmals „manuell“ auf Ambiguität überprüft werden. Nach dieser Vorarbeit ist sichergestellt, daß die errechnete Frequenz einer Suchkategorie ausschließlich die Verwendungshäufigkeit der Wörter des gesuchten Begriffs wiedergibt. Groß- und Kleinschreibung werden nicht berücksichtigt. Die Suchkategorien, beispielsweise „CDU“, werden zur Vermeidung der Verwechslung mit Wörtern in Großbuchstaben notiert.

Im Anschluß an diese Überlegungen können die Suchkategorien der vier Wortlisten formuliert und eine Klassifikation ihrer begrifflich synonymen Wörter vorgenommen werden:

#### Erste Wortliste: Modalverben, Konjunktionen und weitere charakteristische Textmerkmale:

- ABER : auch , dennoch , gerade , jedoch , trotz , zwar
- MÜSSEN : muß , müßten
- SOLLEN : soll , sollten
- WOLLEN : will
- \*0

#### Zweite Wortliste: Gruppenbezeichnungen:

- GAJB\*
- JUSOS\* : Jungsozialist\*
- JU
- BÜNDNIS90\*
- SPD\* : Sozialdemokrat\*
- CDU\* : Bundesregierung , Christdemo\* , Regierung , Union\* , Kohl\*
- BRD\* : Bundesrepublik , Republik
- BÜRGER\*
- FAMILIE\*
- GESELLSCHAFT
- JUGEND
- JUGENDLICHE\*
- STAAT\*
- WIR

---

<sup>71</sup> S. o. Anm. 1, S. 20.



Dritte Wortliste: „Schlagwörter“, „Schlüsselwörter“ und andere Termini politischer Gruppen:

- CHANCE : Chancen , Gelegenheit\*
- DEUTSCHLAND\*
- KONSERVATIV\*
- KRISE : Krisen , Problem\*
- LEISTUNG\* : leisten
- ÖKOLOG\* : Umweltschutz
- REFORM\* : Erneuerung , Innovation , Veränderung\* , Wandel , Wechsel
- SOZIALIST\* : Sozialismus
- STANDORT\*
- TRADITION\* : Erfahrung
- VERANTWORTUNG\* : Pflicht\*
- WOHLSTAND\*
- ZUKUNFT : Jahrtausend\*

Vierte Wortliste: „Hochwertwörter“:

- DEMOKRATIE\*
- FREIHEIT
- FRIEDE
- GERECHTIGKEIT\*
- SELBSTBESTIMM\*
- SICHERHEIT\*
- SOLIDARITÄT

Über die Auswahl und Erstellung dieser vier Wortlisten entschieden die Interessenschwerpunkte dieser Untersuchung und eine zuvor durchgeführte Auswahl häufig verwendeter Wörter innerhalb des Textcorpus.

Bei der Erstellung der dritten und vierten Wortliste wurde versucht, charakteristische Gruppenideale und Gruppenüberzeugungen zu ermitteln. Dabei wurde einerseits nach parteiunabhängigen, universellen Leitbildern und andererseits nach parteiabhängigen Gruppenwerten und -idealen unterschieden. Für diese Unterscheidung bieten sich die Termini „Schlüsselwort“ und „Hochwertwort“ an. Eine linguistisch eindeutige Definition dieser Begriffe als Sonderklasse von Wörtern ist jedoch nicht möglich. Keine der gegebenen Definition „läßt ein so eindeutiges Klassifizieren von Wortmaterial zu, daß verschiedene Personen damit zu genau gleichen Ergebnissen kämen.“<sup>72</sup>. Die der Erstellung der vier Wortlisten zugrunde liegende Klassifikation beruht auf der dokumentierten Verwendung der Begriffe innerhalb des semantischen Kampfes um Worte des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Funktion, Geschichte und Verwendung durch die Parteien soll daher den Ergebnisse der Frequenzanalyse zum Zwecke der Ermittlung von beabsichtigten Wirkungen und Suggestionen gegenübergestellt werden.

---

<sup>72</sup> S. o. Anm. 3, S. 63.

Rolf Bachems Versuch einer Definition lautet:

- ♦ „Schlagwörter“: „Schlagwörter werden solche Ausdrücke genannt, die eine politisch aktuelle Tendenz, ein Problem, ein Lösungsvorschlag oder irgendeine politische Gegebenheit schlaglichtartig charakterisieren und subjektiv bewerten (...)“<sup>73</sup>
- ♦ „Schlüsselwörter“: „Schlüsselwörter, so könnte man zu definieren versuchen, seien charakteristische Kernwörter und Kennwörter der Doktrin und Argumentation politischer Gruppen (...)“<sup>74</sup>
- ♦ „Hochwertwörter“: „Unter Hochwertwörtern werden hier vom jeweiligen Textautor positiv bewertete Ausdrücke verstanden, die Lösungen versprechen oder der Eigengruppe Symbole ihrer Identität liefern.“<sup>75</sup>

## **2.5 Formale Textmaße: „Gesamtfrequenz“**

Bevor die Ergebnisse der Frequenzanalyse grafisch dargestellt und interpretiert werden, soll das erste Tabellendiagramm (Abbildung 1) zum Anlaß genommen werden, das Verfahren der grafischen Ergebnisdarstellung einführend zu erläutern. Die Abbildung 1 gibt den Gesamtumfang der Wörter des erstellten Textcorpus wieder. Jeder Balken des ersten Diagramms repräsentiert den Umfang eines Textes eines Aktionsprogramms einer Partei zu einem der drei ausgewählten Themen. Es wird deutlich, daß der Umfang der Texte nicht einheitlich ist, sondern variiert.

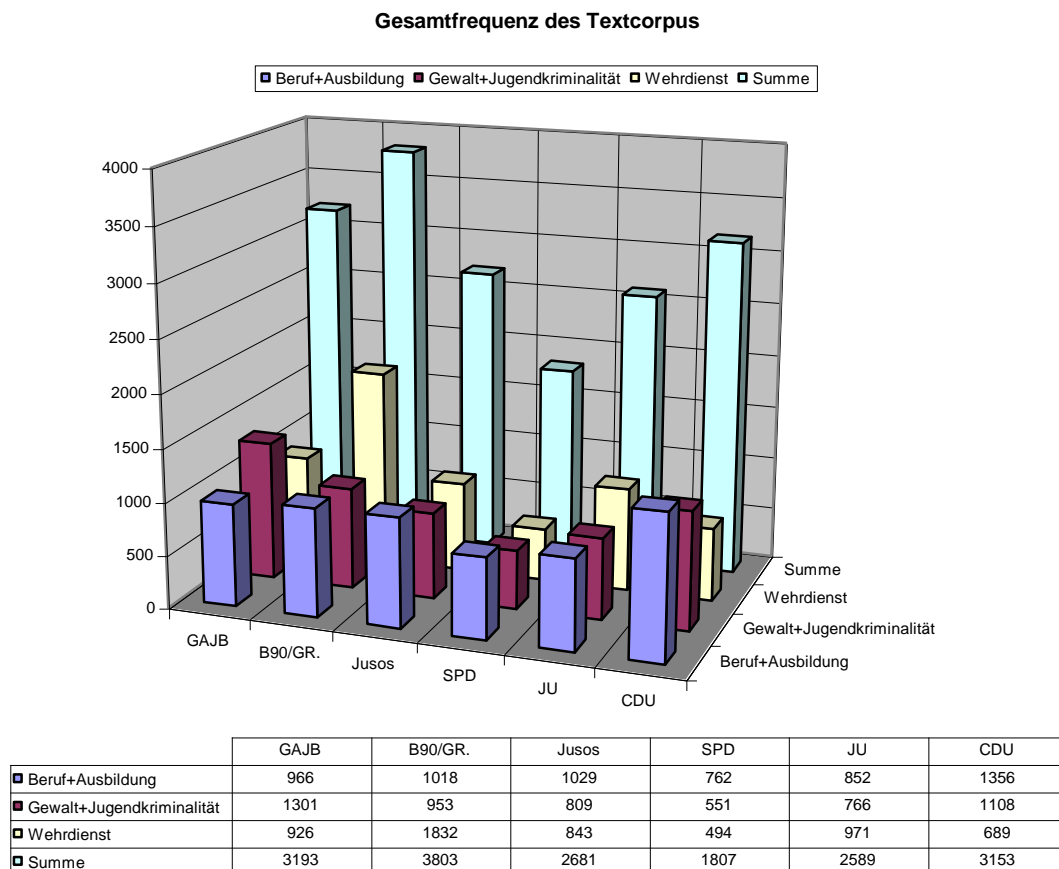
Die Anzahl der vorkommenden Wörter der 18 Texte des Textcorpus werden zum Vergleich, nach Sendern getrennt, nochmals zu je sechs Gesamtsummen zusammengefaßt. Die nach Parteien getrennte Zusammenfassung veranschaulicht, daß die Texte der SPD den relativ geringsten Umfang (1807 Wörter) und die Texte von Bündnis90/DIE GRÜNEN den größten Umfang (3803 Wörter) innerhalb dieser Untersuchung aufweisen. Würde die Berücksichtigung der Umfangsdifferenz unterbleiben, wäre ein Vergleich der sechs politischen Gruppen wenig aussagekräftig. Die Auftretenswahrscheinlichkeit einer Suchkategorie ist in einem umfangreichen Text naturgemäß höher, als in einem Text mit niedriger Gesamtfrequenz. Daher wird nach der Erhebung der Auftretenshäufigkeit (FREQUENZY) einer Suchkategorie, zusätzlich ihr Flächenwert berechnet (%TEXT), welcher den jeweiligen Textumfang berücksichtigt und erst so einen gültigen Vergleich ermöglicht.

---

<sup>73</sup> S. o. Anm. 3, S. 63.

<sup>74</sup> S. o. Anm. 3, S. 63.

<sup>75</sup> S. o. Anm. 3, S. 63.



**Abbildung 1**

### 2.5.1 Formale Textmaße: Type-Token Ratio („Textstil“)

Eine weitere methodische Voraussetzung für einen empirischen Textvergleich besteht in der Überprüfung der Einheitlichkeit des Textcorpus in Hinblick auf den „Textstil“ (Stereotypie, Variabilität). Ein „stereotyper“ Text, der durch zahlreiche Wortwiederholungen auffällt, beispielsweise Zeitungstexte des Neuen Deutschland, ist mit einem „variablen“ Text deshalb nicht vergleichbar, da die Häufigkeit eines Suchwortes nicht mehr durch einen Interessenschwerpunkt, sondern durch den Schreibstil des Senders entstanden ist. Der für diese Aufgabenstellung verwendete Begriff „Textstil“ bezeichnet also nicht die Differenziertheit und Facettenhaftigkeit eines Textes, sondern ist nur in Hinblick auf die nachweisbaren Wortwiederholungen relevant.

Computergestützte Textanalysen verwenden für das formale Maß des „Textstils“ den Begriff Type-Token Ratio. Dieser Wert errechnet sich durch die Anzahl der einmalig vorkommenden Wörter (Gesamtwortschatz) dividiert durch die Gesamtzahl der Wörter des Textes (Gesamtfrequenz): Eine Type-Token Ratio eines Textes von 1 würde bedeuten, daß jedes Wort nur einmal verwendet wurde, dagegen würde ein Text mit einer Type-Token Ratio nahe 0 aus einer Anzahl nahezu gleicher Wörter bestehen.

Die folgende Tabelle gibt die Werte des Textstils (Type-Token Ratio) der 18 Texte wieder:

<b>TYPE-TOKEN RATIO</b>	<b>GAJB</b>	<b>B'90/GR.</b>	<b>Jusos</b>	<b>SPD</b>	<b>Junge Union</b>	<b>CDU</b>
Beruf / Ausbildung	0,497	0,512	0,513	0,501	0,546	0,49
Gewalt/Jugendkriminalität	0,512	0,531	0,62	0,549	0,529	0,538
Wehrdienst	0,536	0,439	0,496	0,586	0,518	0,578

**Tabelle 1**

Die Werte der 18 Texte (Tabelle 1) bewegen sich in einem Bereich von 0,439 bis 0,586 und wurden damit in Hinblick auf die Einheitlichkeit des „Textstils“ hinreichend homogen gewählt und sind für die weitergehende Textanalyse geeignet. Nachdem die Eignung des Textcorpus für eine computergestützte Analyse überprüft wurde, soll nun die Datenbasis auf ihr Themengeflecht und den verwendeten Sprachgebrauch befragt werden.

## 2.6 Grafische Ergebnisdarstellung:

Die Ergebnisse der Frequenzanalyse für die zuvor beschriebenen Suchkategorien werden in Tabellendiagramme übertragen. Mittels dieser Darstellungsmethode soll den politischen Gruppen hinsichtlich der vier Wortlisten ein „Profil“ ihres Argumentationsmusters und ihres Sprachgebrauchs zugewiesen und interpretiert werden. Die Unterteilung der zuvor erstellten Suchkategorien in vier Wortlisten wird im folgenden übernommen. Die Frequenzergebnisse der vier Wortlisten beziehen sich auf den jeweiligen Gesamttext einer Partei und werden nicht, getrennt nach Themen („Beruf und Ausbildung“, „Gewalt und Jugendkriminalität“, „Wehrdienst“), einzeln erhoben.

### **2.6.1 Modalverben, Konjunktionen und weitere charakteristische Textmerkmale**

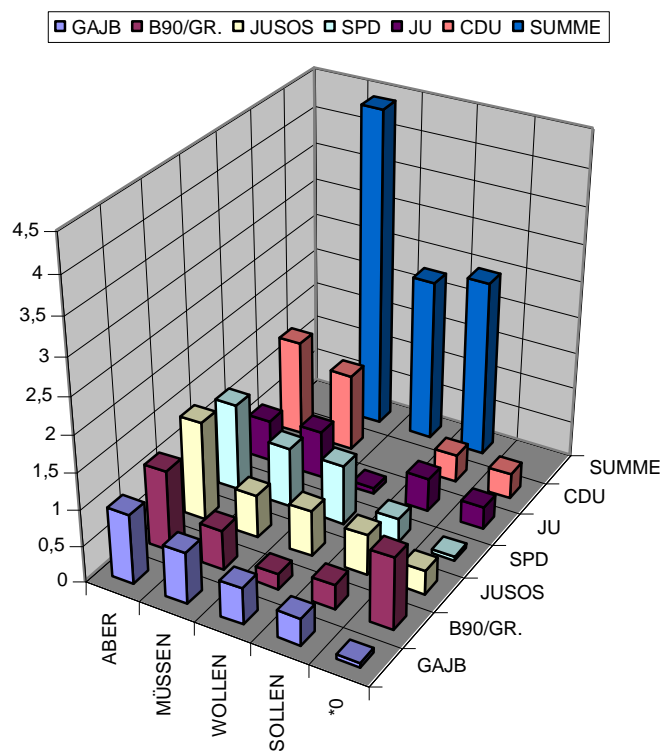
Zunächst werden für die Suchkategorien der ersten Wortliste Frequenzen, d. h. die Verwendungshäufigkeit der Suchkategorien ohne die Berücksichtigung des unterschiedlichen Umfangs der Gesamtfrequenz der Aussagen der Parteien erhoben und ihren Sendern zugeordnet (absolute anstatt relative Werte). Die Tabelle 2 gibt die Summen wieder. In einem weiteren Schritt werden die Flächenwerte der Suchkategorien berechnet und danach zum Zwecke des Vergleichs in das Tabellendiagramm übertragen.

Die Suchkategorien MÜSSEN und SOLLEN wurden so bestimmt, daß die Aufforderungsstruktur mit dem Konjunktiv Präsens (sollten, müßten) erkannt werden. Die Modalverbfrequenz kann auf eine appellative Tendenz hinweisen, wenn sie gemeinsam mit dem Personalpronomen der 1. Person Plural verwendet wird. Der Nachweis einer appellativen Ansprache der Empfänger kann daher an dieser Stelle der Analyse noch nicht erbracht werden. Eine Kontextanalyse soll an anderer Stelle Aufschluß über den gemeinsamen Gebrauch von Modalverben und des Personalpronomen der 1. Person Plural geben.

Tabelle der Frequenzen (FREQUENZY) der Suchkategorien:

FREQUENZY	ABER	MÜSSEN	WOLLEN	SOLLEN	*0
CDU	42	34	0	12	11
JU	15	17	2	12	8
SPD	22	15	15	6	2
JUSOS	37	16	17	15	9
B90/GR.	43	21	8	13	38
GAJB	31	23	16	12	2

**Tabelle 2**



	ABER	MÜSSEN	WOLLEN	SOLLEN	*0
GAJB	0,96	0,71	0,5	0,37	0,06
B90/GR.	1,12	0,55	0,21	0,34	0,99
JUSOS	1,37	0,59	0,63	0,56	0,33
SPD	1,21	0,83	0,83	0,33	0,06
JU	0,58	0,65	0,08	0,46	0,31
CDU	1,33	1,07		0,38	0,35
SUMME		4,4	2,25	2,44	

**Abbildung 2**

### Ergebnisse:

Der Vergleich der Flächenwerte der Tabelle der Abbildung 2 zeigt die zahlenmäßige Prävalenz des Modalverbs MÜSSEN. Seine Verwendung kann jedem der sechs politischen Gruppen mit einem vergleichbaren Flächenwert nachgewiesen werden, dennoch verwendet der CDU-Text 34mal Wörter dieser Suchkategorie (Tabelle 2) und besitzt den größten Flächenwert (1,07%TEXT).

Das Modalverb „wollen“ wird auffällig häufig von den oppositionellen politischen Gruppen gebraucht, am zahlreichsten von der SPD (0,83%TEXT).

Die Junge Union verwendet Wörter der Suchkategorie WOLLEN selten (0,08%TEXT). Der Text der CDU ist diesbezüglich sogar „negativ-frequent“.

Die Einzelbetrachtung der Suchkategorie SOLLEN ergibt jedoch für die untersuchten politischen Gruppen eine vergleichbar häufige Verwendung.

Zugespißt gesagt, formulieren die oppositionellen politischen Gruppen ihre Ziele unter Verwendung des Modalverbs „wollen“, die „konservativen“ Parteien (CDU und Junge Union) dagegen formulieren eher imperativische Forderungen.

Weiterhin wird das Auftreten bestimmter Konjunktionen quantifiziert. Der Gebrauch der ausgewählten Konjunktionen, „aber, dennoch, zwar, gerade, jedoch, auch, trotz“, kann ein Indiz für eine „dogmatische Denkweise“<sup>76</sup> sein. Ein Vergleich der Ergebnisse weist den Jusos (1,37%TEXT), der CDU (1,33%TEXT) und der SPD (1,21%TEXT) den relativ häufigsten Gebrauch nach. Der niedrigste Flächenwert der Suchkategorie ABER ergibt sich für den Text der Jungen Union. Der höchste Flächenwert der Suchkategorie ABER kann den Aussagen der Jusos zugewiesen werden.

Schließlich werden die Texte auf die Verwendung statistischer Daten überprüft. Dabei soll nicht entschieden werden, ob es sich um einen eher informativen oder einen persuasiven Text handelt. Eine sich nur auf dieses Merkmal stützende Klassifizierung wäre ungenügend: „Fachvokabular und statistische Daten allein entscheiden nicht über den Charakter des Textes“<sup>77</sup>. Dennoch würde eine Gesamtanalyse eines von Fachvokabular und statistischen Daten zahlreich Gebrauch machenden polemischen Artikels, beispielsweise aus der "Deutschen Nationalzeitung"<sup>78</sup>, den Versuch der Verschleierung von Ideologie entlarven und die dafür verwendete Methode (Behauptungsakt durch Stützung auf statistische Daten) illustrieren. Die hier erhobenen Frequenzen sind daher nur in Verbindung mit weiteren, die Sprachverwendung der Sender charakterisierenden Merkmalen aussagekräftig.

Der tendenzielle Nachweis des Gebrauchs statistischer Daten soll anhand der Flächenwerte der Suchkategorie \*0 für jede der sechs politischen Gruppen erbracht werden:

Bündnis90/DIE GRÜNEN verweisen am relativ zahlreichsten auf statistische Daten (0,99%TEXT). Dies könnte vor allem in der durch Umfragen gestützten Annahme begründet sein, daß sich die Parteimitglieder von Bündnis90/DIE GRÜNEN überwiegend als „postmaterialistisch orientierte junge Angehörige der neuen Mittelschichten mit einem hohen Ausbildungsstand“<sup>79</sup> charakterisieren lassen. Eine auf statistische Daten verweisende Behauptung scheint daher besonders geeignet, Vertrauen und

---

<sup>76</sup> S. o. Anm. 69, S. 114.

<sup>77</sup> S. o. Anm. 3, S. 14.

<sup>78</sup> S. o. Anm. 3, S. 14.

<sup>79</sup> S. o. Anm. 46, S. 198.

Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen. Für die CDU (0,35%TEXT) und die Junge Union (0,31%TEXT) werden deutlich geringere Flächenwerte ermittelt. Im Gegensatz zu den Jusos (0,33%TEXT) verzichtet das GAJB (0,06%TEXT) und die SPD (0,06%TEXT) fast ausschließlich auf statistische Daten zur Darstellung ihrer Vertrauenswürdigkeit.

### 2.6.2 Gruppenbezeichnungen

Tabelle der Frequenzen (FREQUENZY) der Suchkategorien:

FREQUENZY	WIR	STAAT*	JUGENDLICHE*	JUGEND	GESELLSCHAFT	FAMILIE*	BÜRGER*	BRD*
CDU	12	4	18	2	11	3	1	1
JU	2	7	15	0	11	3	2	3
SPD	22	20	2	2	14	1	7	0
JUSOS	17	2	11	3	4	4	0	6
B90/GR.	16	12	10	1	3	0	7	1
GAJB	48	12	3	3	2	1	13	2

**Tabelle 3**

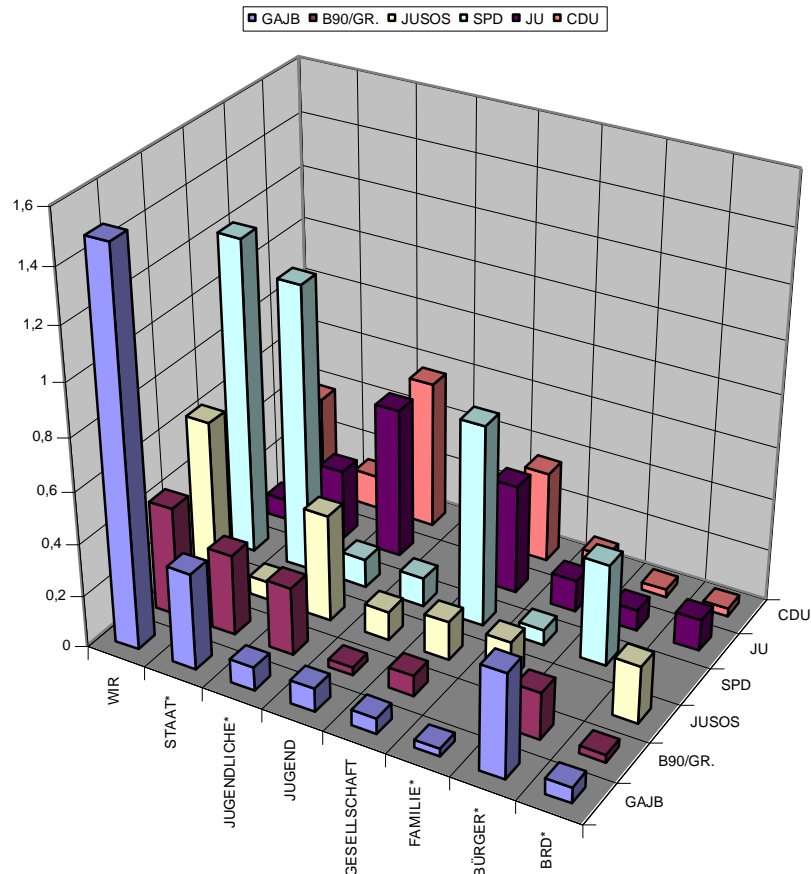


Abbildung 3

#### Ergebnisse:

Das Personalpronomen der 1. Person Plural („kollektivstiftendes Pronomen“) wird im Vergleich zwischen den untersuchten politischen Gruppen von der Jugendorganisation des GAJB 48mal (1,49%TEXT), von der SPD 22mal (1,21%TEXT), von den Jusos 17mal (0,63%TEXT), von Bündnis90/DIE GRÜNEN 16mal (0,42%TEXT), von der CDU 12mal (0,38%TEXT) und von der Jungen Union zweimal (0,08%TEXT) verwendet. Dieses Ergebnis legt die Vermutung nahe, daß „konservative“ Parteien, besonders die Junge Union, auf die Selbstdarstellung in Form des „kollektivstiftenden Pronomens“ seltener zurückgreifen, als die anderen hier untersuchten Parteien. Um dies zu überprüfen, werden weitere Einzelbetrachtungen von Texten der Jungen Union, welche nicht Bestandteil des Textcorpus sind, vorgenommen. Sie ergeben, daß die Selbstdarstellung der Jungen Union durch die Nennung des eigenen Parteinamens „Junge Union“ bevorzugt wird. Im Gegensatz zur Jungen Union wendet sich das GAJB besonders häufig als kollektive „Wir“-Gruppe an ihre Empfänger. Eine



Kontextanalyse soll an anderer Stelle Auskunft über den Verwendungskontext des Personalpronomens der 1. Person Plural geben.

Die Suchkategorie JUGEND läßt sich im Gegensatz zur Suchkategorie JUGENDLICHE\* kaum nachweisen. Dort, wo sie nachgewiesen werden kann, bezieht sich das Bestimmungswort „Jugend“ auf die „Jugend“ als eine Gruppe derjenigen, die sich in der Phase der Jugend befinden, und nicht auf die „Jugend“ als Lebensphase eines Menschen. Die Form des „typisierenden Singulars“<sup>80</sup> („Jugend“) wird zugunsten einer individuelleren Bezeichnung der Jugendlichen kaum verwendet. Der häufigste Gebrauch läßt sich für die SPD und die Jusos ermitteln.

Der Schwerpunkt der Suchkategorie JUGENDLICHE\* liegt auf der Ermittlung des begrifflichen Bedeutungsgehalts. Es wird nicht innerhalb einer Wortklasse gesucht, sondern es werden Nomen und Adjektive berücksichtigt. Für die Suchkategorie JUGENDLICHE\* kann der Jungen Union der größte Flächenwert (0,58%TEXT) und der CDU eine vergleichbare Verwendung (0,57%TEXT) zugewiesen werden. Die Jusos (0,41%TEXT) verwenden häufiger als ihre Mutterpartei (0,11%TEXT) Wörter dieser Suchkategorie. Für die Texte von Bündnis90/DIE GRÜNEN (0,26%TEXT) und des GAJB (0,09%TEXT) kann der proportional geringste Gebrauch nachgewiesen werden. Da sich die „grüne“ Jugendorganisation besonders durch den zahlreichen Gebrauch des Personalpronomens „Wir“ charakterisiert, die Suchkategorie JUGENDLICHE\* jedoch kaum nachweisbar war, wird dem Sprachgebrauch des GAJB unterstellt, daß das Personalpronomen der 1. Person Plural „Wir“ mit der Bedeutung „Jugendliche“ gebraucht wird und daß sich daher das GAJB mit dieser Altersgruppe auch am stärksten identifiziert.

Der Bereich des gesellschaftlichen Zusammenlebens soll anhand der Suchkategorien BÜRGER\*, GESELLSCHAFT und STAAT\* modellhaft dargestellt und deren Flächenwerte (%TEXT) ermittelt werden:

Der Begriff „Bürger“ entspricht dem französischen Begriff „citoyen“ (Staatsbürger) und beschreibt in seiner ursprünglichen Bedeutung einen an der Durchsetzung seiner politischen Geltungsansprüche interessierten Staatsbürger. Für die deutsche Geschichte belegt Robert Kurz die Veränderung des Selbstverständnisses der ehemaligen „Untertanen“ zu Staatsbürgern: „Im Zusammenspiel von etatistischer Sozialreform (etwa der Bismarckschen Sozialgesetzgebung) und Kampf der Arbeiterbewegung konnten die Massen sich zu „zivilisierten“ und in hohem Grade sozial befriedigten abstrakten Geld- und demokratischen Staatsbürgersubjekten entwickeln“<sup>81</sup>.

Die Frequenzanalyse kann der grünen Partei und deren Jugendorganisation für die Suchkategorie BÜRGER\* überproportional hohe Flächenwerte nachweisen: Das GAJB bezieht sich auf diesen Begriff 13mal (0,4%TEXT), Bündnis90/DIE GRÜNEN verwendet 7mal diesen Begriff (0,18%TEXT), der SPD kann eine vergleichbare Verwendung nachgewiesen werden (0,39%TEXT), den Texten der CDU (0,03%TEXT) und der Jungen Union (0,08%TEXT) lassen sich dagegen relativ niedrige Frequenzen zuweisen. Eine zu diesem Zeitpunkt der Untersuchung geäußerte Hypothese hinsichtlich der unterschiedlichen Verwendung des Begriffs „Bürger“ könnte lauten, daß die Parteien verschiedene Wählermilieus anzusprechen

---

<sup>80</sup> Polenz, Peter von: Deutsche Satzsemantik. Grundbegriffe des Zwischen-den-Zeilen-Lesens, Berlin 1985, S. 149.

<sup>81</sup> Kurz, Robert: Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie, Frankfurt a. M. 1991, S. 220.

versuchen, welche sich, je nach erlebter sozialer Wirklichkeit, in ihrem Staatsverständnis voneinander unterscheiden. Die Ansprache der Wähler durch den Begriff „Bürger“ würde demnach eine politische Einflußnahme und die Durchsetzung von Geltungsansprüchen in Aussicht stellen und gleichzeitig rechtfertigen.

Die Suchkategorie FAMILIE\* kann insgesamt selten als Bestandteil der parteiprogrammatischen Äußerungen nachgewiesen werden. Am relativ häufigsten von den hier untersuchten Parteien wird dieser Begriff von der CDU genannt (0,09%TEXT). Die CDU bezieht sich auf den Begriff unter Verweis auf eine sich auflösende Werteorientierung, der Schwächung gewachsener Gemeinschaften (1.2,46) sowie den daraus entstehenden Problemen für das öffentliche Schulsystem (1.2,104).

(Die Belegstellen (a.b,c) sind jeweils markiert durch:

- a. Parteiziffer 1-6 (1:CDU, 2:JU, 3:SPD, 4:Jusos, 5:B'90/GRÜNE, 6:GAJB),
- b. Themenziffer 1-3 (1:"Beruf und Ausbildung", 2:"Gewalt und Jugendkriminalität", 3:"Wehrdienst") sowie
- c. Zeile.)

Auf den Begriff „Gesellschaft“, welcher das staatliche, wirtschaftliche und geistige Zusammenwirken von Individuen beschreibt, verweist die SPD am häufigsten (0,77%TEXT). Im Gegensatz zu den Jusos (0,15%TEXT) erwähnten die Junge Union (0,42%TEXT) und die CDU (0,35%TEXT) diesen Begriff häufiger.

#### Beschreibung des Staatsverständnisses:

Die Untersuchung der Verwendungshäufigkeit des Begriffs „Bürger“ legt den politischen Gruppen ein unterschiedliches Staatsverständnis nahe. Dies soll im weiteren näher bestimmt werden:

Die Formulierung der Suchkategorie STAAT\* bezieht sich auf den Sachverhalt eines institutionellen Ordnungsrahmens für eine Gemeinschaft von Menschen. Der Schwerpunkt der Suchkategorie liegt auf der Ermittlung des begrifflichen Bedeutungsgehalts. Es wird nicht innerhalb einer Wortklasse gesucht, sondern es werden Nomen, Adjektive und Komposita berücksichtigt.

Die Suche nach der Kategorie STAAT\* ergibt für den Text der SPD (1,1%TEXT), des GAJB (0,37%TEXT) und von Bündnis90/DIE GRÜNEN (0,31%TEXT) überdurchschnittliche Ergebnisse. Dem Text der Jungen Union (0,27%TEXT) sowie der CDU (0,13%TEXT) werden, wie dem Text der Jusos (0,07%TEXT), geringere Flächenwerte zugewiesen. Eine Sichtung des Kontextes soll mögliche Unterschiede bei der inhaltlichen Merkmalszuweisung des Begriffs der Suchkategorie STAAT\* aufzeigen:

Die CDU sieht die Aufgaben des Staates im Zusammenhang mit der Jugend und der Wahrnehmung der Aufgabe des öffentlichen Schulträgers und der Schulaufsicht (1.1,42), in der Vermittlung verbindlicher Werte (1.1,57), der Prävention jugendlicher Gewalt (1.2,30) und in der Bereitstellung einer Wehrpflichtarmee, welche das Staatswesen schützt (1.3,50).

In den Augen der Jungen Union soll der Staat kürzere Genehmigungsverfahren zusichern (2.1,47), die Wissenschaft und die Spitzentechnologie fördern (2.1,31), die Funktion des Schul- und Bildungsträgers wahrnehmen (2.1,61), ein Gegner zunehmender Gewaltbereitschaft bleiben (2.2,66) und die Funktion des Schutzes und der Verteidigung bei Konflikten und Kriegen weiterhin

wahrnehmen (2.3,29). Mit Ausnahme der Forderung nach stärkerer Unterstützung der Wirtschaft befürwortet die Junge Union die Arbeit der staatlichen Institutionen.

Die Aussagen der SPD lassen das Bestreben erkennen, einen modernen (3.2,6), anpassungsfähigen (3.2,10), sich beschränkenden und zurückhaltenden (3.2,13), unbürokratischen (3.2,25), sich auch finanziell auf Grundversorgung der Bürger beschränkenden (3.2,34), für Wiedergutmachung der Gewaltopfer sorgenden und zugleich Gewalt verhindernden (3.2,61) Staat zu gestalten. Der Staat soll institutionell gelockert werden und im Sinne eines „Dienstleistungsanbieters“ nur dort spürbar sein, wo es gewünscht wird.

Die Jusos verlangen dagegen die Abschaffung staatlicher „Zwangsdienste“, d. h. des Wehr- und Zivildienstes (4.3,78) und erhoffen sich damit Veränderungen der von ihnen beschriebenen „patriarchalen Strukturen“ der Gesellschaft (4.3,39).

Für die Texte von Bündnis90/DIE GRÜNEN ergibt sich ein Staatsverständnis, welches sich durch die Achtung der Bürgerrechte auszeichnet: Der Staat als eine verbindliche Institution soll die Förderung Jugendlicher während der Ausbildung (5.1,61), den Verzicht auf Sanktionen und Strafen (5.2,45), die Sicherung des demokratischen Rechtsstaates (5.2,11-17) und die Abschaffung der Wehrpflicht (5.3,249) dauerhaft verwirklichen und sichern.

Das GAJB verwendet die Suchkategorie im Zusammenhang mit der Unterstützung von finanziell benachteiligten Schülern (6.1,10), einer bundesgesetzlich festzulegenden Ausbildungspflicht für Betriebe (6.1,144), einem staatlichen Sanktions- und Strafverzicht bei gleichzeitigem Erhalt des Gewaltmonopols (6.2,74) und der Schaffung einer supranationalen Organisation gleichberechtigter Staaten zur Sicherung des Friedens (6.3,30). Das GAJB beschreibt einen engagierten, aktiven, pazifistischen und „gerechten“ Staat.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß dem Staat deutlich unterschiedliche Kompetenz- und Aufgabenschwerpunkte zugewiesen werden. Dabei werden charakteristische Gruppenideale der politischen Gruppen wiedergegeben:

Die CDU zeichnet sich demnach durch den Willen zur Kontinuität der Strukturen des Staatswesens aus. Deutlich zeigen sich Übereinstimmungen zwischen der CDU und der Jungen Union, jedoch betont die Jugendorganisation der CDU die verstärkte Unterstützung der Wirtschaft und der Spitzentechnologie durch staatliche Subventionen. Die SPD mahnt Veränderungen des Staatswesens an, welche die Modernisierung des Staates („Dienstleistungsanbieter“) zum Ziele haben. Im Gegensatz zur Mutterpartei zeichnen sich die Jusos durch Staatsferne aus, die durch die Forderung nach Veränderungen der „Tiefenstrukturen“ des Staatswesens wiedergegeben wird. Bündnis90/DIE GRÜNEN verfolgen den Schutz der Bürgerrechte und sehen diese von staatlichen Eingriffen bedroht. Das GAJB strebt einen gerechten und pazifistischen Staat an und entspricht dem Staatsverständnis der Mutterpartei.

### **2.6.3 Weitere Gruppenbezeichnungen (Parteiennennung)**

Die Erkenntnis der Werbewirtschaft, daß eine maximale Nennung des Produktnamens innerhalb einer Werbebotschaft notwendig ist, da sich die Konkurrenten in ihren Angeboten angeglichen haben, scheint auch für das Erscheinungsbild der Volksparteien gültig zu sein. Die von Paul-Hermann Gruner in bezug auf das Erscheinungsbild der Volksparteien konstatierte „inszenierte

Polarisierung“<sup>82</sup> soll besonders während des Wahlkampfes von einer Angleichung der gegnerischen Positionen ablenken. Ein Vorzug des Gebrauchs eines Parteinarbens für eine politische Gruppe besteht des weiteren darin, sich auch als zerstrittene Gruppe nach „außen“ einheitlich und „einer Meinung“ präsentieren zu können. Dies erleichtert dem Außenstehenden das Verstehen und ermöglicht der Partei die Integration Außenstehender. Innerhalb eines Textes ist es möglich, die eigenen Meinungsschwerpunkte und Gruppenideale mit dem eigenen „Markenzeichen“ zu verbinden. Das geschickte kontextuelle Verknüpfen des eigenen Parteinarbens mit positiven Inhalten und Zielen soll beim Leser eine kognitive Verknüpfung zwischen dem Namen der Partei und den idealen Zielen hervorrufen und ihrer Verwirklichung durch die Partei suggerieren. Eine Kontextanalyse der Parteiennennung innerhalb des Textcorpus soll deshalb in einem späteren Abschnitt Aufschluß über die innerhalb eines Kontextes gemeinsam mit dem Parteinarben genannten Meinungsschwerpunkte und Gruppenideale liefern.

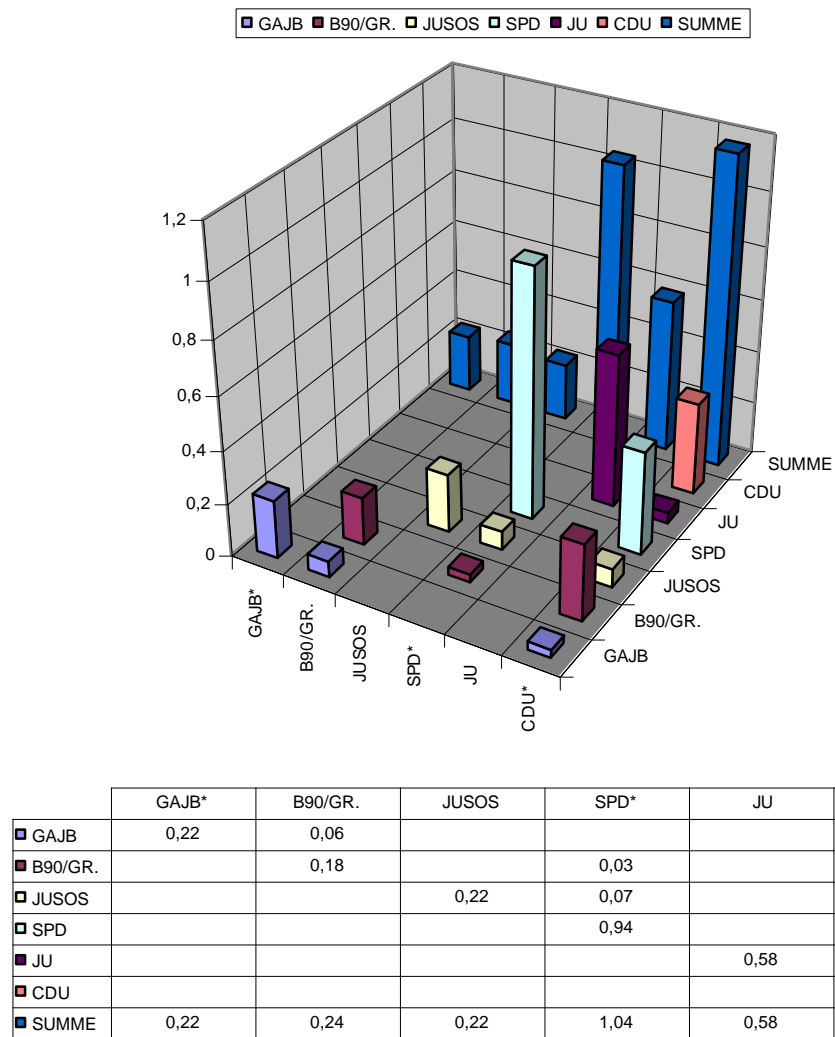
Tabelle der Frequenzen (FREQUENZY) der Suchkategorien:

FREQUENZY	GAJB*	JUSOS*	JU	BÜNDNIS90*	SPD*	CDU*
CDU	0	0	0	0	0	11
JU	0	0	15	0	0	1
SPD	1	2	0	1	17	0
JUSOS	0	6	0	0	0	0
B90/GR.	2	0	0	7	0	0
GAJB	7	0	0	0	0	0

**Tabelle 4**

---

<sup>82</sup> Vgl. Anm. 59.



**Abbildung 4**

#### Ergebnisse:

Am deutlich häufigsten verwenden SPD (0,94%TEXT) und Jusos (0,22%TEXT) ihren eigenen Parteinamen innerhalb ihrer Texte. Die „konservativen“ Gruppen, die Junge Union (0,58%TEXT) und die CDU (0,35%TEXT), gebrauchen proportional seltener den eigenen Parteinamen. Für das GAJB (0,22%TEXT) sowie die Partei von Bündnis90/DIE GRÜNEN (0,18%TEXT) lassen sich die proportional niedrigsten Flächenwerte ermitteln. Ein Vergleich zwischen den politischen Gruppen zeigt, daß von dieser Sprachtechnik „parteiübergreifend“ Gebrauch gemacht wird.

Die Nennung einer anderen Partei als der eigenen kann bezüglich der Suchkategorie CDU\* den fünf übrigen politischen Gruppen nachgewiesen werden. Dies verdeutlicht das Interesse aller Parteien an der CDU in ihrer Funktion als Regierungspartei. Besonders häufig wird die CDU von ihren politischen Gegnern, 7mal von der SPD (0,39%TEXT) und 11mal von Bündnis90/DIE GRÜNEN (0,29%TEXT), genannt. Auf die Volkspartei der SPD beziehen sich, trotz einer durchschnittlich geringen Frequenz, alle politischen Gruppen mit Ausnahme der CDU und deren Jugendorganisation.

Der untersuchte Text der CDU nennt kein einziges Mal den Parteinamen der SPD. Die SPD dagegen verbindet die Nennung des

politischen Gegners mit Massenarbeitslosigkeit und Staatsverschuldung (3.1,14), die Jusos sprechen im Zusammenhang mit der „Kohl-Regierung“ von einem Abbau des Sozialstaates (4.2,16). Bündnis90/DIE GRÜNEN werfen der CDU Ignoranz in bezug auf arbeitslose Jugendliche (5.1,28) vor, und das GAJB unterstellt im Zusammenhang mit der Diskussion um den sogenannten „Großen Lauschangriff“ beiden großen Volksparteien auf dem Gebiet der Innenpolitik „undemokratisches Verhalten“ (6.2,19).

#### 2.6.4 „Schlagwörter“, „Schlüsselwörter“ und andere politische Termini

Die der Erstellung dieser Wortliste zugrunde liegende Wortauswahl beruht auf der dokumentierten Verwendung der Begriffe innerhalb des semantischen Kampfs um Worte des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Funktion, Geschichte und Verwendung durch die Parteien soll der Interpretation der Ergebnisse der Frequenzanalyse voran gestellt werden. Die 13 Suchkategorien dieser Wortliste werden nochmals in fünf Gruppen eingeteilt. Diese sind:

- „Stigmawörter“/„Fahnenwörter“
- „Deutschland“
- Wirtschaft
- Umwelt und Verantwortung
- Zukunftsbilder

Tabellen der Frequenzen (FREQUENZY) der Suchkategorien:

FREQUENZY	ZUKUNFT	WOHLSTAND *	VERANTWORTUNG*	TRADITION*	STANDORT*	SOZIALIST*
CDU	6	0	6	3	1	0
JU	5	0	2	1	0	1
SPD	6	1	4	3	1	0
JUSOS	4	0	1	4	0	0
B90/GR.	9	0	3	1	0	0
GAJB	1	0	0	0	0	0

**Tabelle 5**

FREQUENZY	REFORM*	ÖKOLOG*	LEISTUNG*	KRISE*	KONSERVATIV*	DEUTSCHLAND*	CHANCE*
CDU	4	0	11	7	0	13	2
JU	3	0	5	2	0	19	1
SPD	5	0	3	0	4	6	5
JUSOS	1	1	1	6	3	1	2
B90/GR.	5	5	1	2	0	4	5
GAJB	8	6	4	4	0	0	2

**Tabelle 6**

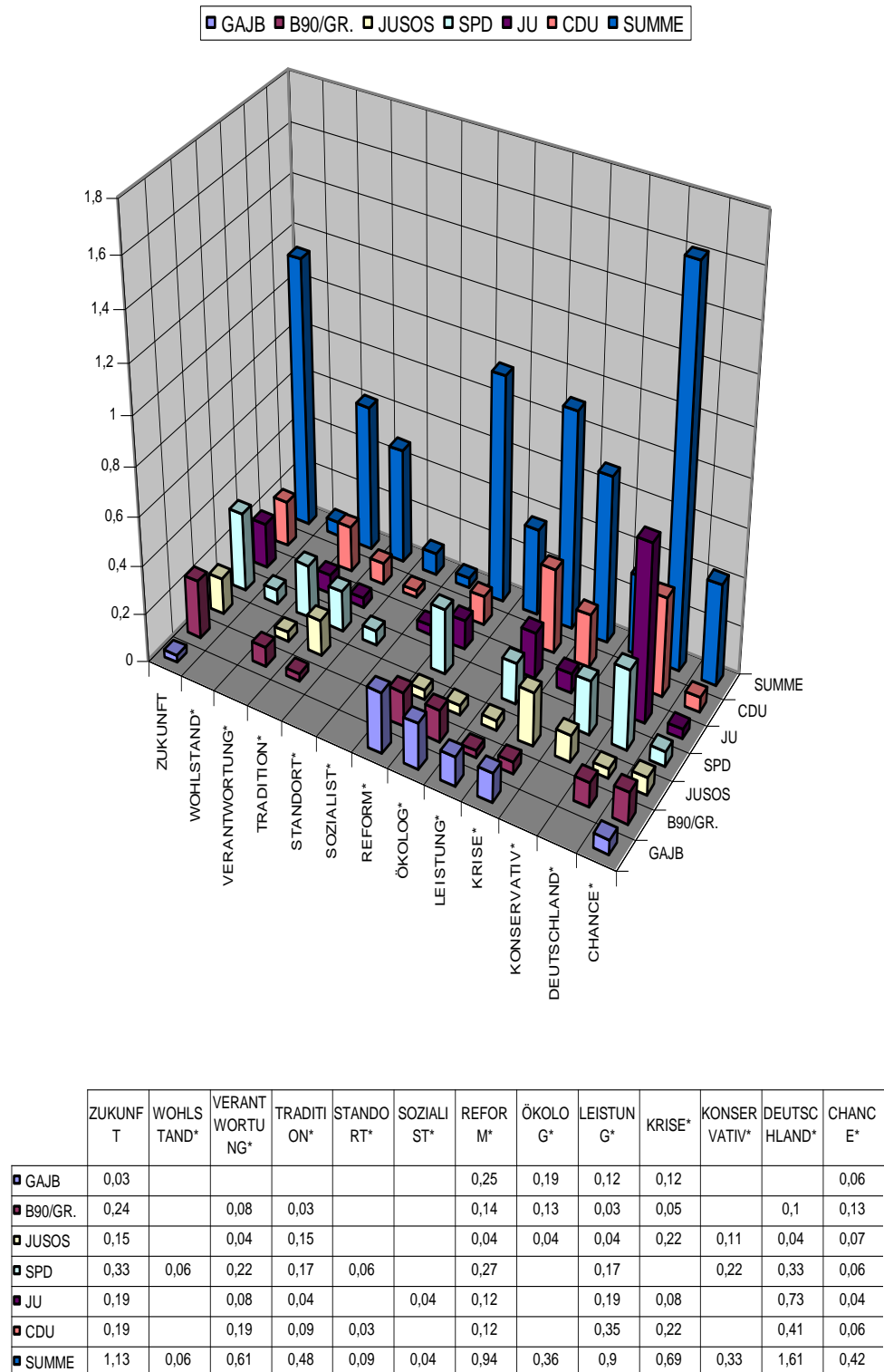


Abbildung 5

„Stigmawörter“ / „Fahnenwörter“

KONSERVATIV\*

SOZIALIST\* : Sozialismus

Charakteristisch für den lexematischen Konkurrenzkampf innerhalb des Parteiensystems ist die Schmähung des Gegners und seine

gemeinsame Erwähnung in Verbindung mit Stigmawörtern, Kakophemismen und Invektiven.

Im Gegensatz zur politologischen Bestimmung der Gruppenideale und Leitbilder der Arbeiterbewegung anhand der Verwendung des Begriffs „Sozialismus“ wird dem fachsprachlich, deskriptiven Begriff „Sozialismus“ im „politisch-ideologischen Diskurs“ zusätzlich eine wertende (deontische) Komponente beigelegt<sup>83</sup>. Die Frequenzanalyse bestätigt diese Einschätzung. Sie zeigt, daß die Begriffskategorie SOZIALIST\* ausschließlich von der Jungen Union (0,04%TEXT) und die Begriffskategorie KONSERVATIV\* nur von der SPD (0,22%TEXT) und den Jusos (0,11%TEXT) gebraucht wird.

Der Text der Jungen Union warnt im Falle einer SPD geführten Regierung vor den Folgen für das Schulwesen: „Voraussetzung einer umfangreichen Modernisierung unseres Bildungssystems ist die Befreiung der Schulpolitik vom ideologischen Ballast. Die Schüler dürfen dabei nicht für sozialistische Feldversuche mißbraucht werden“ (2.1,71). Dagegen heißt es im Text der SPD: „Darin unterscheidet sich sozialdemokratische von konservativer Politik. Konservative wollen mit ideologisierten Schlagwörtern wie Wettbewerb und Eliteförderung die Bildungsübergänge erschweren, frühzeitige Selektion und Privilegien erhalten und den Zugang zu Bildung wenigen, die über Marktmacht und Vermögen verfügen, vorbehalten. Wir wollen die aufklärende und integrierende Kraft von Bildung stärken und nutzen, um so Spaltungstendenzen und Ausgrenzungen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken.“ (3.1,38). Je nachdem, wer diese Schlagwörter verwendet, erhalten diese Begriffe eine befürwortende oder ablehnende Deontik. Josef Klein bemerkt: „Oft sind Fahnenwörter der einen die Stigmawörter der anderen“<sup>84</sup>.

#### „Deutschland“

##### DEUTSCHLAND\*

Der Gebrauch des Begriffs „Deutschland“ ist seit 1949 ein Merkmal der parteipolitischen Werbung bei Bundestagswahlkämpfen. Diese Vokabel scheint geeignet, eine Großzahl der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen durch den Verweis auf ihre gemeinsame soziale, kulturelle, nationale und geographische Einheitlichkeit und Identität anzusprechen. Im Zuge der deutschen Einheit erfuhr der Deutschland-Begriff besonders von der CDU eine „heimliche Verabsolutierung“ seines Wertes: „Die Einheit ist für die Union die Einheit, die sie selbst mit herbei geführt hat – auf beiden Seiten der fallenden Mauer. So gesehen applaudiert die Union mit einem einfachen, positiv getönten Bekenntnissatz ausdrücklich auch der eigenen Deutschland-Politik und der ihr unterlegten konnotativen Gehalte.“<sup>85</sup>.

Die Tatsache, daß „Deutschland“ zu keiner Zeit der deutschen Geschichte ein offizieller staatsrechtlicher Terminus war, sondern immer nur ein programmatischer Zielbegriff<sup>86</sup> verdeutlicht

---

<sup>83</sup> Vgl. Anm. 65, S. 62.

<sup>84</sup> S. o. Anm. 65, S. 62.

<sup>85</sup> Paul-Hermann Gruner: Kontinuität oder Innovation? Zur Frage konstanter formaler und inhaltlicher Prägung des Sprachkampfes anlässlich der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. 12. 1990, in: Sprache, Politik, Öffentlichkeit: Armin Burkhardt/ Walther Dieckmann/ K. Peter Fritzsche (Hrsg.), Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende“ und „Vereinigung“, Berlin/ New York 1992, S.267-286, S.273.

<sup>86</sup> Schlosser, Horst Dieter: Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen, Köln 1990, S. 51.



nachdrücklich, welche Wirkungsabsichten durch die Verwendung dieser Vokabel innerhalb des politischen Diskurses bezweckt sein dürften: Der Verweis auf die politischen Anstrengungen und Erfolge zur Verwirklichung der Einheit der deutschen Nation.

Die zunächst kritische Haltung der SPD zu den Kosten und dem Tempo der deutschen Einheit wurde zugunsten einer deutlichen Befürwortung der Einheit während der Bundestagswahl 1990 korrigiert. Paul-Hermann Gruner sieht in der Aussage der SPD aus dem Jahr 1990: „Bei uns ist Deutschland in guten Händen“ deshalb auch „ein Stück Verteidigungsanstrengung“<sup>87</sup>.

Den Texten der Jungen Union (0,73%TEXT) und der CDU (0,59%TEXT) kann der häufigste Gebrauch des Begriffs und damit die inhaltliche Nähe zwischen Mutterpartei und Jugendorganisation nachgewiesen werden. Der SPD kann ebenfalls eine relativ hohe Fläche für diese Suchkategorie nachgewiesen werden (0,33%TEXT). Dem Bündnis90/DIE GRÜNEN läßt sich ein Flächenwert von 0,1%TEXT zuweisen. Dies stimmt mit der Programmatik ihrer „internationalistisch-global angelegten Verantwortungsethik, die den pathetisch-patriotischen Jargon ausspart“<sup>88</sup> überein. Für die Jusos läßt sich eine einmalige Verwendung nachweisen (0,04%TEXT). Das GAJB übernimmt den Begriff „Deutschland“ nicht, sondern bevorzugt, ähnlich den Jusos, die Bezeichnung „BRD“.

## Wirtschaft

### STANDORT\*

Hinsichtlich des Politikbereiches Wirtschaft und Finanzen mußte die CDU durch den Rekordstand der Staatsverschuldung und der Arbeitslosigkeit deutliche Vertrauenseinbußen hinnehmen. Trotz der weitverbreiteten Annahme der Wirtschaftskompetenz der CDU<sup>89</sup> betätigt sich die Opposition als kritischer Kassenwart, der sich durch den Gebrauch des dazugehörigen Fachvokabulars auszeichnet. Die SPD profiliert sich als „kompetente Wirtschaftspartei“<sup>90</sup> und „wirbt im Stil und Jargon oft etatistisch, ja ökonomistisch“<sup>91</sup>. Die Aussagen der SPD belegen diese These: „Ausbildung für alle soll nicht nur das individuelle Bedürfnis der Jugend nach bestmöglicher beruflicher Qualifizierung erfüllen, sondern auch den Wirtschaftsstandort Deutschland in einer Phase besonderer wirtschaftlicher und politischer Herausforderungen stärken. Staatliche und betriebliche Aufwendungen zur Realisierung dieses Ziels sind als Investitionen in die Zukunft der Menschen unseres Landes und Europas zu betrachten.“ (3.1,82).

Die Suchkategorie STANDORT\* wird von SPD und CDU jeweils einmal verwendet.

### LEISTUNG\* : leisten

Der in Wahlkämpfen durchgängig gebrauchte Zentralbegriff der CDU, „Leistung“, symbolisiert den Motor für eine auch ökonomische „Entfaltungsfreiheit“ des Individuums, wie sie erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland wieder möglich wurde. Leistung ist für die CDU zugleich der Verteilungsmechanismus der Marktwirtschaft. Fritz Hermanns Analyse des Ludwigshafener Grundsatzprogramms der CDU aus dem Jahr 1978 sieht diese Maxime, daß sich Verteilung nach Leistung richtet, durch den dort

---

<sup>87</sup> S. o. Anm. 85, S.273.

<sup>88</sup> S. o. Anm. 85, S. 274.

<sup>89</sup> Vgl. Anm. 59, S. 77.

<sup>90</sup> S. o. Anm. 85, S.278.

<sup>91</sup> S. o. Anm. 85, S. 278.

geäußerten Glauben an die „Leistungsgerechtigkeit des Marktes“ (§71) als zentrale politische Positionen der CDU ausreichend belegt<sup>92</sup>. Diese Überzeugung wird von der CDU auf die schulische und berufliche Ausbildung übertragen. So begründet der CDU-Politiker und Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers eine Reform des Unterrichts durch den Gebrauch des Leistungsbegriffs: „Viele leistungswillige Schülerinnen und Schüler würden mehr Zeit an den Gymnasien verbringen, als es ihnen lieb und nötig sei. (...) Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beginnt im Klassenzimmer“<sup>93</sup>. Der gesuchte Begriff bezieht sich innerhalb des CDU-Textes ausschließlich auf den Bereich Bildung: „Wir brauchen ein Bildungssystem, das der Qualität der Bildung und der Bildungsabschlüsse höchsten Rang einräumt und das den Leistungsgedanken fordert. Deshalb fordern wir eine Offensive für Qualität und Leistung in unseren Schulen und wenden uns gegen eine Schule der Beliebigkeit.“ (1.1,75).

Die Bestimmung des Begriffs „Leistung“ als einem Gruppenideal der CDU und der Jungen Union wird durch die Ergebnisse der Frequenzanalyse bestätigt. Ein Vergleich der erhobenen Flächenwerte der Suchkategorie LEISTUNG\* ermittelt für die Texte der CDU (0,35%TEXT) und die Texte der Jungen Union (0,19%TEXT) den zahlreichsten Gebrauch.

Da die Frequenzanalyse ebenfalls für den Text der SPD (0,17%TEXT), des GAJB (0,12%TEXT), der Jusos (0,04%TEXT) sowie von Bündnis90/DIE GRÜNEN (0,03%TEXT) eine positive Frequenz errechnet, soll eine Sichtung des Textes mögliche parteibezogene Unterschiede in der Zuweisung von Bedeutungsaspekten liefern und zur Disambiguierung beitragen:

Der Text der Jungen Union fordert bei Aus- und Weiterbildung der Lehrer die verstärkte Betonung des „Leistungsprinzips“ und der Praxisnähe (2.1,89). Die Sichtung des Textes zeigt, daß Leistungsbereitschaft junger Menschen für die Junge Union selbstverständlich ist, diese jedoch institutionell behindert wird.

Die SPD verlangt im Sinne von Chancengleichheit sowohl die Förderung von Kindern aus „bildungsferneren Schichten“ als auch die Förderung von „Leistungsfähigeren“ (3.1,57). Bildung ist in den Augen der SPD „nicht nur ein Gut für den Einzelnen und sein Fortkommen in der Gesellschaft; Bildung dient dem allgemeinen Wohlstand.“ (3.1,62). Die Derivation „Leistungsfähigeren“ präsupponiert, daß trotz verschiedener Stufen individueller Leistungsfähigkeit eine vollständige Leistungsunfähigkeit auszuschließen ist. Daher ist anzunehmen, daß die SPD die intellektuellen Individualleistungen nicht unter dem Aspekt eines „Verteilungsmechanismus“ für berufliches und gesellschaftliches Fortkommen des Einzelnen bewertet, sondern als Chance zur Förderung des allgemeinen Wohlstands.

Das GAJB fordert für die schulische Ausbildung „den Ersatz von Zensuren durch alternative Formen der Leistungsbewertung“ (6.1,33) und bezüglich der beruflichen Ausbildung die „Anrechnung der schulischen Leistungen bei den Abschlußprüfungen“ (6.1,91). Der Ausdruck „Leistung“ wird von der „grünen“ Jugendorganisation in assoziativer emotionaler Verknüpfung mit einem, durch die Vergabe von „Kopfnoten“ (6.1,37), sanktionsbereiten, bürgerlichen

---

<sup>92</sup> Fritz Hermanns: „Leistung“ und „Entfaltung“. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Ludwigshafener Grundsatzprogramms (1978) der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands, in: Begriffe besetzen: F. Liedtke/ M. Wengeler/ K. Böke (Hrsg.), Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik, Opladen 1991, S. 230-257, S. 240.

<sup>93</sup> Frankfurter Rundschau vom 30.3.1998, S. 1, „Rüttgers will das 13. Schuljahr abschaffen“.

Bildungssystems verwendet und spiegelt den für die „grünen“ Parteien charakteristischen Konflikt zwischen gesellschaftlichem Interesse und individueller Freiheit wider: „Ganzheitliches Lernen bedarf eines Abbaus von Hierarchien“ (6.1,32). Dieser Konflikt soll zugunsten der Jugendlichen durch alternative Leistungsbewertung entschärft werden. Für die Jusos sowie für Bündnis90/DIE GRÜNEN lassen sich auf der Grundlage des Textes keine Aussagen treffen.

Trotz eines „parteiübergreifenden“ Nachweises der Suchkategorie LEISTUNG\* innerhalb des Textes können den verschiedenen politischen Gruppen doch unterschiedliche Bewertungen zugewiesen werden.

Die Shell-Studie '97 kam zu dem Ergebnis, daß die Zusage der Gesellschaft und der Parteien an die Jugendlichen, ihnen gehört dann die Zukunft, wenn sie ihre Chancen ergreifen und etwas zu leisten bereit sind, den Erfahrungen der meisten Jugendlichen widerspricht<sup>94</sup>. Für die befragten Jugendlichen, die sich als Anhänger der CDU/CSU Parteien bezeichneten, trifft dies jedoch nicht zu. Sie glauben, daß sie in der Gesellschaft einen befriedigenden Platz für sich finden werden<sup>95</sup>. Hier deutet sich eine Übereinstimmung zwischen der erlebten sozialen Wirklichkeit eines Wählermilieus einer Partei und der Einschätzung der Partei bezüglich der sozialen Wirklichkeit an.

#### WOHLSTAND\*

Seit den 50er Jahren ist der Begriff „Wohlstand“ fester Bestandteil des politisch-ideologischen Diskurses innerhalb des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland. Im Zuge der Formulierung der Düsseldorfer Leitsätze der CDU 1949 entwickelte sich die „Soziale Marktwirtschaft“, als idealer dritter Weg zwischen reinem Kapitalismus und Planwirtschaft, zum Schlüsselwort der CDU. Durch die Veröffentlichung von Konrad Adenauers Buch „Wohlstand für alle!“ in den 50er Jahren sollte ein von materieller Sicherheit erfülltes Lebensgefühl für alle versprochen und programmatisch herausgestellt werden.

Die Suchkategorie WOHLSTAND\* kann nur einmal innerhalb einer parteiprogrammatischen Äußerung ermittelt werden. Im Text der SPD wird bemerkt: „Bildung dient dem allgemeinen Wohlstand. Möglichst viele Lernende und qualifizierte Menschen schaffen nicht nur die Voraussetzung für die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit unserer Gesellschaft in der Zukunft; durch Bildung bestimmt sich Deutschland auch als Kulturnation“ (3.1,64). Der SPD-Text verwendet „Wohlstand“ als ein erstrebenswertes Ziel für eine Gesellschaft im Sinne von wirtschaftlichem aber auch kulturellem Reichtum. Der Begriff „Wohlstand“ zur Beschreibung eines von Sorglosigkeit erfüllten Lebensgefühls scheint sowohl in West- wie in Ostdeutschland anachronistisch und als Schlagwort verbraucht.

#### Umwelt und Verantwortung

##### ÖKOLOG\* : Umweltschutz

Viele Jugendliche, so die Shell-Studie '97, sind an Themen aus dem Bereich Umweltschutz interessiert, weshalb von einer Steigerung der Attraktivität von Parteien dann auszugehen ist, wenn sie sich mit Umweltproblemen auseinandersetzen. Parteien kommen diesem Interesse auf unterschiedliche Weise nach und formulieren diesen

---

<sup>94</sup> Vgl. Anm. 18, S. 18.

<sup>95</sup> Vgl. Anm. 18, S. 332.

Sachverhalt in der politischen Diskussion unterschiedlich, je nachdem, welche besonderen Aspekte hervorgehoben werden sollen. Ein Vergleich der politischen Terminologien belegt für die SPD den bevorzugten Gebrauch des Begriffs „Umweltschutz“. Die CDU will ihre Willensbekundung zum Erhalt einer intakten Umwelt im positiven Flair ihres Weltbildes verstanden wissen: Gemäß dem Konzept zur Umweltpolitik des Bremer Parteitages im September 1989, welches unter dem Motto „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“<sup>96</sup> stand, gehört für die CDU eine „christliche Verantwortung für Schöpfung und Gesellschaft“ (1.1,55) zu ihren Zielen. An den Slogan „Die Schöpfung bewahren / CDU“ erinnernd, wird innerhalb des hier untersuchten Textes ebenfalls auf religiöses Vokabular zurückgegriffen.

Innerhalb des „politisch-ideologischen Diskurses“ läßt sich der Begriff „Ökologie“ unschwer als Schlüsselwort von Bündnis90/DIE GRÜNEN bestimmen. Sein Gebrauch läßt den Sprecher im Licht einer verantwortungsvollen und kompetenten Gestaltungsabsicht in Hinblick auf die Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt erscheinen.

Der Begriff „Ökologie“ verweist in seiner denotativen Bedeutung auf jene Teildisziplin der Biologie, welche sich mit der Erforschung der Beziehungen der Lebewesen zu ihrer Umgebung beschäftigt. Der Begriff wirkt durch seinen positiven konnotativen Bedeutungsaspekt, welcher in seinem Kern die Sehnsucht des Zivilisationsmenschen nach dem Ursprünglichen und dem ganz „Einfachen“ eines Lebens in der ersten, d. h. nicht zivilisatorischen Natur beinhaltet. Für die Programmatik von Bündnis90/DIE GRÜNEN ist dieser Begriff unverzichtbar. Der Parteiname „DIE GRÜNEN“ verweist auf das Blattgrün (Chlorophyll) und soll als Index für das Leben verstanden werden: „Die programmatischen Ideen der GRÜNEN zielten in der Anfangsphase einzig und allein auf eine Abkehr von der Ausbeutung der Natur und des Menschen hin zu einem ökologischen Humanismus.“<sup>97</sup> Obwohl die Themenvielfalt durch Forderungen zur „Wirtschaftspolitik, Energiewirtschaft, Produktion und Verkehr, Raumordnung, Städte- und Wohnungsbau, Boden und Wasser, Luft, Bildung und Forschung, Verbesserung der Demokratie“<sup>98</sup> zugenommen hat, vertritt die Partei die Ökologie doch mit höchster Priorität. Bündnis90/DIE GRÜNEN verwendet dieses Kenn- und Kernwort zur individuellen Markierung eigener Lösungsvorschläge und Ziele in allen Politikbereichen. Die Frequenzanalyse bestätigt dies:

Am häufigsten kann Bündnis90/DIE GRÜNEN (0,13%TEXT) sowie dessen Jugendorganisation (0,19%TEXT) diese Suchkategorie nachgewiesen werden. Im Zusammenhang mit Beruf und Ausbildung fordert die Partei „eine ökologische Innovations- und Investitionsoffensive“ (5.1,81), die Bewältigung einer „ökologischen und ökonomischen Strukturkrise“ (5.1,129) und die Einführung einer „ökologisch-sozialen Steuerreform“ (5.1,133). Innerhalb des erstellten Textcorpus verwenden nur noch die Jusos den Begriff „Ökologie“ (0,04%TEXT). Die Jusos fordern dort Ausbildung und Arbeit, „die ökologische Aspekte berücksichtigt.“ (4.1,155). Den übrigen drei politischen Gruppen, CDU, SPD und Junge Union, kann der Gebrauch dieser Vokabel nicht nachgewiesen werden.

VERANTWORTUNG\* : Pflicht\*

Die Frequenzanalyse des auf die Kehrseite von Freiheit verweisenden Begriffs „Verantwortung“ ermittelt für den Text der

<sup>96</sup> CDU-Dokumentation 29/1989, CDU-Bundesvorstand (Hrsg.), Bonn 1989, S.17.

<sup>97</sup> S. o. Anm. 46, S. 194.

<sup>98</sup> S. o. Anm. 46, S. 195.

SPD die größte Flächensumme (0,22%TEXT). Er wird in Verbindung mit der Bundeswehr und ihrer außenpolitischen Funktion gebraucht. Die Bundeswehr soll dazu beitragen, so die SPD, eine „friedliche, demokratische und solidarische Welt“ anzustreben (3.3,54). Der politische Gegner der SPD, die CDU, spricht auch von einer innenpolitischen „Verantwortung für Deutschland“ (1.1,6). Sie will die Verantwortung für den Erhalt der „Schöpfung und Gesellschaft“ (1.1,55) übernehmen, verlangt aber in Hinblick auf das Bildungssystem von den Wählern die Einsicht, daß Jugendliche ohne „viel Aufwand“ auch keine hohen Schulabschlüsse zu erwarten hätten. W. Bergsdorf's Analyse der innenpolitischen Terminologie Helmut Kohls beschreibt die dort geäußerte enge Verknüpfung von Freiheit und Verantwortung. Neben den Rechten des Bürgers soll gleichzeitig an seine Pflichten erinnert werden<sup>99</sup>. Für die Jusos errechnet sich eine Fläche von 0,04%TEXT, für die Junge Union 0,08%TEXT und für Bündnis90/DIE GRÜNEN wird ebenfalls ein geringer Wert (0,08%TEXT) errechnet. Das GAJB macht von diesem Begriff keinen Gebrauch.

#### Zukunftsbilder

KRISE : Krisen , Problem\*  
CHANCE : Chancen , Gelegenheit\*

Zur tendenziellen Ermittlung von Zuversicht und Bedenken der Sender wurden die Suchkategorien CHANCE und KRISE erstellt und ihr Auftreten im Text quantifiziert. Die Suchkategorie KRISE wird mit Ausnahme der SPD von jeder der sechs politischen Gruppen verwendet. Für die CDU sowie die Jusos ermittelt die Analyse den gleiche Flächenwert von 0,22%TEXT. Das GAJB verwendet die Suchkategorie mit einem Flächenwert von 0,12%TEXT selten. Für die übrigen Interessengruppen läßt sich ein geringfügiger Gebrauch der Suchkategorie KRISE feststellen. Eine „positive Frequenz“ bezüglich der Suchkategorie CHANCE kann dagegen für jede der hier untersuchten politischen Gruppen nachgewiesen werden. Ein Vergleich der Flächenwerte der Suchkategorie CHANCE weist dem Text von Bündnis90/Die GRÜNEN (0,13%TEXT) die zahlreichste Verwendung nach.

Von weiterem Interesse im Zusammenhang mit der Suchkategorie CHANCE innerhalb des Textcorpus ist ihre Verwendung als Komposita. Der Anfang der 70er Jahre ausgetragene Streit um die Schwerpunkte in der Bildungspolitik verdeutlichte sich anhand der Konkurrenzbegriffe „Chancengleichheit“ der SPD und der Wortkomposition „Chancengerechtigkeit“ konservativer Bildungspolitik<sup>100</sup>. Der lexematische Konkurrenzkampf zeigt sich in der unterschiedlichen Ausdrucksform des zweiten Bestandteils des Begriffs. Josef Klein bemerkt dazu: „Die Bezeichnungen werden so gewählt, daß gerade solche inhaltlichen Momente am Referenzobjekt akzentuiert werden, die geeignet erscheinen, bei den jeweiligen Zielgruppen neben inhaltlichen Vorstellungen auch Assoziationen und Emotionen (=konnotativer Aspekt) zu wecken, die in besonders starker Weise Zustimmung oder Ablehnung provozieren, so daß in der Verwendung der Bezeichnung selbst schon die positive oder negative oder – wie im Falle Baader-Meinhof-Gruppe – ostentativ neutrale Stellungnahme liegt (=deontischer Aspekt).“<sup>101</sup>. Im Zusammenhang mit der Suchkategorie CHANCE\* soll nun der „ideologische Grenzverlauf“ zwischen einer Betonung der

---

<sup>99</sup> S. o. Anm. 17, S. 67.

<sup>100</sup> Vgl. Anm. 65, S. 54.

<sup>101</sup> S. o. Anm. 65, S. 55f.

unterschiedlichen Begabung („Chancengerechtigkeit“) und der Betonung der unterschiedlichen Lebensverhältnissen („Chancengleichheit“) durch die Sichtung des Textes nachgezeichnet und den jeweiligen politischen Gruppen zugeordnet werden. Der durch Lemmatisierung „\*“ von seinem möglichen zweiten Bestandteil abstrahierte Wortstamm CHANCE\* kann im weiteren auf seine Wortteile untersucht werden. Die Betrachtung der Ergebnisse des so untersuchten Textcorpus ergibt für den Text der CDU kein Auftreten der erwarteten Wortkomposition „Chancengerechtigkeit“, sondern ausschließlich in der Wortform des Stammes „Chance“. Eine nähere Bestimmung des Begriffs „Chance“ erfolgt jedoch durch den Verwendungskontext. Durch die Forderung nach Flexibilität, Mobilität und der Bereitschaft zu lebenslanger Fortbildung (1.1,19) sollen die individuellen Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden.

Das Aktionsprogramm der Jungen Union enthält nicht die Wortform „Chance“. Die Partei insistiert jedoch eindringlich auf die Vorteile neuer Berufsfelder (Bio-, Kommunikations- und Informationstechnologie) zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit.

Für den SPD-Text läßt sich jedoch der gesuchte Konkurrenz-begriff „Chancengleichheit“ für „bildungsfernere Schichten“ ermitteln. Des weiteren fordert die SPD, daß durch die Erneuerung des Generationenvertrags „allen Jugendlichen neue Chancen“ in Aussicht gestellt werden sollen. Die Jusos fordern eine Ausbildung, welche die Chancen für einen „Beruf nach Wahl“ offenhält und sehen in der Weiterbildung eine Verbesserung der Chancen auf einen Arbeitsplatz. Bündnis90/DIE GRÜNEN und das GAJB beziehen sich jeweils einmal auf den Begriff der „Chancengleichheit“ zur Verbesserung der Situation von Benachteiligten. Für das GAJB sind vor allem junge Mädchen in Schulen benachteiligt. Weitere Chancen werden von Bündnis90/DIE GRÜNEN im Zusammenhang mit einer Verbesserung der Arbeitsplatzsituation für Jugendliche und der Förderung von Umwelttechnologien wahrgenommen.

TRADITION\* : Erfahrung

Die Suchkategorie TRADITION\* wurde den Suchkategorien REFORM\* und ZUKUNFT theoretisch gegenübergestellt. Dies soll modellhaft die Dichotomie Veränderung - Kontinuität innerhalb des Textes aufzeigen und zur tendenziellen Ermittlung von Vergangenheitsdeutungen beitragen. Diese Suchkategorie weist den Texten der SPD (0,17%TEXT), Jusos (0,15%TEXT), CDU (0,09%TEXT), Junge Union (0,04%TEXT) sowie Bündnis90/DIE GRÜNEN (0,03%TEXT) positive Flächenwerte zu. Die SPD nutzt diesen Begriff, um auf ihre außenpolitischen Erfolge zu verweisen und die Bewahrung des Friedens als eines der Merkmale sozialdemokratischer Außenpolitik in Erinnerung zu rufen: „Deutschlands außenpolitische Verantwortung liegt im Handeln für eine friedliche, demokratische und solidarische Welt. Wir stehen damit in der Tradition einer Politik, die von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geprägt, formuliert und umgesetzt worden ist“ (3.3,54). Da sich für diese Suchkategorie keine weiteren Verwendungen innerhalb des Textcorpus ergeben, muß davon ausgegangen werden, daß der Verweis auf Traditionen und Erfahrung zur Mobilisierung junger Wähler, mit der Ausnahme der SPD und ihrer Jugendorganisation, unterbleibt, da offenbar keine Aufwertung des eigenen Images erwartet wird.

REFORM\* : Erneuerung , Innovation , Veränderung\* , Wandel , Wechsel

Gegen Ende der Großen Koalition 1972 wurden Begriffe wie „Demokratisierung“ und „Reform“ deutlich häufig verwendet. Die

„Terminologie der Bewegung“<sup>102</sup> diene damals als „Richtungsanzeiger der Politik“<sup>103</sup>, die stets der Absicht Nachdruck verleihen will, Bewegung in die Lebensverhältnisse zu bringen und die Bereitschaft zur Modernisierung anzuzeigen<sup>104</sup>. Dieser Begriff droht jedoch ständig zur Leerformel zu werden, besonders dann, wenn er durch das Unterbleiben seiner politischen Konkretisierung seine Faszinationskraft eingebüßt hat.

Die Frequenzanalyse weist für jede der sechs untersuchten politischen Gruppen positive Frequenzen nach. Am zahlreichsten verwendet die SPD (0,27%TEXT) und das GAJB diese Wörter. Das Programm der SPD zur Bundestagswahl 1998 („Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“) kündigt die Verbesserung und Veränderung der Lebensverhältnisse an und „verankert“ den im Zentrum des Slogans stehenden Begriff „Innovation“ durch die traditionellen Begriffe der SPD: „Arbeit“ und „Gerechtigkeit“.

Schließlich kann für die Partei von Bündnis90/DIE GRÜNEN (0,14%TEXT) sowie für die CDU (0,12%TEXT) und ihres Jugendverbandes (0,12%TEXT) eine Verwendung nachgewiesen werden.

ZUKUNFT: Jahrtausend\*

Für die Union war das Ende der sozialliberalen Koalition im September 1982 eine Chance zum Neubeginn auch im Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit. Hoffnung und Zuversicht sollten wieder glaubhaft mit dem Selbstbild der C-Parteien verbunden werden und so den Ausgang der Bundestagswahl im März 1983 bestimmen<sup>105</sup>. Im Verlauf des Wahlkampfes 1987 gewann der Bereich „Hoffnung und Zuversicht“ weiter an Bedeutung und wurde von allen Parteien aufgegriffen: „Dabei zeichnen die Volksparteien völlig unterschiedliche Zukunftsbilder. Die SPD nominiert in einer Vielfalt von Slogans aktuelle Probleme (...) und betont die Notwendigkeit von deren Lösung. Zuversicht und positives Zukunftsdenken verhieß stark mobilisierend der CDU-Slogan: Weiter so, Deutschland/CDU/Die Zukunft.“<sup>106</sup>. Das attraktive und positiv konnotierte Wort „Zukunft“ bietet sich deshalb besonders zur Aufwertung des eigenen Images an, da es einerseits durch seine vage deskriptive Bedeutung unverbindlich bleibt und andererseits eine hohe emotionale Wirksamkeit besitzt. 1990 besetzt die Union mit dem Slogan „Ja zu Deutschland- Ja zur Zukunft“ erneut diese Vokabel und verspricht sich davon vermutlich eine eher emotionale und weniger logische Perzeption des Sachverhalts der deutschen Einheit durch den Wähler. Paul-Hermann Gruner hält ein kritisches Hinterfragen dieses Slogans für notwendig: „Ein Nein zu „Deutschland“ - gemeint ist konkret die deutsche Einheit - wäre durchaus möglich, ein Nein zur „Zukunft“ als der Zeiteinheit des Kommenden nicht. Die Zukunft, ob gewünscht, ersehnt oder gefürchtet, ist nicht aufzuhalten.“<sup>107</sup>. Die Strategie der Union, den Begriff „Zukunft“ zu monopolisieren und ihn zum Zwecke der Darstellung von Regierungskompetenz und -kontinuität zu besetzen, setzt sich durch den Slogan „Damit es weiter aufwärts geht/CDU/Sicher in die Zukunft“ aus dem Wahlkampfbjahr 1994 fort.

---

<sup>102</sup> Bergsdorf, Wolfgang: Auf dem Weg ins Jahr 2000. Aufsätze zur Politik und Kultur, Bonn 1996, S. 63.

<sup>103</sup> S. o. Anm. 17, S. 62.

<sup>104</sup> S. o. Anm. 103, S. 64.

<sup>105</sup> Toman-Banke, Monika: Die Wahlslogans von 1949 bis 1994, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beiträge zur Wochenzeitung Das Parlament, B 51-52 (1994), Bonn 1994, S.47-55, S. 53.

<sup>106</sup> S. o. Anm. 105, S. 54.

<sup>107</sup> S. o. Anm. 85, S. 283.

Die Ergebnisse der Frequenzanalyse des Textcorpus belegen, daß positive Begriffe nicht dauerhaft von einer Partei monopolisiert werden können und im Zuge der Konkurrenz der Parteien um Wörter und deren konnotativen Glanz häufig von mehreren Parteien gleichzeitig „besetzt“ werden. Ausschlaggebend für diesen lexematischen Konkurrenzkampf um die Vokabel „Zukunft“ ist wohl, daß andere progressive Begriffe zur Beschreibung einer positiven, raum-zeitlichen Entwicklung verbraucht sind. Der Begriff „Fortschritt“ kann innerhalb des Textcorpus nur ein einziges Mal in Form eines Prädikats nachgewiesen werden. Die Jusos sprechen von einer „fortschrittlichen Jugendarbeit“ (4.2,99). Ansonsten wird diese Vokabel gemieden. Wolfgang Bergsdorf bemerkt dazu:

„Seit Bismarck hat der Fortschrittsbegriff immer mehr an Tauglichkeit verloren, parteipolitisch intendierte Positionen zu markieren. Die Programmierer aller parteipolitischen Gruppierungen rissen sich um das Etikett „fortschrittlich“. Das allerdings ist heute anders geworden. Mit der zunehmenden Ambivalenz des Fortschrittsbegriffs schwand die Unbefangenheit bei seiner Benutzung.“<sup>108</sup>.

Die dem Begriffsfeld „Entwicklung“ zugehörige Vokabel „Zukunft“ muß wohl deshalb als „Ausweichbegriff“ gedeutet werden.

Die Suchkategorie ZUKUNFT wird innerhalb des Textcorpus von der SPD am zahlreichsten verwendet (0,33%TEXT). Für Bündnis90/DIE GRÜNEN (0,24%TEXT) und die CDU (0,19%TEXT) läßt sich ein vergleichbar geringerer Gebrauch nachweisen. Die Jugendorganisationen, GAJB (0,03%TEXT), Jusos (0,15%TEXT) und Junge Union (0,19%TEXT), verwenden das Schlagwort „Zukunft“ im Vergleich zu den Bundesparteien deutlich weniger häufig und machen damit weniger Gebrauch von der „Ausbeutung“ positiver Konnotationen des Begriffs Zukunft.

Dennoch wird die Vokabel „Zukunft“ von allen politischen Gruppen genutzt. Eine denkbare Erklärung der häufigen Verwendung des Begriffs in Zusammenhang mit jugendbezogenen Politikbereichen liegt in der Verbesserung der Möglichkeit der Identifikation von Jungwählern mit einer Partei. Die in der Werbewirtschaft verbreitete Verknüpfung von ‚Modernität‘ und Jugendlichkeit in Verbindung mit einem Produkt kann damit auch auf dem Gebiet der Parteienwerbung nachgewiesen werden. Die CDU verbindet den Bedeutungsbereich „Zukunft“ mit ihrer Jugendorganisation Junge Union unter Verwendung von Anglizismen: „Touch the future- Die Junge Union“.

#### 2.6.5 „Hochwertwörter“

In der Absicht, die Mehrheit der Wähler für sich zu gewinnen, werden häufig jene politischen Grundwerte vertreten, welche den Bewußtseinsprägungen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen. Solche „hochaggregierten Begriffe“<sup>109</sup> verpflichten durch ihren „stets möglichen Rekurs auf die apodiktische Grundwahrheit des Hochwertworts“<sup>110</sup> zum Konsens. Denn: „Hochwertwörter sind kritikimmunisiert. Wer sie angreift, genauer den ihnen zugeschriebenen idealen Inhalt in Frage stellt, der stößt politisch-inhaltlich ins Leere“<sup>111</sup>. Begriffe wie „Freiheit“, „Gerechtigkeit“, „Friede“ und „Menschlichkeit“ bieten in Zeiten hoher Individualisierung und Entstandardisierung der Gesellschaft eine breite Identifikationsfläche für die Erwartungen der Wähler.

---

<sup>108</sup> S. o. Anm. 102, S. 207.

<sup>109</sup> S. o. Anm. 14, S. 126.

<sup>110</sup> S. o. Anm. 14, S. 127.

<sup>111</sup> S. o. Anm. 14, S. 124.



Parteien gestalten die inhaltliche Auffüllung des semantischen Feldes dieser Termini unterschiedlich. Dabei läuft der unkritische Wähler Gefahr, sich manipulieren zu lassen, denn: „Man läßt die Adressatengruppe über die abweichenden Definitionen (...) im unklaren und beschwört Solidarität und Einheit der Aktion. Die Mitmarschierer merken erst spät, für was sie angetreten sind.“<sup>112</sup>. Dennoch ist die Spracheigenschaft der ideologischen Polysemie in einer pluralistischen Gesellschaft eine natürliche Spracheigenschaft: „Wörter bedeuten das, was eine bestimmte Sprechergruppe mit ihnen assoziiert, und unterschiedliche Konzepte zu entwickeln ist ein menschliches Grundrecht.“<sup>113</sup>. Der politische Wettbewerb bringt es mit sich, daß sich die verschiedenen Parteien gegenseitig der Unglaubwürdigkeit verdächtigen: „Die CDU unterstellt der SPD, sie sage Solidarität, meine jedoch ‚Klassenkampf‘, sage Gerechtigkeit, meine jedoch ‚Gleichmacherei‘. Umgekehrt unterstellt die SPD der CDU, sie sage Freiheit, meine in Wahrheit jedoch ‚Manchester-Kapitalismus‘ und den Erhalt bzw. Ausbau von Privilegien.“<sup>114</sup>.

Wer die Grundwerte politisch-inhaltlich ausfüllt, entscheiden letztendlich der politische Wettbewerb und die Wähler.

Der Gebrauch von Hochwertwörtern soll im weiteren näher untersucht werden. Dafür werden die Frequenzen für eine Liste von Hochwertwörtern innerhalb des Textcorpus, nach Parteien getrennt, quantifiziert.

Tabelle der Frequenzen (FREQUENZY) der Suchkategorien:

FREQUENZY	DEMOKRAT*	FREIHEIT*	FRIEDE*	GERECHTIGKEIT*	SELBSTBESTIMM*	SICHERHEIT*	SOLIDARITÄT
CDU	0	2	2	1	0	3	1
JU	0	0	3	2	0	10	0
SPD	3	0	2	1	0	4	1
JUSOS	8	1	1	4	2	0	1
B90/GR.	6	2	3	1	0	6	0
GAJB	3	3	5	2	1	7	2

**Tabelle 7**

<sup>112</sup> S. o. Anm. 3, S. 56.

<sup>113</sup> S. o. Anm. 3, S. 56.

<sup>114</sup> Bodo Hombach: Semantik und Politik, in: Begriffe besetzen: F. Liedtke/ M. Wengeler/ K. Böke (Hrsg.), Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik, Opladen 1991, S.34-43, S.39.

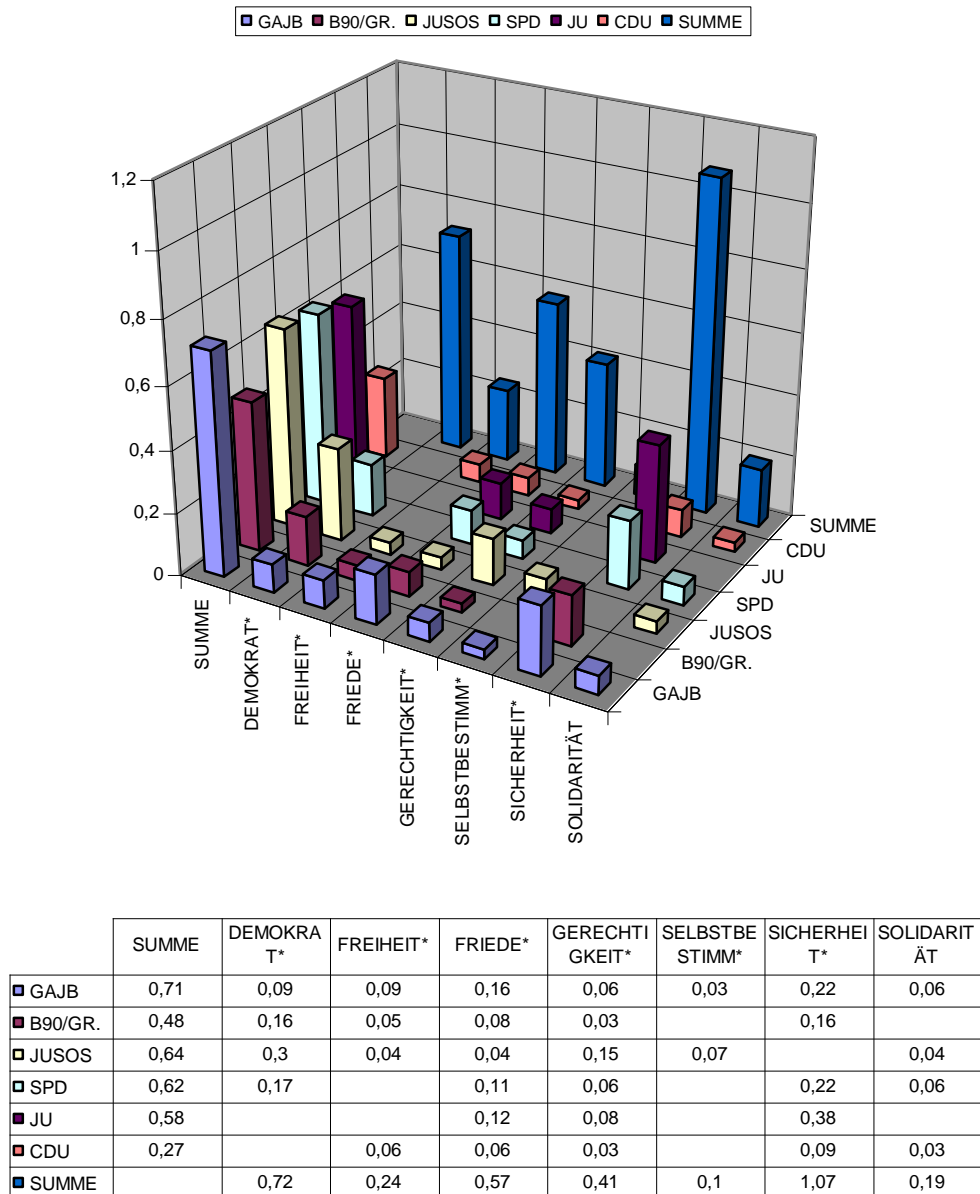


Abbildung 6

#### Ergebnisse:

Die Suchkategorien wurden so formuliert, daß außer den Suchkategorien DEMOKRAT\* und SELBSTBESTIMM\* nur Wortzeichen einer Wortklasse (Nomen) erkannt werden.

Wider Erwarten kann die Frequenzanalyse den sechs politischen Gruppen keine überdurchschnittlich hohe Verwendung von „Hochwertwörtern“ nachweisen. Dennoch können folgende Ergebnisse festgehalten werden: Ein Vergleich der Gesamtsumme der berechneten Flächenwerte für die ausgewählte Wortliste „Hochwertwörter“ kommt zu dem Ergebnis, daß das Grünalternative Jugendbündnis am relativ häufigsten „Hochwertwörter“ nennt (0,71%TEXT). An zweiter Stelle nennen die Jusos Wörter aus der vierten Wortliste (0,64%TEXT) innerhalb des Textes. Die Jugendorganisationen beziehen sich relativ häufiger auf ideale Positionen als ihre Mutterverbände.

Am zahlreichsten wird die Suchkategorie SICHERHEIT\* innerhalb der Texte nachgewiesen (1,07%TEXT). Diese „Fetischvokabel des Wirtschaftswunders“<sup>115</sup> ist seit dem Jahr 1953, als die SPD diesen Begriff mit dem Namen „Ollenhauer“ verknüpfte („Sicherheit mit Ollenhauer“), zentraler Bestandteil des Wahlkampfes in der Bundesrepublik Deutschland. Für alle politischen Gruppen, mit Ausnahme der Jusos, kann dieser Begriff als Bestandteil ihrer Aussagen ermittelt werden.

Am häufigsten gebraucht die Junge Union diesen Begriff (0,38%TEXT). Die Jugendorganisation bezieht dabei zumeist auf das innenpolitische Politikfeld und profiliert sich durch die Forderung nach der „Inneren Sicherheit“ des Landes: „Die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist in ernsthafter Gefahr.“ (2.2,30). Die CDU (0,09%TEXT) gebraucht diesen Begriff in Hinblick auf das Thema „Wehrdienst“ und der „internationalen Sicherheit“ (1.3,21).

Die SPD (0,22%TEXT) verweist auf ihre Bemühungen auf dem Gebiet der Außenpolitik um Abrüstung (3.3,61).

Bündnis90/DIE GRÜNEN bezieht die Vokabel „Sicherheit“ auf das Thema „Wehrdienst“ und mahnt, daß der Staat nur im Falle der Gefährdung der „äußeren Sicherheit“ des Staates zu einem „Eingriff in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers“ (5.3,35) zum Zwecke des Wehrdienstes berechtigt sei. Das GAJB verwendet die Vokabel „Sicherheit“ ebenfalls nicht mit dem Begriffsinhalt „wirtschaftliche Sicherheit“. Es verweist auf innenpolitische Gefahren, welche dann entstehen, wenn anstelle einer notwendigen Neueinstellung „auch nicht-deutscher Polizeibeamtinnen und -beamte“ (6.2,59) neue Formen des Personenschutzes, wie z.B. private Bürgerwehren, das Machtmonopol des Staates in Frage stellen und „zum Ausgangspunkt von Selbstjustiz“ (6.2,64) würden.

Die Einzelbetrachtung der Bedeutungszuweisung des Begriffs „Sicherheit“ ergibt, daß keine der sechs politischen Gruppen „Sicherheit“ im Sinne von materieller und wirtschaftlicher Sicherheit verwendet. Eine Hypothese dafür wäre, daß eine politische Gruppe, welche materielle und wirtschaftliche Sicherheit versprechen würde, wie dies noch während des „Wirtschaftswunders“ der Fall war, zu Zeiten hoher Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und dem Phänomen des „jobless growth“ kaum Glaubwürdigkeit und Vertrauen erzeugen würde. Die Shell-Jugendstudie '97 ermittelte, daß 47% der befragten Jugendlichen ihre Zukunft als „düster“ bewerten und sich von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau bedroht sehen.

In bezug auf die Suchkategorien FRIEDE\*, FREIHEIT\*, GERECHTIGKEIT\*, DEMOKRAT\* und SELBSTBESTIMM\* lassen sich den hier untersuchten parteiprogrammatischen Äußerungen nur geringe Frequenzen zuweisen. Das GAJB erwähnt den Begriff „Friede“ (0,16%TEXT) am zahlreichsten. Der proportional höchste Gebrauch der Suchkategorie GERECHTIGKEIT\* (0,15%TEXT), DEMOKRAT\* (0,3%TEXT) sowie SELBSTBESTIMM\* (0,07%TEXT) kann den Jusos nachgewiesen werden. Die Jusos nennen den Begriff „Demokratie“ am zahlreichsten. Etwas geringer findet sich der Begriff in den Texten der SPD (0,17%TEXT) und bei Bündnis90/DIE GRÜNEN (0,16%TEXT). Für die CDU und die Junge Union kann kein Gebrauch nachgewiesen werden. Die Suchkategorie SOLIDARITÄT wird mit Ausnahme der Texte der Jungen Union und Bündnis90/DIE GRÜNEN dennoch von allen politischen Gruppen verwendet.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß ein Vergleich zwischen den Mutterparteien und den Jugendorganisationen offenbart, daß sich das GAJB, die Jusos und die Junge Union relativ häufiger auf

---

<sup>115</sup> S. o. Anm. 59, S. 68.

Grundwerte beziehen als CDU, SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN. Insgesamt muß eine geringe „Aufladung“ des Textcorpus mit idealen Positionen festgestellt werden. Dennoch ist das Ergebnis aufschlußreich: „Eine Sonderform der Frequenzanalyse ist die Feststellung sogenannter „negativer Häufigkeiten“. Man versteht darunter die gezielte Suche nach erwarteten Wörter, die nicht aufscheinen, d. h. offensichtlich mit Bedacht vermieden werden.“<sup>116</sup>. Eine Hypothese für die geringe Verwendung von Hochwertwörtern würde darin liegen, daß sich die untersuchten politischen Gruppen den jungen Erwachsenen eher „realistisch“ zu nähern versuchen. Der an vielen Stellen der Gesellschaft feststellbare Utopieverlust, so scheint es, hat sich in die Politik fortgesetzt.

Betrachtet man die Produktwerbung aus dem Bereich der Kommunikationsbranche, welche gegenwärtig für „Handys“ mit der Botschaft „Ich will frei sein / Laß mich frei sein“ wirbt und sich „Hochwertwörter“ zu eigen macht und entwertet, scheint es für Parteien angebracht, mit einer höheren Inhaltsskonkretisierung um die Gunst junger Wählern zu werben, als dies bei der Produktwerbung geschieht.

### **3 Computergestützte Kontextanalyse des Textcorpus zum Zwecke der Beschreibung des Sprachgebrauchs, des Weltbildes sowie der themenbezogenen Assoziationsfelder**

Eine Textanalyse bliebe unzureichend, würde man nicht neben der quantitativ-semantischen Untersuchung von Einzelwörtern ebenfalls den Kontext der Suchwörter untersuchen. Eine Kontextanalyse ist aufschlußreich, denn sie ermöglicht, Rückschlüsse auf den Sprachgebrauch, die Gruppenideologien und die themenbezogenen „Assoziationsfelder“ der Sender zu ziehen.

Zu diesem Zweck wird erneut das Computerprogramm HAMLET und dessen weiterführende Möglichkeiten der multidimensionalen Skalierung (MDS) verwendet. HAMLET überträgt nur die Suchkategorien als Datenpunkte in ein zweidimensionales geometrisches Modell, welche sich innerhalb der zu untersuchenden Texte nachweisen lassen und gemeinsam innerhalb eines Satzes (Kontexteinheit) verwendet werden. Eine Suchkategorie, die nicht gemeinsam mit anderen Suchkategorien innerhalb einer Kontexteinheit Erwähnung findet, bleibt unberücksichtigt und wird nicht als Datenpunkt in das Textmodell übertragen.

Die unterschiedlichen metrischen Distanzen der Datenpunkte zueinander geben die Häufigkeit wieder, mit der zwei Suchkategorien gemeinsam innerhalb einer Kontexteinheit (Satz) verwendet werden. Je näher zwei Datenpunkte zueinander angeordnet sind, desto häufiger werden sie gemeinsam innerhalb einer Kontexteinheit verwendet. Liegen zwei oder mehrere Punkte nah beieinander, so spricht man von einem „Cluster“, d. h. mehrere Suchkategorien bilden einen Inhaltsschwerpunkt.

Das so erzeugte Textmodell darf dennoch nicht als vollständige Abbildung des Textes verstanden werden, denn es beschreibt ausschließlich die Beziehungsstrukturen der Suchkategorien zueinander:

---

<sup>116</sup> S. o. Anm. 69, S. 115.

*„Modelle beschreiben die Wirklichkeit, sind also nicht mit ihr identisch. Sie decken bestimmte Grundstrukturen der Realität auf, wobei ihre, im Vergleich mit dieser, verminderte Komplexität mit erhöhter Interpretierbarkeit korreliert. Die Verfahren der Multidimensionalen Skalierung erlauben daher die Sichtbarmachung verdeckter Strukturen in empirischen Daten durch ihre Abbildung im geometrischen Modell.“<sup>117</sup>*

Den vier zuvor erstellten Wortlisten werden weitere Suchkategorien hinzugefügt, welche nur in Verbindung mit dem Kontext aussagekräftig sind und deshalb nicht mittels der Einwort-Analyse untersucht wurden. Die ausgewählten Themenschwerpunkte „Beruf und Ausbildung“, „Gewalt und Jugendkriminalität“ sowie „Wehrdienst“ werden zur verbesserten Anschaulichkeit als Suchkategorien BERUF\*, GEWALT\* und WEHRDIENST hinzugefügt. Folgende Suchkategorien werden für die computergestützte Kontextanalyse zusätzlich erstellt:

Fünfte Wortliste: Kontextsensitive Textmerkmale:

- DIESER : diese, diesen
- UNSER\*
- WENN
- DANN
  
- BERUF\* : Arbeit\* , Ausbildung\* , Job\*
- GEWALT\* : Kriminalität\* , Jugendkriminalität\*
- WEHRDIENST\* : Militär\* , Bundeswehr\* , Armee\* , Soldat \* , Zivildienst\* , Verteidigung\*

Die Suchkategorie DIESER wird zur kontextuellen Ermittlung des Demonstrativpronomens in Artikelform (deiktische Formen) erstellt. Der Nachweis der Verwendung des Demonstrativpronomens, wie „diese/s/r/n“, in Artikelform (deiktische Formen) in Verbindung mit anderen Suchkategorien, beispielsweise STAAT\*, liefert dann einen Anlaß zur Unterstellung einer möglichen Distanziertheit, wie bspw. der Staatsferne. In jedem Fall muß diese Annahme in einem letzten Schritt durch die Sichtung des Textes überprüft werden.

Eine Kontextanalyse des Possessivpronomens der 1. Person Plural (UNSER\*) erlaubt dementsprechende Hypothesen über mögliche Verbundenheit der politischen Gruppen mit Sachverhalten, Zielen und Personengruppen. Der Nachweis der häufigen gemeinsamen Verwendung des Possessivpronomens der 1. Person Plural ( UNSER\*) in Verbindung mit anderen Suchkategorien, beispielsweise GESELLSCHAFT, läßt sich dann anhand der metrischen Nähe der Datenpunkte UNSER und GESELLSCHA<sup>118</sup> [sic] ablesen. Legt die grafische Darstellung der Ergebnisse der Kontextanalyse eine häufige gemeinsame Verwendung nahe, muß diese Annahme der Verbundenheit in einem letzten Schritt durch die Sichtung des Textes überprüft werden.

Ebenfalls ermöglicht die Kontextanalyse den Nachweis einer appellativen Ansprache der Wähler durch die politischen Gruppen.

Da politische Gruppen bei der Formulierung imperativer Forderungen gerne auf Gefahren und Bedrohungen für die Gesellschaft verweisen, wurde des weiteren die syntaktische

---

<sup>117</sup> S. o. Anm. 69, S. 116.

<sup>118</sup> Die Übertragung der Suchkategorien in das geometrische Modell bringt es mit sich, daß einige Bezeichnungen für Suchkategorien nur unvollständig übernommen werden.

Strategie des „Wenn-Dann“<sup>119</sup> innerhalb des Textcorpus überprüft. Diesem Sprachgebrauch wird unterstellt, daß er zur Erzeugung von Ängsten verwendet werden kann und sich daher zur Verhaltenssteuerung der Wähler besonders gut eignet. Geringe metrische Distanzen der Datenpunkte WENN und DANN zueinander legen dann ein derartiges sprachliches Operieren mittels eines Konditionalsatzes nahe. Ebenfalls soll damit überprüft werden, welche Sachverhalte in den Augen der Parteien ein vermeintliches oder tatsächliches Bedrohungspotential für die Gesellschaft darstellen. Das Textmodell der CDU beispielsweise ordnet die Datenpunkte für den Konditionalsatz (WENN – DANN) in der Nähe der Datenpunkte FAMILIE\*, KRISE und GEWALT\* an.

Die zu einem früheren Zeitpunkt bereits gewonnenen Ergebnisse der quantitativ-semanticen Textanalyse sollen nun mit den Ergebnissen der computergestützten Kontextanalyse in Verbindung gebracht und gemeinsam für eine Beschreibung des Sprachgebrauchs, der Gruppenideologie und der themenbezogenen Assoziationsfelder der politischen Gruppen verwendet werden.

Die Zusammenführung der Ergebnisse ist aufschlußreich, da erst der Verwendungskontext eines von zwei Parteien ähnlich häufig gebrauchten Begriffs Aussagen über mögliche Unterschiede oder Gemeinsamkeiten der zugewiesenen Begriffsbedeutung zu treffen ermöglicht. So wäre es denkbar, daß zwar eine Partei einen Begriff häufig verwendet, die Kontextanalyse durch die Anordnung seines Datenpunktes „am Rande“ der Darstellung jedoch aufdeckt, daß er in bezug auf seine „Bedeutsamkeit“ für die Bewertung und Bearbeitung der Themen eher unwichtig ist.

---

<sup>119</sup> Vgl. Anm. 59, S. 71.

### 3.1 Das Textmodell der CDU<sup>120</sup>

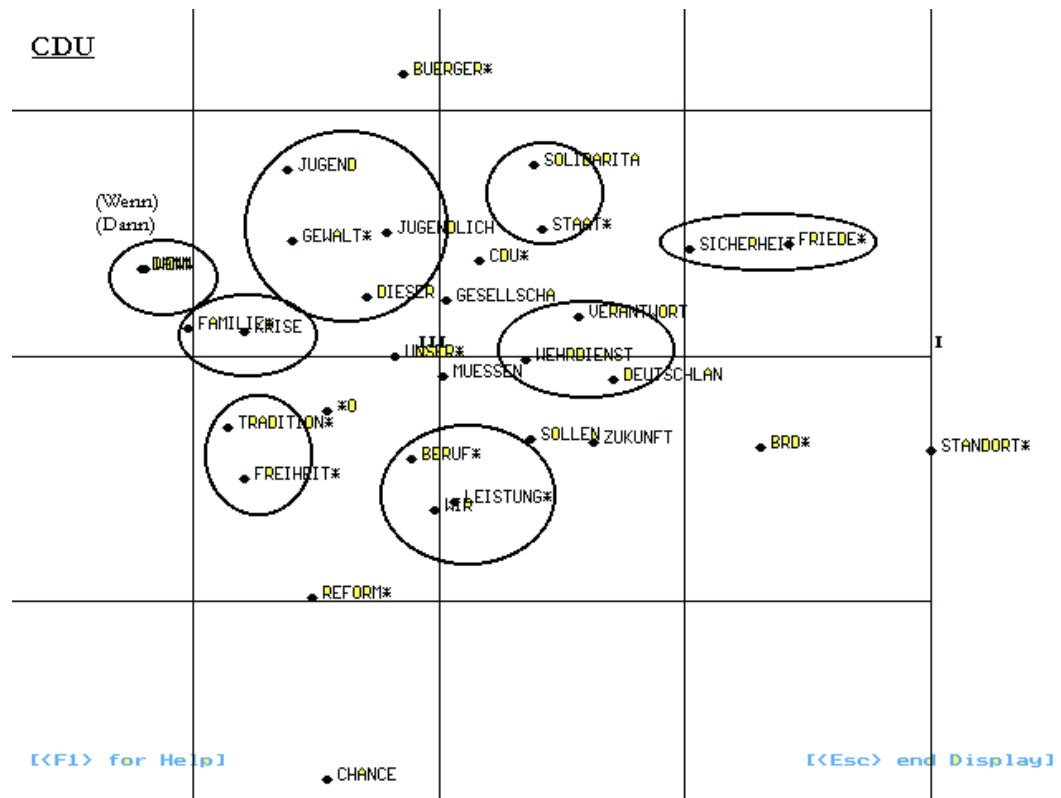


Abbildung 7

Zum Sprachgebrauch der CDU: Die Betrachtung des Kontextes der Modalverben offenbart zunächst keinen gemeinsamen Gebrauch des Modalverbs „müssen“ und „wollen“ in Verbindung mit dem Personalpronomen der 1. Person Plural. Die Sichtung des Textes macht deutlich, daß vor allem Satzeinleitungen, wie „Wir fordern (...)“ oder „Wir brauchen (...)“, verwendet werden.

Die hohen Flächenwerte des Modalverbs „müssen“ ergeben sich aus imperativischen Forderungen, die in bezug auf „Bildungsinhalte“ (1.1,105), Bundesländer (1.1,115), „Lehrer“ (1.1,126), „Lehrlinge“ (1.1,168) und „jugendliche Straftäter“ (1.2,140) erhoben werden. Durch den Hinweis auf „Sachzwänge“ und scheinbar Notwendiges versucht die CDU beim Wähler Glaubwürdigkeit und Kompetenz zu erzeugen.

Der Vergleich der Häufigkeit der Verwendung der Gruppenbezeichnung „Wir“ zeigt, daß die CDU (0,38%TEXT) nach der Jungen Union (0,08%TEXT) von den sechs politischen Gruppen am seltensten von dieser Möglichkeit der Selbstdarstellung Gebrauch macht. Dort, wo dies geschieht, bezieht sich die CDU auf ihre gruppeneigene Terminologie. Das „Wir“ wird zur Bestimmung der sog. „In-Group“ in Verbindung mit der CDU-Terminologie „Leistung“ verwendet.

Ihren eigenen Parteinamen verwendet die CDU ähnlich häufig wie das Personalpronomen der 1. Person Plural, jedoch zeigt die Kontextanalyse, daß sich der Parteiname „CDU“ häufig auf die Gesellschaft und die Gruppe der Jugendlichen bezieht. Innerhalb

<sup>120</sup> Die Kreise innerhalb der Textmodelle wurden vom Autor nachträglich hinzugefügt und dienen zur Hervorhebung der Ergebnisse.

der Aussagen der CDU kann die Suchkategorie JUGENDLICHE\* (0,57%TEXT) häufig nachgewiesen werden. Kein einziges Mal nennt die CDU einen ihrer politischen Gegner. Der Vergleich der Parteien in Hinblick auf den Gebrauch bestimmter Konjunktionen (aber, dennoch, zwar, gerade, jedoch, auch, trotz), deren Verwendung ein Indiz für eine dogmatische Denkweise sein kann, ergibt für die CDU, nach den Jusos, die zweit höchste Gesamtfrequenz. Ebenfalls an zweiter Stelle der platzrangmäßigen Verteilung kann der CDU der Gebrauch statistischer Daten (0,35%TEXT) nachgewiesen werden. Die textanalytische Suche nach der Verwendung der syntaktischen Strategie des „Wenn-Dann“ im Zusammenhang mit Begriffen der Wortliste wird durch die Kontextanalyse im Zusammenhang mit der Jugendgewalt nahegelegt. Die Sichtung des Textes bestätigt diese Annahme: „Schulische Erziehung kann der mitgebrachten Gewalt nur dann entgegenwirken, wenn sie in ihrem Bereich nicht die Fehler der Familie wiederholt, sondern eine Atmosphäre der Einigkeit und des Konsenses schafft (Konsensschule).“ (1.2,104).

Zur Gruppenideologie (Weltbildanalyse) der CDU: Entsprechend dem CDU-Slogan der Bundestagswahl 1990 „Ja zu Deutschland- ja zur Zukunft“ verwendet die CDU innerhalb des untersuchten Textes den Begriff „Zukunft“ in Verbindung mit dem Terminus „Deutschland“. Die Tatsache, daß „Deutschland“ zu keiner Zeit der deutschen Geschichte ein offizieller staatsrechtlicher Terminus war, sondern immer nur ein programmatischer Zielbegriff, erläutert, welche Wirkungsabsicht die CDU beim Gebrauch dieser Vokabel verfolgt: Vor allem will sie an ihre politischen Anstrengungen zur Verwirklichung der Einheit der deutschen Nation erinnern.

Die CDU verwendet den Begriff „Zukunft“ häufig in Verbindung mit den Begriffen „Beruf“ und „Leistung“. Fritz Hermanns Analyse des Ludwigshafener Grundsatzprogramms der CDU von 1978 kam u.a. zu dem Ergebnis, daß einer der zentralen politische Position der CDU die Maxime der Leistungsgerechtigkeit des Marktes ist. Die Kontextanalyse des Textes der CDU kann den ungebrochenen Glauben an diese Position anhand des Nachweises des häufigen gemeinsamen Gebrauchs der Suchkategorien WIR, BERUF\*, LEISTUNG\* sowie ZUKUNFT bestätigen.

Die Tatsache, daß durch Rationalisierung und Automatisierung ein Rückgang der zur Wertschöpfung gesellschaftlich notwendigen Arbeit („jobless growth“) einher geht, wird zunehmend zur Gewißheit. So führt die FAZ vom 12. 2. 1998 unter der Überschrift „Existenzgründer schaffen weniger Stellen“ aus: „Seit Ende der achtziger Jahre hat die Zahl neuer Stellen bei Existenzgründungen abgenommen. Inklusive Eigentümer entstanden während oder in den ersten Monaten nach einer Unternehmensgründung im Jahr 1995 durchschnittlich 2,6 Arbeitsplätze in West- und 3,3 Arbeitsplätze in Ostdeutschland. Der Vergleichswert des Jahres 1989 liegt bei 3,5 Stellen im Westen und 4,4 in Osten.“. Neben dem technischen Fortschritt, so die Zeitung, „sorgten zum Beispiel Innovation in der Informationstechnologie dafür, daß für bestimmte Arbeiten immer weniger Personal gebraucht werde.“<sup>121</sup>. Berücksichtigt man, daß ein weiterer Rückgang der Zahl der offenen Ausbildungsplätze zu befürchten ist, muß erwartet werden, daß eine „Leistungsgerechtigkeit des Marktes“ für viele Jugendliche noch nicht einmal mehr in den Ansätzen überprüfbar werden wird. Da dies von der CDU dennoch so nicht berücksichtigt wird, muß der CDU diesbezüglich ideologisches Denken unterstellt werden. Eine Sichtung des Textes bestätigt das Festhalten an dieser Position.

<sup>121</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.2.1998, S.13, „Existenzgründer schaffen weniger Stellen“.



Weitere Indizien für mögliche Gruppenideale der CDU finden sich anhand des Nachweises der häufig gemeinsam verwendeten Begriffspaare „Staat“/„Solidarität“, „Sicherheit“/„Friede“ sowie „Tradition“/„Freiheit“. Die Frequenzanalyse weist der Suchkategorie SOLIDARITÄT eine deutlich niedrigere Verwendung als der Suchkategorie LEISTUNG\* nach. Im Gegensatz zum 11maligen Auftreten der Suchkategorie LEISTUNG\* wird die Suchkategorie SOLIDARITÄT innerhalb des Textes der CDU nur einmal ermittelt. Die Hypothese, daß die CDU die Notwendigkeit einer individuellen Entfaltungsfreiheit ähnlich deutlich vertritt, wie die Notwendigkeit eines solidarischen Staates, kann jedenfalls anhand der Ergebnisse der Textanalyse nicht bestätigt werden.

Ogleich die Partei durch ihren Eigennamen auf den Begriff „Demokratie“ verweist, wird diese Vokabel innerhalb des Textes keinmal verwendet und daher nicht als notwendiger Bestandteil einer Auseinandersetzung mit den ausgewählten Themen erachtet.

Eine „Krise“ wird nicht der Gesellschaft unterstellt, jedoch in Verbindung mit den Begriffen „Familie“ und „Tradition“ thematisiert. Die naheliegende Hypothese, die CDU mache die Auflösung der traditionellen Beziehungsgeflechte für den Anstieg gesellschaftlicher Probleme, etwa im Zusammenhang mit der Jugendgewalt, verantwortlich, kann durch eine Sichtung des Textes bestätigt werden. Der sich auf die Gewalt unter Jugendlichen beziehende Text der CDU gibt zunächst kommentierend diesen Sachverhalt wieder, indem er ausführt: „Die Ursachen für die Gewaltbereitschaft werden oft im Zusammenhang mit langfristigen Entwicklungen, etwa die Auflösung der Lebensumstände und Wertorientierung, gesehen, die zur Schwächung gewachsener Gemeinschaften, wie Familie, Religion, Sozialmilieu usw. führen.“ (1.2,46), um diese Einschätzung später mehrmals direkt zu bestätigen: „Erziehung scheitert heute häufig daran, daß das Erziehungsfeld inkonsistent ist, d. h. daß zum Beispiel die Erziehungsträger Eltern und Schule unterschiedliche Anforderungen an die Kinder stellen. Wichtigster Mangel elterlicher Erziehung heute ist die fehlende Kontrolle der Kinder und ihrer Einhaltung der elterlichen Erziehungsvorgaben. (...) Elterliche Erziehung wird heute durch komplizierte äußere Rahmenbedingungen - Auflösung der traditionellen Familie, Fehlen der männlichen Bezugsperson im Erziehungsprozeß, aber auch Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot - sowie durch zunehmende existentielle Probleme der Erziehenden selbst - Alkoholismus, Straffälligkeit, Orientierungslosigkeit etc. - erschwert.“ (1.2,97). Der Text der CDU formuliert den Themenschwerpunkt Jugend, Gewalt, Familie, Krise unter Verwendung der syntaktischen Strategie des Konditionalsatzes. Eine mögliche Erklärung für dieses Vorgehen könnte in dem Versuch zu finden sein, dem Wählerpotential der CDU vor Augen führen zu wollen, welche Friktionen durch den zu raschen Wandel der Gesellschaft entstehen können und daher nicht noch beschleunigt werden sollten, weshalb bevorzugt Kontinuität anstelle von Veränderungen versprochen wird. Den Suchbegriffen „Reform“ (0,12%TEXT) und „Chance“ (0,06%TEXT) kann kein überproportional häufiger Gebrauch nachgewiesen werden. Die grafische Ergebnisdarstellung der Kontextanalyse ordnet diese Datenpunkte am Rande der Darstellung an.

Die Suchkategorie zur Ermittlung des Demonstrativpronomens in Artikelform (deiktische Formen), welche zum Zwecke der Ermittlung möglicher Distanziertheit gegenüber bestimmten Sachverhalten erstellt wurde, erbringt keine eindeutigen Ergebnisse. Sie wird innerhalb des Textmodells der CDU in metrischer Nähe zu den Datenpunkten der Suchkategorien GEWALT\* und KRISE angeordnet. Die Kontextanalyse der Suchkategorie des Possessivpronomens der 1. Person Plural erbringt auf die Frage nach einer möglichen

Verbundenheit der CDU zu bestimmten Themen und Sachverhalten ebenfalls mehrdeutige Ergebnisse. Die Suchkategorie wird im Zentrum des Textmodells in metrischer Nähe zum Begriff „Gesellschaft“ angeordnet.

Themenbezogene Assoziationsfelder der CDU-Texte: Die Kontextanalyse der erstellten Wortlisten ergibt, daß die CDU das Thema „Beruf und Ausbildung“ ( BERUF\* ) anhand der Suchkategorien WIR, LEISTUNG\* und ZUKUNFT entfaltet. Das Thema „Jugend und Gewalt“ ( GEWALT\* ) wird in Verbindung mit der Gruppe der Jugendlichen behandelt und unter dem Aspekt der Krise der Familie und der Tradition diskutiert. Das Thema „Wehrdienst“ (WEHRDIENST\*) wird häufig anhand der Suchkategorien VERANTWORTUNG\* und DEUTSCHLAND\* bearbeitet. Die in diesem Zusammenhang häufig nachgewiesene Verwendung des Begriffspaares „Sicherheit“ und „Friede“ bestätigt die Ergebnisse der zu einem früheren Zeitpunkt unternommenen Untersuchung der Bedeutungszuweisung des Begriffs „Sicherheit“ durch die CDU. Die Ergebnisse lassen darauf schließen, daß der Wehrdienst als Voraussetzung für den Frieden und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bewertet wird.

### 3.2 Das Textmodell der Jungen Union

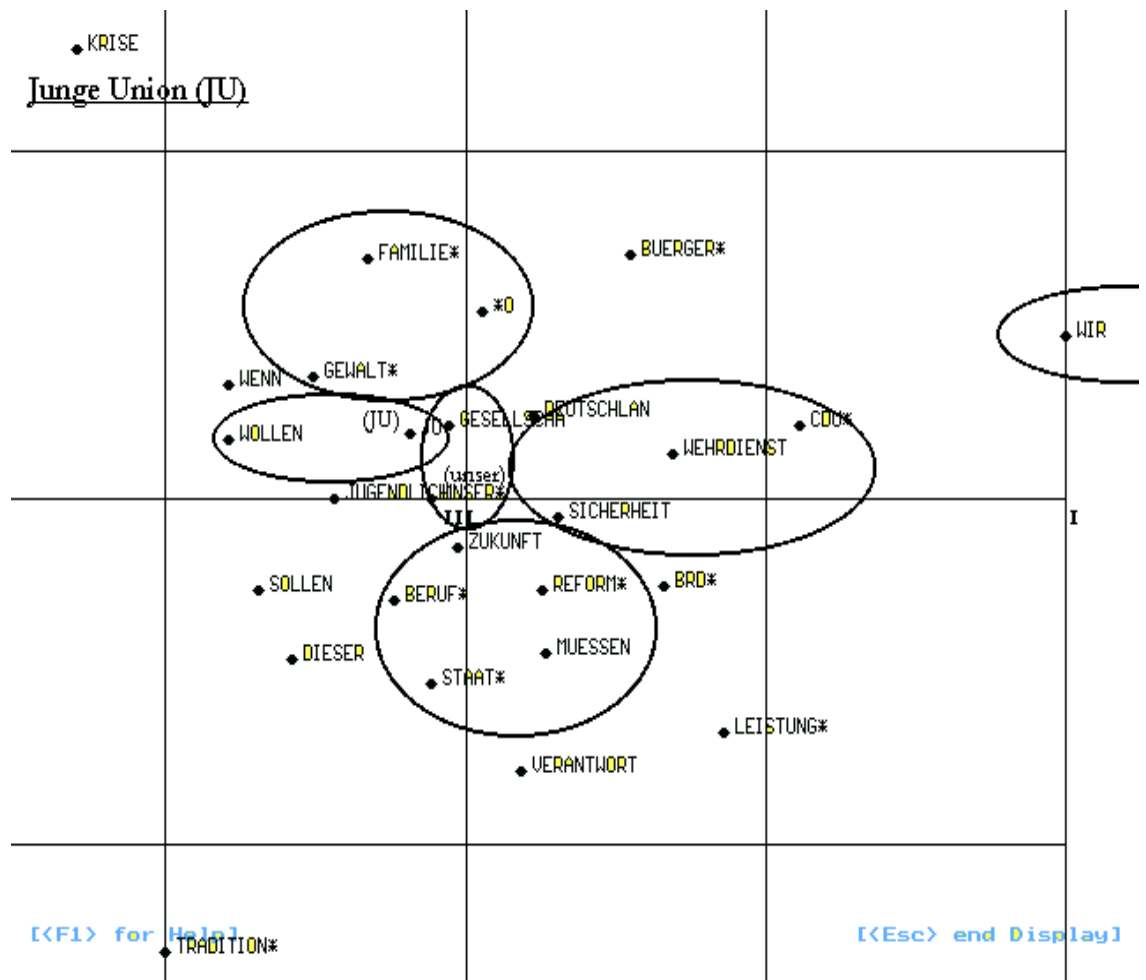


Abbildung 8

Zum Sprachgebrauch der Jungen Union: Die Jugendorganisation der CDU verzichtet im Gegensatz zu den anderen politischen Gruppen faßt ganz auf die Selbstdarstellung in Form des Personalpronomens der 1. Person Plural („kollektivstiftendes Pronomen“) (0,08%TEXT) und bevorzugt die Selbstdarstellung durch den eigenen Parteinamen „Junge Union“ (0,58%TEXT). Erst die Kontextanalyse offenbart, daß an den Leser gerichtete Appelle, wie „Die Junge Union fordert (...)“, bewußt den Gebrauch von Modalverben aussparen. Appelle, wie „Die Junge Union fordert (...)“, wirken entpersonalisiert und betonen eher die Organisation und weniger die politisch Aktiven. Die Junge Union formuliert ihre Ziele zumeist in der 3. Person Singular. Wie dies zuvor für die Aussagen der CDU nachgewiesen werden konnte, formuliert die Junge Union nur in einigen wenigen Fällen Appelle in Verbindung mit dem Modalverb „wollen“. In diesem Textmerkmal unterscheiden sich die „JU“ und die CDU von den anderen der hier untersuchten Parteien. Ein Vergleich der Flächenwerte zeigt, daß die Junge Union, nach der SPD, am zweithäufigsten den eigenen Parteinamen nennt und sich in dieser Form häufig an die Gesellschaft und an die Gruppe der Jugendlichen wendet. Innerhalb der Aussagen der Jungen Union kann die Suchkategorie JUGENDLICHE\* (0,58%TEXT) häufig nachgewiesen werden.

Ohne den Namen eines politischen Gegners auszusprechen, wird die Bezeichnung „sozialistisch“ zur Diffamierung der Schulpolitik in SPD regierten Bundesländern gebraucht.

Im Vergleich mit den übrigen politischen Interessensgruppen verweist die Junge Union durchschnittlich häufig auf statistische Daten und Zahlen (0,31%TEXT). Dies geschieht im Zusammenhang mit den Suchkategorien GEWALT\* und FAMILIE\*. Der Vergleich der Parteien in Hinblick auf den Gebrauch bestimmter Konjunktionen (aber, dennoch, zwar, gerade, jedoch, auch, trotz) ergibt, daß die Junge Union am seltensten auf diese Konjunktionen zurückgreift (0,58%TEXT).

Die Verwendung des Konditionalsatzes im Zusammenhang mit Begriffen der Wortliste kann nicht belegt werden.

Zur Gruppenideologie (Weltbildanalyse) der Jungen Union: Am häufigsten der hier untersuchten sechs politischen Gruppen und noch zahlreicher als ihr Mutterverband bezieht sich die Junge Union auf den programmatischen Zielbegriff „Deutschland“ (0,73%TEXT). Die Benennung der obersten beschließenden Vertretung der Jungen Union (der „Deutschlandtag“) sowie des zweithöchsten Organs des Bundesverbandes der JU (der „Deutschlandrat“) belegen den bewußten Gebrauch dieser Vokabel und die Verwendung eines pathetisch - patriotischen Jargons. Die Kontextanalyse ordnet diese Vokabel zwischen den Datenpunkten der Begriffe „Gesellschaft“ und „Bürger“ in der Mitte des Textmodells an und unterstreicht deren zentrale Position innerhalb der politisch-ideologischen Terminologie der Jungen Union.

Am häufigsten der drei hier verglichenen Jugendorganisationen kann der Jungen Union der Gebrauch des attraktiven und positiv konnotierten Begriffs „Zukunft“ nachgewiesen werden. Die Analyse der Suchkategorie ZUKUNFT ergibt einen Flächenwert von 0,19%TEXT. Die grafische Darstellung der Ergebnisse der Kontextanalyse ordnet den Begriff „Zukunft“ in der Mitte des Textmodells an und belegt damit die zentrale Position dieser Vokabel für die sich betont progressiv gebende Jugendorganisation. Die Junge Union fürchtet die Zukunft nicht, „will nichts aufhalten, was sowieso nicht aufzuhalten ist“, sondern möchte die „Zeiteinheit des Kommenden“, die Zukunft, nutzen. Ihr optimistischer Zukunftsglaube gründet auf der Annahme, durch neue Technologien und durch weitere Reformen auf dem Arbeits- und Ausbildungssektor, welche nicht zuletzt durch zusätzliche staatliche Maßnahmen und Subventionen verwirklicht werden sollen, die Krisen der Industriegesellschaft lösen zu können. Die Partei fordert daher die Subventionierung neuer Technologien: „Eine konsequente und verlässliche Technologiepolitik für Zukunftstechnologien wie Informations- und Kommunikationstechnologie, der Umwelt- und Biotechnik, Mikroelektronik und Mikromechanik sowie Luft- und Raumfahrttechnik sind von Seiten des Staates, der Forschung und der Wissenschaft konsequent voranzutreiben“ (2.1,31). Dementsprechend weist die Textanalyse der Suchkategorie „Krise“ sowohl frequentiell, als auch kontextuell keine zentrale Position innerhalb des Textes der Jungen Union zu.

Zu einem ähnlich optimistischen Bild der 18-24jährigen CDU/CSU-Anhänger in bezug auf die Einschätzung der Zukunftsaussichten kam die Untersuchung der Shell-Studie '97. Die Anhänger der CDU/CSU glauben vereinfacht gesagt, „daß diese Gesellschaft im großen und ganzen - trotz einiger Korrekturen vor allem im Umweltbereich - in Ordnung ist und daß sie darin einen befriedigenden Platz für sich finden werden.“<sup>122</sup>. Ebenfalls aufschlußreich ist die Gesamtbetrachtung der Ergebnisse der Frequenzanalyse und der

---

<sup>122</sup> S. o. Anm. 18, S. 332.

Kontextanalyse des Textes der Jungen Union in Hinblick auf die Vokabel „Leistung“. Trotz des Nachweises ihrer Verwendung (0,19%TEXT) wird „Leistung“ dennoch selten mit den übrigen Begriffen der Wortliste innerhalb eines Kontextes gebraucht und daher nicht weiter herausgestellt, da, wie eine Sichtung des Textes ergibt, dieses Verhalten als selbstverständlich erachtet wird, „Leistungsentfaltung“ jedoch institutionell behindert wird: „Die Berufsschule muß ihre Qualität steigern. Bei Aus- und Weiterbildung der Lehrer muß das Leistungsprinzip und die Praxisnähe stärker an Bedeutung gewinnen.“ (2.1,89).

Gar nicht oder selten können die Suchkategorien DEMOKRATIE\* (0%TEXT), FREIHEIT (0%TEXT) sowie TRADITION\* (0,04%TEXT) nachgewiesen werden. Junge Anhänger der CDU/CSU, so die Shell-Studie '97, welche davon ausgehen, daß „diese Gesellschaft im großen und ganzen (...) in Ordnung ist“<sup>123</sup>, verspüren, und daß belegt die Textanalyse, keinen Mangel an Demokratie und Freiheit, weshalb diese Begriffe im Zusammenhang mit den spezifischen Problemen dieser „jungen Erwachsenen“ für die Junge Union nicht von Bedeutung zu sein scheinen. Dem Begriff „Tradition“ wird in diesem Zusammenhang ebenfalls keine programmatische Bedeutung zugewiesen. Die Suchkategorie zur Ermittlung des Demonstrativpronomens in Artikelform (deiktische Formen) kann keine eindeutigen Ergebnisse erbringen. Die Kontextanalyse der Suchkategorie des Possessivpronomens der 1. Person Plural legt den häufigen gemeinsamen Gebrauch mit Wörtern der Suchkategorien GESELLSCHAFT und JUGENDLICHE\* nahe.

Themenbezogene Assoziationsfelder der Texte der Jungen Union: Die Kontextanalyse der erstellten Wortlisten zeigt, daß die Junge Union das Thema „Beruf und Ausbildung“ (BERUF\*) auf Wörter der Suchkategorien ZUKUNFT, STAAT\*, REFORM\* und MÜSSEN bezieht.

Das Thema „Jugend und Gewalt“ (GEWALT\*) wird in Verbindung mit der Gesellschaft und der Familie verwendet und unter Zuhilfenahme statistischer Daten diskutiert.

Das Thema „Wehrdienst“ (WEHRDIENST\*) wird unter Verweis auf den Parteinamen der Mutterpartei CDU und gemeinsam mit den Begriffen „Sicherheit“ und „Deutschland“ verwendet.

---

<sup>123</sup> S. o. Anm. 18, S.332.

### 3.3 Das Textmodell der SPD

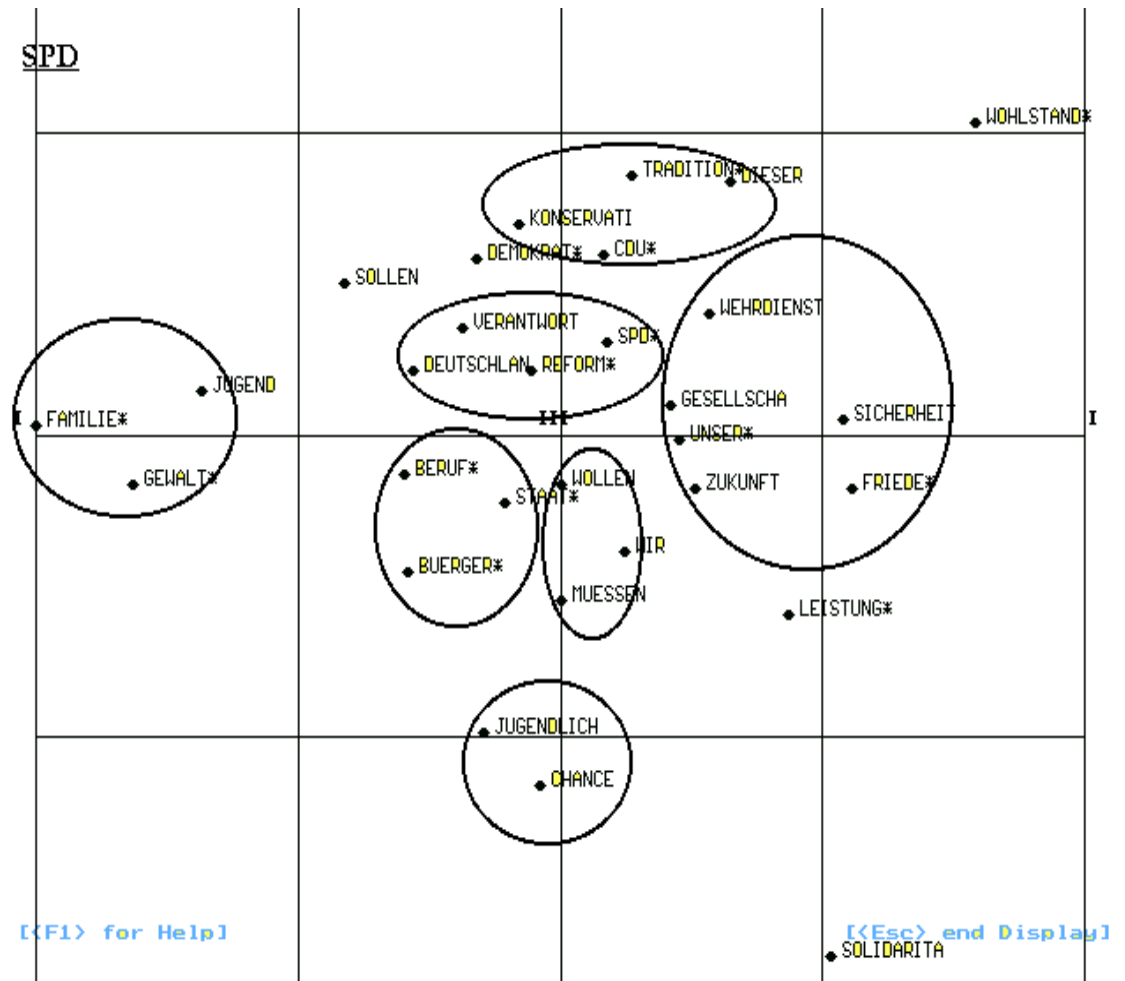


Abbildung 9

Zum Sprachgebrauch der SPD: Die SPD gebraucht das „kollektivstiftende Pronomen“ „Wir“ (1,21%TEXT) nach dem GAJB (1,49%TEXT) am zweithäufigsten. Weiterhin charakteristisch für den Sprachgebrauch der SPD ist die von allen untersuchten Parteien am häufigste Verwendung des Modalverbs „wollen“ (0,83%TEXT). Beide Merkmale intendieren, daß der Leser partnerschaftlich angesprochen werden soll und von der Mitarbeit in einem Kollektiv („Wir“) überzeugt werden soll, welches auf der Grundlage eines freien Wollens („wollen“) politisch aktiv ist. Durch den platzrangmäßig vergleichbaren Gebrauch des Modalverbs „müssen“, ebenfalls 0,83%TEXT, soll der Wähler dennoch an die „Dringlichkeit“ der Forderungen der SPD erinnert werden. Mit Verweis auf die metrische Nähe der Datenpunkte der Begriffe „Wir“, „wollen“ und „müssen“ des Textmodells kann den Aussagen der SPD eine appellative Ansprache des Empfängers nachgewiesen werden. Die appellative Ansprache des Lesers geschieht auch unter Einbeziehung der Partei in die eigenen Forderungen und Kritikpunkte, wodurch gleichzeitig eine symmetrische und partnerschaftliche Kommunikationsbeziehung suggeriert werden soll (Appellfunktion als Adhortativ). Trotz dieses Bemühens um eine integrative Ansprache erwähnt die SPD die Gruppe der Jugendlichen kaum. Ein Vergleich der Flächenwerte der Suchkategorien JUGEND

(0,11%TEXT) und JUGENDLICHE\* (0,11%TEXT) belegt, daß sich die SPD insgesamt am seltensten auf die Gruppe der Jugendlichen bezieht. Zwar verwendet das GAJB noch seltener diese Gruppenbezeichnungen, jedoch wird dem Sprachgebrauch des GAJB unterstellt, daß das Personalpronomen der 1.Person Plural mit der Bedeutung „Jugendliche“ verwendet wird und sich daher das GAJB mit dieser Altersgruppe stark identifiziert. Eine mögliche Hypothese für diesen Sachverhalt könnte in der Annahme liegen, daß die Sprachverwendung der SPD auf eine sozial selektierende Ansprache der Empfänger verzichtet.

Ihren eigenen Parteinamen verwendet die SPD von allen sechs Parteien am proportional häufigsten (0,94%TEXT). Das geschickte kontextuelle Verknüpfen des eigenen Parteinamen mit besonders positiven Inhalten und Zielen zum Zwecke der kognitiven Verknüpfung (Begriff „Reform“) kann innerhalb der Texte der SPD durch die Kontextanalyse nachgewiesen werden. Ihren politischen Gegner nennt die SPD sogar noch häufiger (0,39%TEXT), als sich die CDU selbst nennt (0,35%TEXT). Zur Schmähung der CDU gebraucht die SPD mehrmals die Bezeichnung „konservativ“.

Vergleichsweise selten macht die SPD von der Angabe statistischer Daten Gebrauch. Die Untersuchung der Texte auf mögliche Indizien für eine dogmatische Denkweise ergibt für die SPD keine aussagekräftigen Ergebnisse. Die Verwendung des Konditionalsatzes im Zusammenhang mit Begriffen der Wortlisten kann nicht nachgewiesen werden.

Zur Gruppenideologie (Weltbildanalyse) der SPD: Das dem technischen Teil dieser Untersuchung vorangegangene Portrait der Parteien beleuchtete die Geschichte der SPD, die sich als älteste deutsche Partei von einer marxistisch geprägten „Klassenkampfpartei“ (Erfurter Programm von 1891) zu einer demokratisch geöffneten Volkspartei (Godesberger Programms von 1959) entwickelt hatte und sich durch das Bekenntnis zu einem freiheitlichen Rechtsstaat und nicht zuletzt zur „Sozialen Marktwirtschaft“ die Entwicklung der Partei zu einer Volkspartei der linken Mitte ermöglicht hatte.

Die Ergebnisse der Textanalyse offenbaren eine Argumentationsstruktur, die sowohl die Tradition der SPD und deren Bewußtseinsüberlieferungen, als auch die Positionen einer modernen Volkspartei aufweist. Die Frequenzanalyse kann für die SPD die zahlreichste Verwendung der Suchkategorie STAAT\* dokumentieren (1,1%TEXT). Dennoch erlauben die Ergebnisse der Textanalyse keinen Nachweis eines eindeutigen, nach ideologischen Lagern angeordneten „Grenzverlaufs“ zwischen den Positionen eines „staatsinterventionistisch-keynesianisch“ geprägten Wirtschaftsdenkens und eines reinen „angebotsorientierten“ Standpunkts „konservativer“ Parteien. Die Kontextanalyse offenbart ein Argumentationsmuster, welches in seiner Gesamtbetrachtung ein anderes Wirtschaftsverständnis nahelegt: Das Thema „Beruf und Ausbildung“ wird am deutlich häufigsten in Verbindung mit den hochfrequenten Suchbegriffen „Staat“ und „Bürger“ erwähnt. Ein demokratischer Rechtsstaat, so könnte eine Paraphrase lauten, besteht aus Staatsbürgern, die zum Zwecke der Durchsetzung ihrer politischen und ökonomischen Geltungsansprüche am Erhalt ihres Gemeinwesens interessiert sind. Ihre ökonomische Lebensgrundlage jedoch bildet die Erwerbsarbeit. Die Sicherung der ökonomischen Grundlage der Bürger und damit ein staatlich garantiertes „Recht auf Arbeit“ wäre demgemäß die zentrale Aufgabe eines Staates. Diese auf der Grundlage der Kontextanalyse gewonnene Hypothese findet sich in der Ankündigung der SPD bestätigt, auch durch staatliche Aufwendungen für alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bereitzustellen: „Ausbildung für alle soll nicht nur das individuelle Bedürfnis der Jugend nach bestmöglicher

beruflicher Qualifizierung erfüllen, sondern auch den Wirtschaftsstandort Deutschland in einer Phase besonderer wirtschaftlicher und politischer Herausforderungen stärken. Staatliche und betriebliche Aufwendungen zur Realisierung dieses Ziels sind als Investitionen in die Zukunft der Menschen unseres Landes und Europas zu betrachten." (3.1,82). Eine in einem früheren Abschnitt unternommene Bestimmung des Bedeutungsgehaltes des Begriffs „Staat" offenbart aber auch die Absicht, einen modernen (3.2,6), anpassungsfähigen (3.2,10), sich beschränkenden und zurückhaltenden (3.2,13), unbürokratischen (3.2,25), sich auch finanziell auf die Grundversorgung der Bürger beschränkenden (3.2,34), für Wiedergutmachung der Gewaltopfer sorgenden und zugleich Gewalt verhindernden (3.2,61) Staat zu gestalten. Dieses Staatsverständnis, welches sich vereinfacht mit dem Wort „Dienstleistungsanbieter" umschreiben läßt, hat daher nichts mit einem etatistischen Dirigismus einer marxistisch geprägten „Klassenkampfspartei" gemein.

Damit die Lebensgrundlage der Staatsbürger weiterhin gesichert bleibt, sind aus der Sicht der SPD jedoch Reformen notwendig. Die Frequenzanalyse ergibt, daß die SPD am proportional häufigsten von der Suchkategorie REFORM\* Gebrauch macht. Diese „Terminologie der Bewegung", wiedergegeben durch die Suchkategorie REFORM\* : Erneuerung , Innovation , Veränderung\* , Wandel , Wechsel, soll der Absicht Nachdruck verleihen, Bewegung in die Lebensverhältnisse zu bringen und die Bereitschaft zur Modernisierung anzuzeigen. Die gemeinsame Verwendung der Suchkategorien REFORM\*, DEUTSCHLAND\*, VERANTWORTUNG\* und SPD\* wiederholt den Anspruch der SPD, eine andere Politik als die der CDU betreiben zu wollen. Das Textmodell überträgt diesen pragmatischen Gegensatz auf die grafische Darstellungsebene, wodurch sichtbar wird, daß die Datenpunkte der Suchkategorien KONSERVATIV\*, CDU\* den Datenpunkten der Suchkategorien REFORM\*, DEUTSCHLAND\*, VERANTWORTUNG\* und SPD\* antagonistisch gegenüberstehen.

Ein weiteres Indiz für die Beschreibung des Weltbildes der SPD liefert ein Vergleich der Parteien bezüglich des Flächenwerts der Suchkategorie DEMOKRATIE\*. Den Aussagen der SPD können die höchsten Werte zugewiesen werden (0,17%TEXT). Dagegen wird der Begriff „Freiheit" (0%TEXT) von der SPD nicht gebraucht. Ebenfalls eindeutig ist das Begriffspaar „Sicherheit"/"Friede", welches sich auf das Thema „Wehrdienst" bezieht und dessen außenpolitischen Nutzen beschreibt. Des weiteren kann für die Aussagen der SPD bezüglich der Suchkategorie ZUKUNFT der relativ höchste Flächenwert ermittelt werden (0,33%TEXT). Die Partei bezieht sich im Zusammenhang mit der Formulierung ihrer eigenen Ziele und „ihrer" Gesellschaft auf das Kommende. Der gemeinsame kontextuelle Gebrauch des Suchbegriffs „Chance" in Verbindung mit der Gruppe der Jugendlichen zeigt, daß sich die Partei mit der Chancenstruktur der Jugendlichen auseinandersetzt. Der Gebrauch der Wörter der Suchkategorie KRISE kann nicht nachgewiesen werden. Die Suchkategorie zur Ermittlung des Demonstrativpronomens in Artikelform (deiktische Formen) kann keine eindeutigen Ergebnisse erbringen. Die Kontextanalyse der Suchkategorie des Possessivpronomens der 1. Person Plural verweist auf einen häufigen gemeinsamen Gebrauch in Verbindung mit der Suchkategorie GESELLSCHAFT.

Themenbezogene Assoziationsfelder der Texte der SPD: Die Kontextanalyse der erstellten Wortlisten ergibt, daß die SPD das Thema „Beruf und Ausbildung" anhand der Wörter der Suchkategorien STAAT\*, BÜRGER\*, DEUTSCHLAND\* und REFORM\* entfaltet. Das Thema „Jugend und Gewalt" wird in direkter Verbindung mit den Wörtern der Suchkategorien JUGEND und FAMILIE\* thematisiert. Das Thema



„Wehrdienst“ wird häufig mit den Begriffen „Friede“, „Gesellschaft“ und den Wörtern der Suchkategorie SICHERHEIT\* problematisiert.

### 3.4 Das Textmodell der Jusos

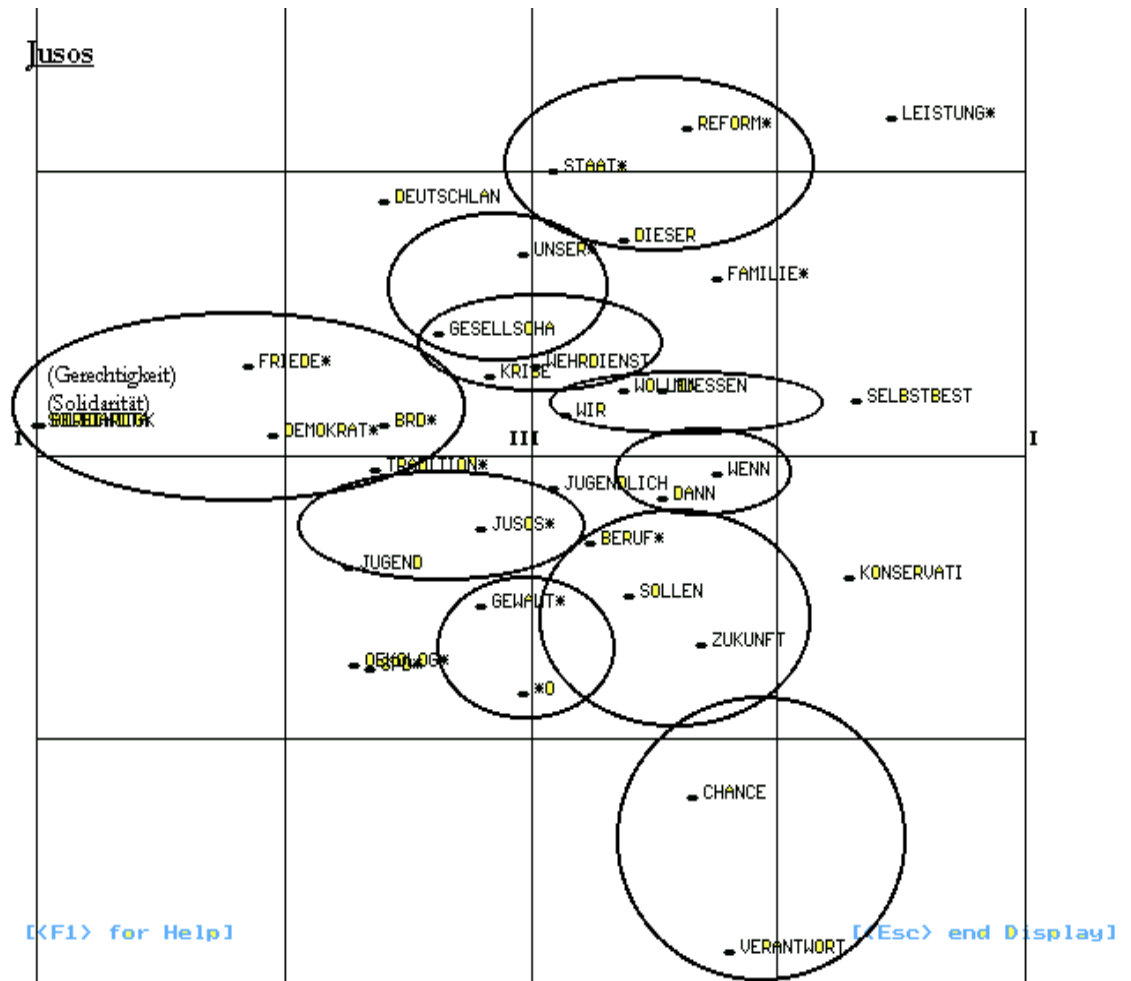


Abbildung 10

Zum Sprachgebrauch der Jusos: Die Gesamtbetrachtung sowohl der Frequenz als auch des Kontextes der Modalverben weist den Jusos anhand des Gebrauchs der Modalverben „wollen“ (0,63%TEXT) und „müssen“ (0,59%TEXT) in Verbindung mit dem Personalpronomen der 1.Person Plural „Wir“ (0,63%TEXT) eine appellative Ansprache des Empfängers nach. Durch die zahlreichen Satzeinleitungen „Wir wollen (...)“, soll der Empfänger an die Positionen der Jusos herangeführt werden, besonders da sich manche dieser Forderungen einer Kritik entziehen: „Wir wollen Ausbildung und Arbeit für alle (...)“ (4.1,147).

Die ermittelten Flächenwerte für das Personalpronomen der 1.Person Plural (0,63%TEXT) und die Flächenwerte der Suchkategorie der eigenen Parteinennung „Jusos“ (0,22%TEXT) weisen nicht auf eine außergewöhnliche Tendenz dieser Selbstdarstellung hin. In Form ihres Gruppennamens „Jusos“ bezieht sich die Jugendorganisation oft auf „Jugendliche“ (0,41%TEXT) und die Gruppe der „Jugend“ (0,11%TEXT). Zum Zwecke der Abgrenzung verweisen die Jusos auf den politischen Gegner, die CDU, (0,07%TEXT) und verwenden mehrmals die Bezeichnung „konservativ“ (0,11%TEXT). Vergleichsweise durchschnittlich oft beziehen sich die Jusos auf statistische Daten (0,33%TEXT). Dies geschieht vor allem im Zusammenhang mit dem Problem der Jugendgewalt.

Der Vergleich der Parteien in Hinblick auf den Gebrauch bestimmter Konjunktionen (aber, dennoch, zwar, gerade, jedoch, auch, trotz) weist den Jusos die häufigste Verwendung nach (1,37%TEXT). Eine denkbare Erklärung dafür könnte in der Gegensätzlichkeit zwischen den gruppenspezifischen Überzeugungen der Jusos und der Faktizität der komplexen und widersprüchlichen sozialen Wirklichkeit zu finden sein. So formulieren die Jusos: „Zwar gibt es zahlreiche Krisen- und Konfliktherde auf der Welt, sie alle verlangen jedoch nach einer zivilen Lösung, die die Ursache angeht. Mit Militär erreicht man hier nichts, wie das Beispiel Somalia vor Augen führte.“ (4.3,12).

Da die syntaktische Strategie des „Wenn-Dann“ zur Darstellung des Themas „Beruf und Ausbildung“ und der Gruppe der Jugendlichen genutzt wird, ist es wahrscheinlich, daß die Jusos mit diesem Sachverhalt Gefahren und Ängste verbinden.

Zur Gruppenideologie (Weltbildanalyse) der Jusos: Die textanalytische Suche nach dem Demonstrativpronomen in Artikelform (deiktische Form) erbringt zunächst keine eindeutigen Ergebnisse. Die Sichtung des Textes verdeutlicht jedoch, daß sich das Demonstrativpronomen in Artikelform (deiktische Form) auch auf den Begriff „Staat“ bezieht. Dort wo der Staat thematisiert wird, geschieht dies kritisch und distanziert: „Wir wollen nicht, daß dieser Staat über die Wehrpflicht in unsere Lebensplanung eingreift.“ (4.3,40). Die Frequenzanalyse der Suchkategorie STAAT\* weist den Aussagen der Jusos einen seltenen Gebrauch nach (0,07%TEXT). Eine in einem früheren Kapitel unternommene Analyse des Staatsverständnisses kam zu dem Ergebnis, daß die Jusos ein distanziertes Verhältnis gegenüber staatlichen Institutionen aufweisen: Durch die Abschaffung staatlicher „Zwangsdienste“, d. h. des Wehr- und Zivildienstes (4.3,78) sowie durch Reformen und Veränderungen der „patriarchalen Strukturen“ der Gesellschaft (4.3,39), soll eine sich in der „Krise“ befindliche Gesellschaft positiv verändert werden.

Die Frequenzanalyse zeigt des weiteren, daß die Jusos am proportional häufigsten Wörter der Suchkategorien SELBSTBESTIMM\* (0,07%TEXT), GERECHTIGKEIT\* (0,15%TEXT) sowie DEMOKRATIE\* (0,3%TEXT) verwenden. Die Untersuchung ihrer jeweiligen Kontexte offenbart die gemeinsame Verwendung von Wörtern der Suchkategorien GERECHTIGKEIT\* / DEMOKRATIE\* sowie FRIEDE / DEMOKRATIE\*. Die Jusos meiden als einzige der sechs politischen Gruppen den Gebrauch von Wörtern der Suchkategorie SICHERHEIT\*. Sie können innerhalb ihrer Aussagen nicht nachgewiesen werden. Im Gegensatz zu den beiden Volksparteien CDU und SPD verknüpfen die Jusos den Begriff „Friede“ nicht mit Wörtern der Suchkategorie SICHERHEIT\*, sondern beziehen sie auf Wörter der Suchkategorien DEMOKRATIE\*, GERECHTIGKEIT\* und SOLIDARITÄT. Es überrascht, daß diese Hochwertwörter dennoch nicht in einem engeren Verwendungszusammenhang mit den ausgewählten drei Themen genannt werden und daher auch innerhalb der grafischen Darstellung der Ergebnisse der Kontextanalyse am „Rande“ des Textmodells angeordnet werden. Die Darstellung wird als Dichotomie von „Wunsch“ und „sozialer Wirklichkeit“ gedeutet, in deren Mitte sich die Jusos befinden. Die Jusos neigen daher zu idealen Standpunkten und weniger zu politischem Pragmatismus. Dies ist jedoch Programm: „Für uns sind Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratisierung keine leeren Programmsätze.“ (4.2,38).

Ein Vergleich der Inhaltsaspekte der Programmatik der Jusos mit den Ergebnissen der Shell-Studie '97 bezüglich des Einstellungsprofils der jungen Anhänger der SPD, die durchschnittlich ältere männliche Jugendliche sind, welche die

eigene und die gesellschaftliche Zukunft eher düster bewerten und deren politisches Interesse eher durchschnittlich vorhanden ist<sup>124</sup>, offenbart denkbare Übereinstimmungen bezüglich des Staatsverständnisses, der Chancenstruktur der Jugendlichen und des Grades an gesellschaftlicher Integration.

Themenbezogene Assoziationsfelder der Texte der Jusos: Die Kontextanalyse der erstellten Wortlisten ergibt, daß die Jusos das Thema „Beruf und Ausbildung“ anhand der Wörter der Suchkategorien JUSOS\*, GEWALT\* und ZUKUNFT entfalten. Für sie ist der gesellschaftliche Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Jugendgewalt unbestreitbar. Das Thema „Beruf und Ausbildung“ wird daher in Verbindung mit dem Thema „Jugend und Gewalt“ behandelt. So stellen die Jusos mahnend fest: „Die wachsende Perspektivenlosigkeit und Unzufriedenheit führt bei vielen Jugendlichen zu einer resignierenden Apathie oder sucht sich bei manchem ein Ventil in übermäßigem Drogenkonsum, in sinnloser Zerstörungswut, in Gewalt gegen MitschülerInnen oder im Einlassen auf autoritäre Strukturen rechtsextremer Gruppierungen.“ (4.2,49). Ebenfalls unterscheiden sich die Jusos bezüglich ihrer Einschätzung der Rolle der Familie im Zusammenhang mit den Problemen der Gesellschaft. Nicht die Familien sind in den Augen der Jusos verantwortlich für die Jugendgewalt, sondern ein sich zurückziehender Staat: „Wer einkommensschwache Familien immer stärker be- statt entlastet, wer Kinderbetreuung und Ausbildung demontiert, wer Jugendlichen die Perspektiven raubt, der zerstört die Grundlage unserer gesellschaftlichen Entwicklung.“ (4.2,33). Die grafische Ergebnisdarstellung der Kontextanalyse gibt dieses Argumentationsmuster anhand der metrischen Nähe der Datenpunkte der Suchkategorien DIESER, REFORM\*, STAAT\* und FAMILIE\* wieder. Das Thema „Wehrdienst“ wird häufig mit den Begriffen „Krise“ und „Gesellschaft“ gebraucht. Die in diesem Zusammenhang bei anderen Parteien häufig nachgewiesene Verwendung des Begriffspaares „Sicherheit“ und „Friede“ läßt sich innerhalb des Textes der Jusos nicht nachweisen.

---

<sup>124</sup> Vgl. Anm. 18, S. 332.

### 3.5 Das Textmodell von Bündnis90/DIE GRÜNEN

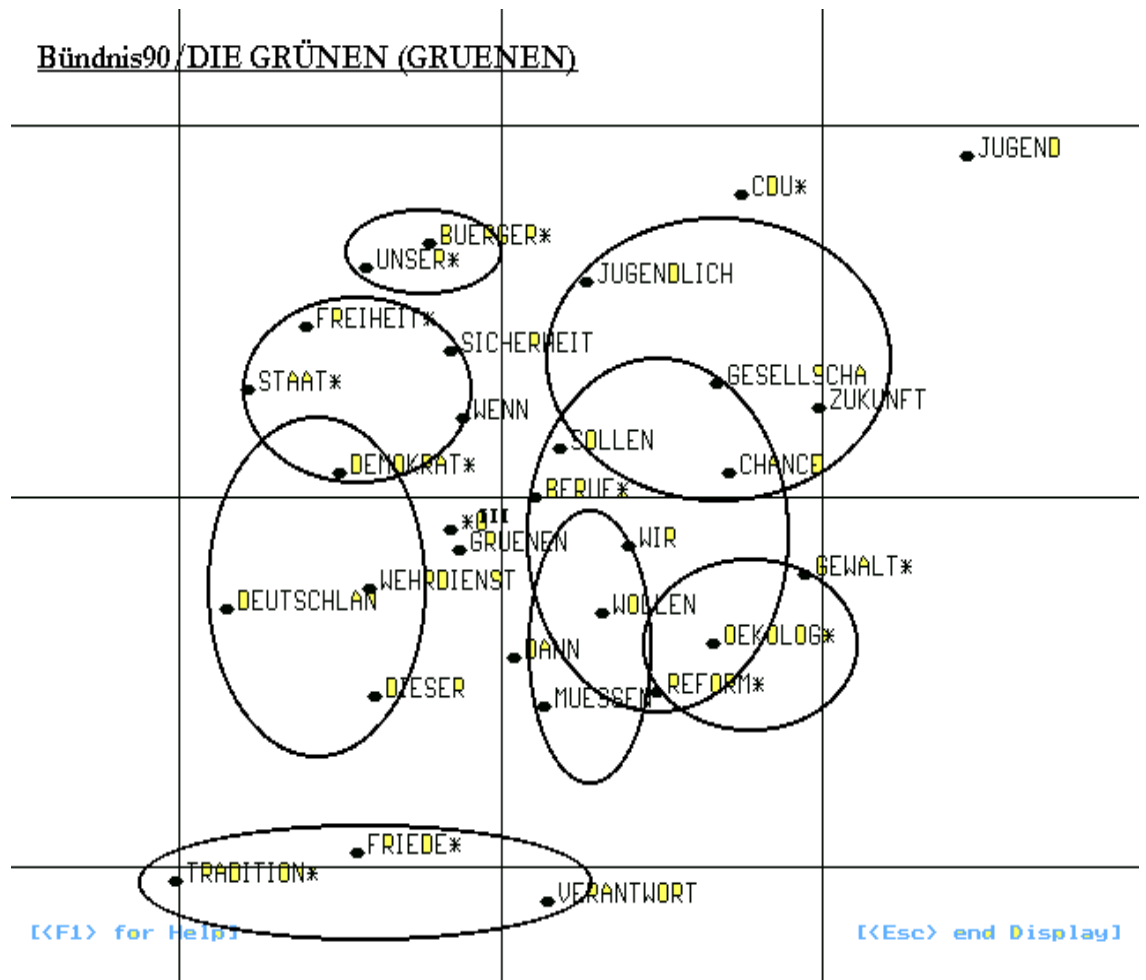


Abbildung 11

Zum Sprachgebrauch von Bündnis90/DIE GRÜNEN: Die Gesamtbetrachtung sowohl der Frequenz als auch des Kontextes der Modalverben weist Bündnis90/DIE GRÜNEN anhand des Gebrauchs des Modalverbs „wollen“ und „müssen“ in Verbindung mit dem Personalpronomen der 1. Person Plural eine appellative Ansprache des Empfängers nach. Die Partei verwendet im Vergleich zu den übrigen sechs politischen Gruppen das Modalverb „müssen“ (0,55%TEXT) am seltensten. Durch Satzeinleitungen, wie „Wir wollen (...)“, soll der Empfänger für die Forderungen und Ziele der Partei gewonnen werden. Der Vergleich der Häufigkeit der Verwendung der Gruppenbezeichnung „Wir“ zeigt, daß Bündnis90/DIE GRÜNEN (0,42%TEXT) nicht außergewöhnlich häufig von dieser Möglichkeit der Selbstdarstellung Gebrauch machen. Ihren eigenen Parteinamen verwenden Bündnis90/DIE GRÜNEN seltener (0,18%TEXT) als CDU und SPD. Die Partei nennt den Begriff „Jugendliche“ (0,26%TEXT) durchschnittlich häufig. Den politischen Gegner CDU nennt Bündnis90/DIE GRÜNEN sogar noch häufiger (0,29%TEXT), als es sich selbst nennt (0,18%TEXT). Der Vergleich der Parteien in Hinblick auf den Gebrauch bestimmter Konjunktionen, deren Verwendung ein Indiz für eine dogmatische Denkweise sein kann, ergibt keine außergewöhnliche Verwendung (1,12%TEXT). Am deutlich häufigsten gebraucht die „grüne“ Partei statistische Daten (0,99%TEXT). Dies wurde mit der Annahme

begründet, daß sich die Parteimitglieder und die Stammwähler von Bündnis90/DIE GRÜNEN überwiegend als „postmaterialistisch orientierte junge Angehörige der neuen Mittelschichten mit einem hohen Ausbildungsstand“ charakterisieren lassen und daher ein auf statistische Daten verweisender Behauptungsakt geeignet ist, Vertrauen und Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen. Die Suche nach der syntaktischen Strategie des „Wenn-Dann“ erbringt keinen Nachweis ihres Gebrauch im Zusammenhang mit Begriffen der Wortlisten.

Zur Gruppenideologie (Weltbildanalyse) von Bündnis90/DIE GRÜNEN:  
Das durch die Aktivität der APO der 60er Jahre und der Friedensbewegung an aktuellen Problemen konkretisierte und an die gesellschaftliche Oberfläche gedrungene kritische, bürgerliche Bewußtsein war Zeichen einer gesellschaftlichen Sozialisation, welche sich auf das Bild des Staatsbürgers („citoyen“), der an der Durchsetzung seiner politischen Geltungsansprüche interessiert ist, zu berufen schien. Die Einzelbetrachtung des Possessivpronomens der 1.Person Plural zeigt, daß sich die Partei nicht als „Volkspartei“ verstanden wissen will, sondern sich vor allem an die Gruppe der „Bürger“ wendet. Die Frequenzanalyse zeigt, daß Bündnis90/DIE GRÜNEN (0,08%TEXT) und seine Jugendorganisation GAJB (0,06%TEXT) am seltensten den Begriff „Gesellschaft“ verwendet.

Dort, wo die Partei auf die Gesellschaft zu sprechen kommt, geschieht dies unter Verwendung des Begriffs „Zukunft“. Zukünftige Chancen für die Gesellschaft und die Gruppe der Jugendlichen sieht die Partei vor allem in Zusammenhang mit Reformen auf dem Gebiet des Berufs- und Ausbildungssektors und des Strafrechts (GEWALT\*). Zur Bestimmung und „Markierung“ dieser Reformen und Ziele verwendet das Bündnis90/DIE GRÜNEN das gruppeneigene Kenn- und Kernwort „Ökologie“ (0,13%TEXT). Nur die Jugendorganisation der Partei, das GAJB, bezieht sich noch häufiger auf diesen Begriff (0,19%TEXT).

Ein weiteres Indiz für das Selbstverständnis von Bündnis90/DIE GRÜNEN ergibt sich durch den Nachweis des häufigen, gemeinsamen Gebrauchs der Wörter der Suchkategorien TRADITION\*, FRIEDE und VERANTWORTUNG\*. Zur Interpretation dieses Ergebnisses wird an die Tradition der Partei erinnert, auf dem Gebiet der Außenpolitik für Abrüstung, Friedenssicherung und Gewaltfreiheit einzutreten.

Die Textanalyse kann weiterhin aufzeigen, daß der Schutz und Erhalt der Freiheitsrechte des Einzelnen gegenüber den Ansprüchen des Staates mit höchster Priorität verfolgt wird. Dort, wo der Staat die Freiheit des Einzelnen einschränkt, profiliert sich die Partei besonders nachhaltig. Bündnis90/DIE GRÜNEN verwendet dementsprechend Wörter der Suchkategorie STAAT\* proportional häufig (0,31%TEXT). So kann die Kontextanalyse den häufigen gemeinsamen Gebrauch von Wörtern der Suchkategorien STAAT\*, FREIHEIT, DEMOKRATIE\* sowie BÜRGER\* nachweisen.

Ein Vergleich der sechs Parteien ergibt, daß die Frequenzanalyse für die Aussagen von Bündnis90/DIE GRÜNEN der Suchkategorie DEMOKRATIE\* den zweit höchsten Flächenwert zuweist (0,16%TEXT). Eine in einem früheren Kapitel unternommene Analyse des Staatsverständnisses auf der Grundlage der „Sichtung“ des Textes wies der „grünen“ Partei die Ansicht nach, daß der Staat als eine verbindliche Institution die Förderung Jugendlicher während der Ausbildung (5.1,61), den Verzicht auf Sanktionen und Strafen (5.2,45), die Sicherung des demokratischen Rechtsstaates (5.2,11-17) und die Abschaffung der Wehrpflicht (5.3,249) dauerhaft verwirklichen und sichern soll.

In bezug auf die Freiheitsrechte des Einzelnen, jedoch nicht in bezug auf das Wirtschaftsverständnis, steht daher die Partei in der Tradition des Liberalismus, als einem „politischen

Ideenkomplex, der durch die Postulate der Selbstbestimmungsfähigkeit der Individuen durch Vernunft, der Individualfreiheit gegenüber dem Staat (Menschen- und Bürgerrechte), der Bändigung politischer Herrschaft durch die Verfassung und der Selbstregulierung der Ökonomie durch Gesetzmäßigkeiten von Markt und Wettbewerb abgesteckt ist"<sup>125</sup>. Die Suche nach Demonstrativpronomen in Artikelform (deiktische Formen) kann keine eindeutigen Ergebnisse erbringen. Die Kontextanalyse der Suchkategorie des Possessivpronomens der 1. Person Plural verweist auf einen Gebrauch in Verbindung mit den Wörtern der Suchkategorien BÜRGER\* und FREIHEIT.

Themenbezogene Assoziationsfelder der Texte von Bündnis90/DIE GRÜNEN: Die Kontextanalyse der erstellten Wortlisten ergibt, daß Bündnis90/DIE GRÜNEN das Thema „Beruf und Ausbildung“ anhand von Wörtern der Suchkategorien BÜNDNIS90\*, CHANCE, WIR und SOLLEN entfaltet. Das Modalverb „sollen“ wird für die Forderung nach einer Ausbildungsabgabe gebraucht: „Diese Umlage sollen die privaten und öffentlichen ArbeitgeberInnen zahlen, die nicht oder nur in sehr geringem Umfange ausbilden.“ (5.1,52).

Das Thema „Jugend und Gewalt“ wird in Verbindung mit Wörtern der Suchkategorien CHANCE, REFORM\*, WIR, WOLLEN und ÖKOLOG\* thematisiert. Vor Gewalt und Kriminalität warnt die Partei auf dem Gebiet der Umweltverschmutzung: „Wenn Strafverfolgungs- und Justizbehörden von der oft aufwendigen Bearbeitung kleiner Delikte entlastet werden, können sie sich auf die Verfolgung schwerer Kriminalität, etwa im Umwelt- und Wirtschaftsbereich, konzentrieren.“ (5.2,52).

Das Thema „Wehrdienst“ wird unter Verweis auf den massiven Eingriff in die Freiheit der jungen Erwachsenen in Verbindung mit Wörtern der Suchkategorien DEUTSCHLAND\*, DEMOKRATIE\* und BÜNDNIS90\* problematisiert.

---

<sup>125</sup> Wörterbuch Staat und Politik: Dieter Nohlen (Hrsg.), Bonn 1995, S. 393.

### 3.6 Das Textmodell des GAJB

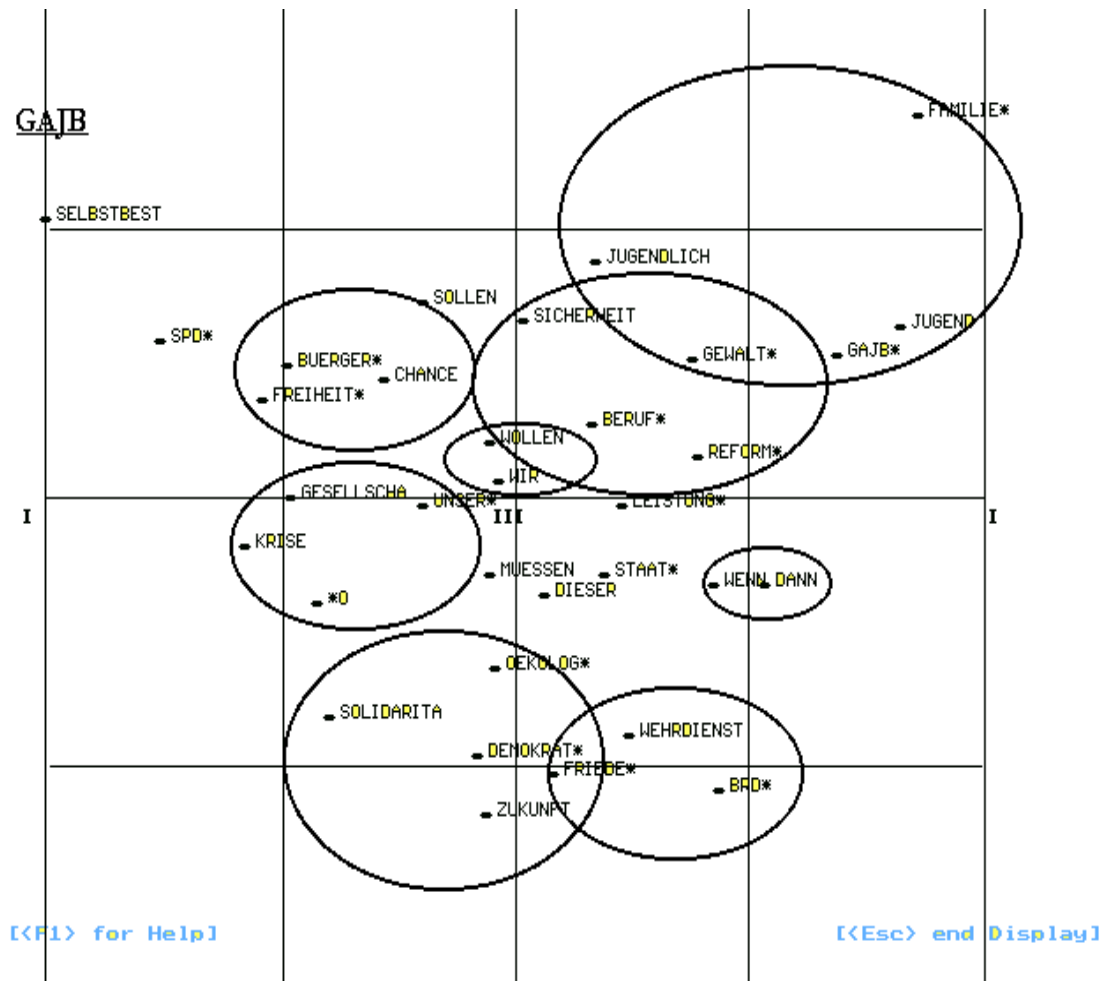


Abbildung 12

Zum Sprachgebrauch des GAJB: Das Textmodell belegt anhand der metrischen Nähe zwischen den Datenpunkten „wollen“ (0,5%TEXT), „müssen“ (0,71%TEXT) und dem Datenpunkt des Personalpronomens der 1. Person Plural „Wir“ (1,49%TEXT) eine appellative Ansprache des Empfängers.

Die Frequenzanalyse kann dem GAJB den proportional häufigsten Gebrauch des Personalpronomens der 1. Person Plural nachweisen. Satzeinleitungen, wie „Wir fordern (...)“, sind für das GAJB charakteristisch.

Da die Jugendorganisation am seltensten von der Gruppenbezeichnung „Jugendliche“ (0,09%TEXT) und ebenfalls selten von der Vokabel „Jugend“ (0,09%TEXT) Gebrauch macht, wird dem Sprachgebrauch des GAJB unterstellt, daß das Personalpronomen der 1. Person Plural mit der Bedeutung „Jugendliche“/„Jugend“ verwendet wird. Das GAJB identifiziert sich mit dieser Altersgruppe daher stark und versucht zu den Jugendlichen eine partnerschaftliche Beziehung herzustellen (Appellfunktion als Adhortativ).

Der eigene Parteiname wird gemeinsam mit den Gruppenbezeichnungen „Jugend“ und „Jugendliche“ in Zusammenhang mit dem Thema „Gewalt und Jugendkriminalität“ erwähnt.

Das Jugendbündnis erwähnt sowohl die CDU (0,03%TEXT) als auch die SPD (0,03%TEXT). Dies geschieht durch Verweis auf den, unter



Billigung der SPD beschlossenen, sogenannten „Lauschangriff“. Das Jugendbündnis wirft der Bundesregierung vor: „(...) Statt dessen baut sie im Einklang mit den Law-and-order-PolitikerInnen der SPD die freiheitlichen BürgerInnenrechte ab.“ (6.2,19). Der Vergleich der Parteien in Hinblick auf den Gebrauch bestimmter Konjunktionen, deren Verwendung ein Indiz für eine dogmatische Denkweise sein kann, ergibt für das GAJB, nach der Jungen Union, den proportional niedrigsten Gebrauch (0,96%TEXT). Selten verwendet das GAJB statistische Daten (0,06%TEXT). Die textanalytische Suche nach der Verwendung der syntaktischen Strategie des „Wenn-Dann“ und ihres Verwendungsbezuges legt die Verwendung eines Konditionalsatzes im Zusammenhang mit dem Begriff „Staat“ nahe.

Zur Gruppenideologie (Weltbildanalyse) des GAJB: Vergleichbar mit der Partei von Bündnis90/DIE GRÜNEN bezieht sich das Jugendbündnis selten (0,06%TEXT) auf die GESELLSCHAFT. Das einmal gemeinsam mit dem Begriff „Gesellschaft“ gebrauchte Possessivpronomen der 1. Person Plural dürfte demnach nicht als Nachweis für eine affirmative Beziehung gegenüber der Gesellschaft gewertet werden. Statt dessen fordert das GAJB einen gesellschaftlichen Umbau: „Die fortschreitende Zerstörung unserer Umwelt, die Verschwendung von Energiereserven und die Ausbeutung der Dritten Welt durch die Industriestaaten sind Entwicklungen, die einen Umbau unserer Gesellschaft erfordern.“ (6.1,13).

Die Wahrnehmung einer Krisenhaftigkeit der Gesellschaft kann durch die Sichtung des Textes und den Nachweis des gemeinsamen Gebrauchs von Wörtern der Suchkategorien GESELLSCHAFT und KRISE belegt werden.

Selten verwendet werden Wörter der Suchkategorien VERANTWORTUNG\* (0%TEXT), TRADITION\* (0%TEXT), LEISTUNG\* (0,12%TEXT) und DEUTSCHLAND\* (0%TEXT). Berücksichtigt man das weitere, daß das GAJB am zweithäufigsten der sechs Gruppen Wörter der Suchkategorie REFORM\* verwendet (0,25%TEXT), muß dieser politischen Gruppe ein eher reformorientiertes Verhältnis zur Gesellschaft zugewiesen werden.

Damit stimmt das „grüne“ Jugendbündnis in hohem Maße mit den Einstellungen der jungen Anhänger von Bündnis90/DIE GRÜNEN überein. So ergab die Umfrage der Shell-Studie '97 bezüglich der Chancenwahrnehmung der jugendlichen Anhänger von Bündnis90/DIE GRÜNEN, daß sie ihre und die gesellschaftliche Zukunft eher pessimistisch bewerten und in ihrem Politik- und Gesellschaftsverständnis eher skeptisch bleiben<sup>126</sup>.

Das GAJB bezieht sich von den untersuchten sechs politischen Gruppen am zweithäufigsten auf Wörter der Suchkategorie STAAT\* (0,37%TEXT). Dort, wo Jugendliche betroffen sind, müssen staatliche Rahmenbedingungen verändert werden. Im besonderen Maße bemüht sich das GAJB um die Reform des Strafrechts und der Wehrpflicht. Dem Thema „Wehrdienst“ werden daher auch die Wörter der Suchkategorien FRIEDE, DEMOKRATIE\*, BRD\* und ZUKUNFT kritisch gegenübergestellt.

Das GAJB verwendet im Vergleich zu den anderen fünf politischen Gruppen die Hochwertwörter „Friede“ (0,16%TEXT) und „Freiheit“ (0,09%TEXT) am proportional häufigsten. Oftmals kann dem GAJB die Verwendung von Wörtern der Suchkategorie ÖKOLOG\* nachgewiesen werden (0,19%TEXT). Ein Vergleich der untersuchten Parteien zeigt, daß nur die Partei von Bündnis90/DIE GRÜNEN, das GAJB und die Jusos diesen Begriff verwenden.

Ein weiteres Indiz zur Beschreibung des Weltbildes ergibt sich anhand der häufigen gemeinsamen Verwendung von Wörtern der

---

<sup>126</sup> Vgl. Anm. 18, S. 332.

Suchkategorien BÜRGER\* und FREIHEIT. Die Individualfreiheit soll nach Ansicht des GAJB gegenüber dem Staat und seinen Ansprüchen verstärkt verteidigt werden.

Themenbezogene Assoziationsfelder der Texte des GAJB: Die Kontextanalyse der erstellten Wortlisten zeigt, daß das GAJB das Thema „Beruf und Ausbildung“ anhand von Wörtern der Suchkategorie REFORM\*, LEISTUNG, WIR und WOLLEN entfaltet. Der Begriff „Leistung“ wird dennoch nicht im Sinne eines „Verteilungsmechanismus“ für Ausbildungs- und Arbeitsplätze verwendet, sondern im Zusammenhang mit der Forderung nach Berücksichtigung der „schulischen Leistungen“ bei der Bewertung der Fähigkeiten eines Auszubildenden, welche dazu beitragen soll, die Abschlußprüfung gegen Ende der Berufsausbildung überflüssig zu machen (6.1,91).

Das Thema „Gewalt und Jugendkriminalität“ wird mit Wörtern der Suchkategorie REFORM\*, WIR, WOLLEN, GAJB\* und gemeinsam mit dem Thema „Beruf und Ausbildung“ verwendet. Gewalt und Jugendkriminalität sieht das Jugendbündnis auch in Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit kausal verknüpft: „(...) Die Bundesregierung tut dies nicht. Sie korrigiert nicht die eigentlichen Ursachen von Gewalt, wie die steigende Arbeitslosigkeit, die verfehlte Ausländer-, Drogen- oder Jugendpolitik.“ (6.2,19).

Das Thema „Wehrdienst“ wird in Verbindung mit Wörtern der Suchkategorien BRD\*, DEMOKRATIE\*, FRIEDE und ZUKUNFT angesprochen.

#### **4 Zusammenfassung der Ergebnisse**

Die ausgewählten Texte konnten unter Verweis auf die ermittelten Frequenzen für die Begriffe der vier Wortlisten in Hinblick auf ihre kommunikativen und pragmatischen Wirkungsabsichten als werbende, politische Botschaften klassifiziert werden. Das Textcorpus wurde auf die Verwendung einer Anzahl von Begriffen untersucht, welche sich unter Zuhilfenahme einer semantischen Analyse als Bestandteil des „politisch-ideologischen Diskurses“ nachweisen ließen. Infolge ihres Gebrauchs durch die Parteien wurden sie als „Schlagwörter“, „Schlüsselwörter“ und „Hochwertwörter“ klassifiziert. Die Untersuchung der darstellenden Eigenschaften dieser Begriffe ergab, daß die sechs untersuchten politischen Gruppen Sprache nicht nur zur „Benennung einer Sache“, sondern vor allem zur Erzeugung einer zumeist positiven und emotionalen Vorstellung verwendeten.

Des weiteren gelang es, den sechs politischen Gruppen charakteristische Merkmale ihrer Sprachverwendung, bspw. Konjunktionen, Modalverben, Pronomina etc., empirisch und kontextuell nachzuweisen. Die Ergebnisse sollen nun abschließend zusammengefaßt werden:

Ansprache des Empfängers: Zusammenfassend ist festzuhalten, daß auf der Grundlage der Ergebnisse der Frequenzanalyse sowie der Kontextanalyse für jede der sechs untersuchten politischen Gruppen der Nachweis einer appellativen Ansprache des Empfängers erbracht werden konnte. Dies geschah zumeist in Form des Personalpronomens der 1. Person Plural in Verbindung mit Modalverben. Die oppositionellen politischen Gruppen charakterisierten sich durch die häufig nachweisbare Ansprache: „Wir wollen (...)“. Charakteristisch für den Sprachgebrauch des GAJB sowie der SPD war die Einbeziehung der Partei in die eigenen Forderungen und Kritikpunkte, wodurch gleichzeitig eine symmetrische und

partnerschaftliche Interaktion offeriert werden sollte (Appellfunktion als Adhortativ).

Die „konservativen“ politischen Gruppen mieden zur Ansprache der Rezipienten weitestgehend sowohl das „kollektivstiftende Pronomen“ „Wir“ als auch das Modalverb „wollen“. Statt dessen richteten sie sich als Organisation „CDU“ und „Junge Union“ an ihre Empfänger und versuchten durch imperativische Forderungen, welche sich auf „Sachzwänge“ und Gefahren zurückführen lassen, beim Wähler Glaubwürdigkeit und Kompetenz zu erzeugen.

Selbstbilder der politischen Gruppen: Ein Vergleich der sechs untersuchten politischen Gruppen erbrachte unterschiedliche Selbstbilder, die sich tendenziell dadurch auszeichneten, daß sich die Sender entweder mit der Gruppe der Jugendlichen identifizierten (GAJB), sich als Vertreter der Interessen der Jugendlichen (JU, Jusos) oder als Vertreter eines kritischen Teils der Gesellschaft sahen (B'90/GRÜNE) oder sich als auf Ausgleich bedachte Vermittler zwischen den Interessen der Gesellschaft und der Gruppe der Jugendlichen darstellten (CDU, SPD).

Modalverben: Der Vergleich der Flächenwerte der Modalverben zeigte, daß den Texten der oppositionellen, politischen Gruppen der Gebrauch des Modalverbs „wollen“ und den Texten der „konservativen“ Parteien eher die Verwendung des Modalverbs „müssen“ nachgewiesen werden konnte. Es wurde daher unterstellt, daß sich die CDU und die Junge Union dadurch profilieren, daß sie sich den Sachzwängen der Politik verpflichtet sehen und durch die Formulierung von Notwendigkeiten ihre politische Kompetenz zum Ausdruck bringen.

Beziehungsaspekte zwischen Sender und Empfänger: Paul Watzlawick's zweites, metakommunikatives Axiom menschlicher Kommunikation besagt, daß jede menschliche Kommunikation sowohl über einen Inhaltsaspekt als auch über einen Beziehungsaspekt verfügt:

*„Gleichzeitig aber enthält jede Mitteilung einen weiteren Aspekt, der viel weniger augenfällig, doch ebenso wichtig ist - nämlich einen Hinweis darauf, wie ihr Sender sie vom Empfänger verstanden haben möchte. Sie definiert also, wie der Sender die Beziehung zwischen sich und dem Empfänger sieht, und ist in diesem Sinn seine persönliche Stellungnahme zum anderen.“<sup>127</sup>*

Die Ergebnisse der Untersuchung des Sprachgebrauchs der sechs politischen Gruppen legten nahe, daß den parteiprogrammatischen Aussagen unterschiedliche Beziehungsaspekte zwischen Partei und Wählern, d. h. Beziehungsdefinitionen, zugrunde lagen:

Je nachdem, welches Selbstbild die Parteien vertraten und je nachdem, wie der Empfänger angesprochen wurde und welche Modalverben häufiger Verwendung fanden, wurde den Sendern entweder das sprachliche Bemühen um eine tendenziell symmetrische und partnerschaftliche Beziehung unterstellt (GAJB, SPD, Jusos, B'90/GRÜNE) oder eine eher asymmetrische und komplementäre Beziehungsdefinition nahegelegt (CDU, JU).

Dogmatische Denkweise: Der Vergleich der Parteien in Hinblick auf den Gebrauch bestimmter Konjunktionen (aber, dennoch, zwar, gerade, jedoch, auch, trotz), deren Verwendung ein Indiz für eine dogmatische Denkweise sein kann, ergab für die Junge Union den niedrigsten Gebrauch.

---

<sup>127</sup> Vgl.: Menschliche Kommunikation: Paul Watzlawick/ Janet H. Beavin/ Don D. Jackson (Hrsg.), Formen, Störungen, Paradoxien, Bern/ Stuttgart/ Wien <sup>6</sup>1982, S. 53ff.

Die Frequenzanalyse ergab für die Jusos den höchsten Flächenwert (1,37%TEXT). Eine denkbare Erklärung für den häufigen Gebrauch dieser Konjunktionen wurde in der Gegensätzlichkeit zwischen den gruppenspezifischen, idealistischen Überzeugungen der Jusos und dem Zustand der komplexen und widersprüchlichen sozialen Wirklichkeit aufgezeigt.

Verwendung statistischer Daten: Ein Vergleich der politischen Gruppen in Hinblick auf die Häufigkeit der Verwendung statistischer Daten ergab für die Alternativpartei des Bündnis90/DIE GRÜNEN einen überproportional hohen Gebrauch. Dies wurde durch die Annahme begründet, daß sich die Parteimitglieder von Bündnis90/DIE GRÜNEN überwiegend als „postmaterialistisch orientierte junge Angehörige der neuen Mittelschichten mit einem hohen Ausbildungsstand“<sup>128</sup> charakterisieren lassen. Ein auf statistische Daten verweisender Behauptungsakt scheint daher in Hinblick auf das Stammwählermilieu der „grünen“ Partei besonders geeignet, Vertrauen und Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen.

Gruppenbezeichnungen: Eine Untersuchung der Gruppenbezeichnungen der sechs Sender ergab, daß die Gruppenbezeichnung des „typisierenden Singulars“ („Jugend“) selten verwendet wurde. Den Aussagen der CDU und der Jungen Union konnte der häufigste Gebrauch der Gruppenbezeichnung „Jugendliche“ nachgewiesen werden. Ein Vergleich der Flächenwerte der Suchkategorien JUGEND und JUGENDLICHE\* zeigte, daß sich die SPD insgesamt am seltensten auf die Gruppe der Jugendlichen bezog. Zwar verwendete das GAJB noch seltener diese Gruppenbezeichnungen, jedoch wurde dem Sprachgebrauch des GAJB unterstellt, daß das Personalpronomen der 1. Person Plural mit der Bedeutung „Jugendliche“ verwendet wurde und sich daher das GAJB mit dieser Altersgruppe stark identifiziert. Dem Sprachgebrauch der SPD wurde unterstellt, daß eine sozial selektierende Ansprache der Empfänger vermieden werden soll (Integration anstatt Distinktion).

Den Texten von Bündnis90/DIE GRÜNEN, dem GAJB und der SPD wurde die proportional häufigste Verwendung des Begriffs „Bürger“ nachgewiesen. Der „grünen“ Partei wurde unterstellt, daß sie sich nicht als „Volkspartei“ verstanden wissen wollte, sondern sich vor allem an den „kritischen“ und „aufgeklärten“ Bürger wendete. Im Gegensatz zu den „grünen“ Parteien und den Jusos bezogen sich die CDU, die Junge Union sowie die SPD häufig auf die „Gesellschaft“. Das Ergebnis scheint die Rolle von SPD und CDU innerhalb des politischen Systems als „Volksparteien“ wiederzugeben.

Für Bündnis90/DIE GRÜNEN, das GAJB sowie für die SPD ergab sich ein deutlicher Inhaltsschwerpunkt bezüglich der Suchkategorie STAAT\*. Die Kontextanalyse sowie die „manuelle“ Sichtung des Textcorpus wies den genannten politischen Gruppen unterschiedliche Bedeutungsnuancen zu. Entsprechend der Hauptthese der C-Parteien „Weniger Staat – Mehr Markt“ nannte das „konservative“ Lager den Begriff „Staat“ selten. Vereinfacht gesagt, korreliert die häufige Nennung der Wörter dieser Suchkategorie mit dem Wunsch nach Veränderung des Staatswesens.

Der Vergleich der sechs untersuchten politischen Gruppen bezüglich der Parteiennennung ergab für die SPD die zahlreichste Nennung ihres eigenen Parteinarbens „SPD“. Am zweithäufigsten nannte die Junge Union ihren eigenen Parteinamen.

Diffamierung: Am häufigsten innerhalb des untersuchten Textcorpus nannte die SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN den Parteinamen des politischen Gegners. Die SPD erwähnte die CDU (0,39%TEXT)

---

<sup>128</sup> S. o. Anm. 46, S. 198.

häufiger, als sich die CDU selbst nannte (0,35%TEXT). Bündnis90/DIE GRÜNEN bezog sich sogar noch häufiger auf die „CDU“ (0,29%TEXT), als es sich selbst nannte (0,18%TEXT). Dies geschah häufig zum Zwecke der Diffamierung und der Schmähung. Gleichzeitig konnte ausschließlich für die SPD und die Jusos der Gebrauch der Bezeichnung „konservativ“ nachgewiesen werden. Es wurde zur Schmähung der Politik der C-Parteien und zur Abgrenzung der eigenen Überzeugungen verwendet. Die Junge Union dagegen gebrauchte die Bezeichnung „sozialistisch“ im Zusammenhang mit dem Bildungswesen, indem es die Bildungspolitik der oppositionellen Parteien als „sozialistische Feldversuche“ diffamierte.

Possessivpronomen der 1. Person Plural: Die Interpretation der grafischen Ergebnisdarstellung der Kontextanalyse legte nahe, daß sich die Parteien der CDU und der SPD besonders häufig durch den Gebrauch des Possessivpronomens der 1. Person Plural auf die Gesellschaft bezogen. Bündnis90/DIE GRÜNEN bezogen sich in diesem Zusammenhang häufig auf die Gruppenbezeichnung „Bürger“, weshalb davon ausgegangen wurde, daß sich die Partei eher an einzelne Personen richtete und sich nicht als Volkspartei verstanden wissen wollte.

Demonstrativpronomen in Artikelform (deiktische Form): Die Interpretation der grafischen Ergebnisdarstellung der Kontextanalyse legte nahe, daß sich die Partei der CDU unter Verwendung des Demonstrativpronomens in Artikelform auf Wörter der Suchkategorien KRISE und GEWALT\* bezog. Die Partei der Jusos bezog sich in diesem Zusammenhang auf den Begriff „Staat“. Die Annahme, daß sich die Verwendung des Demonstrativpronomens in Artikelform als Ausdruck von Distanziertheit zu den erwähnten Objekten interpretieren läßt, konnte für diese beiden Fälle bestätigt werden.

Zukunftsentwürfe/ Vergangenheitsdeutungen: Die Untersuchung konnte eine „parteiübergreifende“ utopische Aufladung der Texte nachweisen. Dies gelang durch den Nachweis des häufigen Gebrauchs des Schlagworts „Zukunft“ und Wörter der Suchkategorie REFORM\*: (Erneuerung , Innovation , Veränderung\* , Wandel , Wechsel), welche zur Erzeugung eines Erwartungspotentials besonders geeignet sind.

Trotz der dokumentierten Nähe des Begriffs „Zukunft“ zur Parteiterminologie der CDU, konnte der SPD und dem Bündnis90/DIE GRÜNEN eine zahlreichere Verwendung nachgewiesen werden. Die Jugendorganisationen gebrauchten im Vergleich zu den Mutterparteien seltener das Schlagwort „Zukunft“. Von ihnen formulierte die Junge Union am häufigsten den Begriff und unterstrich damit ihren, auf Wissenschaft und Modernisierung begründeten, optimistischen Zukunftsentwurf.

Zur Bewältigung der gegenwärtigen Probleme wurde von keiner der politischen Gruppen auf „Tradition“ und „Erfahrung“ verwiesen. Zwar gebrauchten SPD und Jusos diese Begriffe, sie verwiesen dennoch nur in bezug auf die Außenpolitik auf die Möglichkeit, auf Erfahrungen zurückgreifen zu können.

Daher scheint es kaum verwunderlich, daß Veränderungen angemahnt wurden. Die errechneten Flächenwerte für jene, als „Terminologie der Bewegung“ umschriebene, Wortliste der Suchkategorie REFORM\* wiesen der SPD den häufigsten Gebrauch nach. In ihrer Rolle als Oppositionspartei mahnte sie Veränderungen zum Zwecke der Verbesserung der Lebensverhältnisse an. Vergleichbare Ergebnisse konnten für die Texte von Bündnis90/DIE GRÜNEN sowie des GAJB ermittelt werden.

Deutlich zurückhaltend gebrauchte die CDU sowie die Junge Union diese Terminologie. Mahnte die Junge Union noch Veränderungen in

Hinblick auf die Ausbildungssituation durch eine staatlich geförderte Technologieförderung an, so ergab die Kontextanalyse des CDU-Textes, daß im Zusammenhang mit den drei jugendspezifischen Themen kaum von Wörtern der Suchkategorie REFORM\* Gebrauch gemacht wurde. Eine denkbare Hypothese dafür könnte in der Einschätzung der CDU liegen, daß der vorherrschende Anpassungsdruck auf die sich ständig verändernden Lebensverhältnisse dazu geführt hat, daß die Zustimmungsbereitschaft vieler Bundesbürger hinsichtlich Reformen stark zurückgegangen ist, weshalb sich die Forderung nach Veränderungen für die CDU nachteilig auswirken würde. Paul-Hermann Gruner verweist in diesem Zusammenhang auf die Strategie Helmut Kohls, Optimismus, Zuversicht und Lebensmut anstelle von Pessimismus und Zweifel zu vermitteln: „Dieses gelebte Bild des selbstsicheren Vertrauens in die Zukunft befriedigt weiträumig die psychologische Disposition, in sozial angespannten Zeiten nicht auch noch deprimierende Wahrheiten anhören zu müssen.“<sup>129</sup>.

Eine Kontextanalyse der für CDU und Jusos vergleichbar häufig nachgewiesenen Begriffe „Krise“ und „Probleme“ ergab, daß die CDU eine Krisenhaftigkeit vor allem durch die mangelnde Vermittlung von Werten innerhalb der Familie gefunden zu haben glaubte. Die Jusos dagegen verwiesen auf mangelnde Sozialarbeit, Gewalt- und Drogenproblematik sowie den Rechtsextremismus in Verbindung mit Problemen junger Menschen und machten den Gesetzgeber für die Probleme Jugendlicher verantwortlich.

„Chancen“ und „Gelegenheiten“ in Hinblick auf die ausgewählten drei Sachthemen sahen vor allem die SPD und das Bündnis90/DIE GRÜNEN.

Weitere Schlüsselwörter und Hochwertwörter (Gruppenideale): Die Untersuchung des Textcorpus mittels der Frequenz- und der Kontextanalyse wies den sechs politischen Gruppen unterschiedliche Gruppenideale zu. Neben den Ergebnissen der Kontextanalyse, deren grafische Darstellung der „Beziehungsgeflechte“ der Suchwörter zueinander weitere Aussagen bezüglich des Argumentationsmusters der Parteien zu treffen erlaubte (siehe vorhergehendes Kapitel), manifestierten sich die Ziele und gruppeneigenen Überzeugungen der Sender oftmals durch die Häufigkeit des Gebrauchs von Schlüsselwörtern und Hochwertwörtern.

Die Mutterparteien verwendeten im Gegensatz zu ihren Jugendorganisationen seltener Hochwertwörter, sondern veranschaulichten ihre Gruppenideale vornehmlich durch den Gebrauch von Schlüsselwörtern („Leistung“, „Ökologie“, etc.).

Die Untersuchung ergab für die Aussagen der SPD die überproportionale Verwendung der Begriffe „Demokratie“, „Wohlstand“, „Leistung“ sowie „Verantwortung“. Für die CDU ergaben sich Schwerpunkte für die Begriffe „Deutschland“, „Leistung“ sowie „Verantwortung“. Die von beiden Parteien gleichermaßen genannten Begriffe „Leistung“ und „Verantwortung“ wurden durch die Einzelbetrachtung des Kontextes disambiguiert und, den unterschiedlichen Ideologien der Parteien entsprechend, als bedeutungsdifferent dechiffriert. Für das Bündnis90/DIE GRÜNEN erbrachte die Analyse der Gruppenideale auf der Ebene der politischen Termini einen Schwerpunkt für das Begriffsfeld „Ökologie und Umwelt“ sowie für den Begriff „Demokratie“.

Eine Tendenz zu idealen, politischen Positionen ließ sich infolge höherer Frequenzen für Hochwertwörtern und anhand der Sichtung der Ergebnisse der Kontextanalyse den Jugendorganisationen nachweisen. Die Jusos verwiesen häufig auf „Selbstbestimmung“, „Gerechtigkeit“ und „Demokratie“. Für das GAJB ließen sich überproportional häufig

---

<sup>129</sup> S. o. Anm. 59, S. 77.

die Schwerpunkte „Selbstbestimmung“, „Friede“, „Freiheit“, „Ökologie und Umwelt“ bestimmen. Die Junge Union unterstrich ihre Nähe zu ihrer Mutterpartei und verwendete als zentrale politische Vokabeln die Begriffe „Leistung“, „Tradition“ sowie „Deutschland“.

Vergleich der sozialwissenschaftlich mit den sprachwissenschaftlich gewonnenen Ergebnissen: Der Vergleich der Inhaltsaspekte der parteiprogrammatischen Aussagen der sechs politischen Gruppen, die sich mit der Interpretation der sozialen Wirklichkeit beschäftigten, ergab folgende Ergebnisse:

Die programmatischen Aussagen der drei Jugendorganisationen zeichneten sich durch eine besondere Nähe zu den Einstellungsstrukturen der Jugendlichen aus. Dabei fiel auf, daß besonders jene Einstellungen und Wünsche antizipiert wurden, welche in den Augen der jungen Wähler der jeweiligen Mutterpartei gültig und erstrebenswert sind:

So entsprachen die Aussagen der sich betont gesellschaftlich affirmativ und optimistisch gebenden Jungen Union den Ansichten der 18-24jährigen CDU/CSU-Anhänger. Die Anhänger der CDU/CSU glauben, vereinfacht gesagt, „daß diese Gesellschaft im großen und ganzen – trotz einiger Korrekturen vor allem im Umweltbereich – in Ordnung ist und daß sie darin einen befriedigenden Platz für sich finden werden.“<sup>130</sup>.

Ein Vergleich der Programmatik der Jusos mit dem Einstellungsprofil der jungen Anhänger der SPD, die durchschnittlich ältere, männliche Jugendliche sind, welche die eigene und die gesellschaftliche Zukunft eher düster bewerten und deren politisches Interesse eher durchschnittlich vorhanden ist<sup>131</sup>, offenbarte hinsichtlich der selbst wahrgenommenen Chancenstruktur und dem Grad an gesellschaftlicher Integration ebenfalls Übereinstimmungen.

Das „grüne“ Jugendbündnis stimmte hinsichtlich seines Anspruchs auf Veränderung der „Tiefenstrukturen“ der Gesellschaft in hohem Maße mit den Bedürfnissen der jungen Anhänger von Bündnis90/DIE GRÜNEN überein. So ergab die Umfrage der Shell-Studie '97 bezüglich der Chancenwahrnehmung der jugendlichen Anhänger von Bündnis90/DIE GRÜNEN, daß sie ihre und die gesellschaftliche Zukunft eher pessimistisch bewerten und in ihrem Politik- und Gesellschaftsverständnis eher skeptisch bleiben<sup>132</sup>.

Zu Beginn dieser Untersuchung wurde die Funktion der Sonderorganisationen von Parteien dadurch bestimmt, daß sie die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen (der jungen Wahlberechtigten) innerhalb der Partei artikulieren. Die Ergebnisse der Textanalyse zeigen, daß die Jugendorganisationen vor allem jene Interessen berücksichtigen, welche von potentiellen Anhängern der jeweiligen Mutterpartei und dessen Wählermilieu artikuliert werden.

Da jedoch die Gruppe derjenigen jungen Wahlberechtigten, die keiner Partei nahe stehen, am größten ist (38%), wäre ein stärkeres Bemühen der Parteien um Berücksichtigung der Interessen aller Jugendlichen wünschenswert und notwendig.

So kam die Shell Jugendstudie '97 zu dem Ergebnis, daß nicht die Jugendlichen an der Politik desinteressiert sind, sondern im Gegenteil die Politik an ihnen nicht interessiert ist. Nicht die Politikverdrossenheit der Jugend, sondern die Jugendverdrossenheit der Politik wurde von vielen Jugendlichen beklagt.

---

<sup>130</sup> S. o. Anm. 18, S. 332.

<sup>131</sup> Vgl. Anm. 18, S. 332.

<sup>132</sup> Vgl. Anm. 18, S. 332.

## 5 Ausblick

Die vorliegende Arbeit versuchte, einige charakteristische Tendenzen bezüglich der Sprachverwendung politischer Gruppen, welche in der Gunst junger Wähler stehen, näher zu beschreiben. Die Textanalyse des Textcorpus wurde in der Annahme durchgeführt, daß sich unterschiedliche Interessen, Werte, Weltbilder, Bewußtseinsprägungen, Inhalts- und Beziehungsaspekte der Aussagen anhand des Sprachgebrauchs der politischen Gruppen nachweisen lassen. Dafür wurden unter Verwendung einer computergestützten Textanalyse insgesamt 46 Suchkategorien erstellt und mit dem Textcorpus verglichen und ihren Sendern zugeordnet.

Die im vorhergehenden Kapitel unternommene Zusammenfassung der verwendeten sprachlichen Mitteln konnte den sechs politischen Gruppen charakteristische Merkmale der Sprachverwendung nachweisen.

Nicht untersucht werden konnte auf der Grundlage der verwendeten Untersuchungsmethode die Verwendung von Neologismen.

Eine weitergehende Untersuchung könnte sich dieser Arbeit anschließen, um weitere sprachpragmatische und lexikalisch-semantische Merkmale, wie unterschiedliche Wortprägungen, zu ermitteln.

Der Vergleich zwischen den Aussagen der Jugendorganisationen mit den Mutterorganisationen ergab, daß sich die Jugendorganisationen durch eine besondere Nähe ihrer Interpretation der sozialen Wirklichkeit (Inhaltsaspekte) zu den Bedürfnissen und Einstellungsstrukturen junger Wahlberechtigter auszeichneten.

Die Mutterparteien verstanden sich statt dessen als Volksparteien (SPD, CDU) oder als Vertreter der Interessen von „kritischen“ und „aufgeklärten“ Bürgern (Bündnis90/DIE GRÜNEN).

Die sprachkritische Analyse der den Aussagen zugrunde liegenden Beziehungsaspekte unterstrich diese Annahme, denn es konnte nachgewiesen werden, daß sich die Jugendorganisationen entweder mit den Jugendlichen identifizierten (GAJB), oder sich als Interessenvertreter der Gruppe der Jugendlichen darstellten (Junge Union, Jusos).

Einschränkend muß bemerkt werden, daß vor allem jene jungen Bevölkerungsgruppen von den Jugendorganisationen berücksichtigt wurden, welche dem jeweiligen Wählermilieu der eigenen Mutterpartei angehören.

Die Nähe der Jugendorganisationen zu ihren jeweiligen Mutterorganisationen und deren Wählermilieus zeigte sich nicht zuletzt durch einen identischen Sprachgebrauch (Ansprache der Empfänger, Selbstbild, Verwendung von Modalverben, Verwendung von Wörtern der Suchkategorie REFORM\* und der vergleichbare Gebrauch politischer Termini, wie „Demokratie“ und „Gerechtigkeit“ (Jusos und SPD), „Ökologie“ (GAJB und B'90/GRÜNE) sowie „Leistung“ und „Deutschland“ (Junge Union und CDU).

Da jedoch die Gruppe derjenigen jungen Wahlberechtigten, die keiner Partei nahe stehen, am größten ist (38%), muß davon ausgegangen werden, daß sie sich in den Angeboten der Parteien nicht wiedererkennen und ihre Interessen daher auch nicht artikuliert werden.

In Anbetracht der Tatsache, daß die DVU in Sachsen-Anhalt rund 30% der Jungwähler für sich gewinnen konnte und die DVU zur Bundestagswahl am 27. September dieses Jahres antritt, bleiben „Taten“ zur Verbesserung der Lebenssituation aller Jugendlichen



unverzichtbar und müssen den Ankündigungen und Versprechen der Parteien, die mit der Regierungsverantwortung und der Gesetzgebungskompetenz betraut werden, folgen.

- 
- ♦ **Adam, Hermann:** Wirtschaftspolitik und Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Bonn <sup>3</sup>1995.
  - ♦ **Bachem, Rolf:** Einführung in die Analyse politischer Texte, München <sup>1</sup>1979.
  - ♦ **Begriffe besetzen:** F. Liedtke/ M. Wengeler/ K. Böke (Hrsg.), Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik, Opladen 1991.
  - ♦ **Bergsdorf, Wolfgang:** Auf dem Weg ins Jahr 2000. Aufsätze zur Politik und Kultur, Bonn 1996.
  - ♦ **Bergsdorf, Wolfgang:** Über die Macht der Kultur: Kommunikation als Gebot der Politik, Stuttgart 1988.
  - ♦ **Bock, Johannes:** Zur Inhalts- und Funktionsanalyse der Politikerrede. Ein Beitrag zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Staatsbürger und Politiker, Frankfurt a. M. 1982.
  - ♦ **Bühler, Karl:** Sprachtheorie. Die Darstellungsfunktion der Sprache, Stuttgart <sup>2</sup>1965.
  - ♦ **Brier, Alan und Reiter, Andrea:** Methoden zur Ermittlung von Ähnlichkeitswerten von Kontextwörtern und ihre Anwendung in einer ideologiekritischen Zeitschriftenanalyse, in: Computer in den Geisteswissenschaften: Manfred Thaller/ Albert Müller (Hrsg.), Konzepte und Berichte, Studien zur Historischen Sozialwissenschaft; 7, Frankfurt a. M. 1989, S. 87-137.
  - ♦ **Brier, Alan:** Analysis of joint frequencies of words in a text. User notes for programm Hamlet, Department of Politics. University of Southampton, Highfield Southampton SO9 5NH.
  - ♦ **Brinker, Klaus:** Linguistische Textanalyse. Eine Einführung in Grundbegriffe und Methoden, Berlin <sup>2</sup>1988.
  - ♦ **Dieckmann, Walther:** Sprache und Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache, Heidelberg 1969.
  - ♦ **Die politischen Parteien in Deutschland:** Günter Olzog/ Hans-J. Liese (Hrsg.), Geschichte. Programmatik. Organisation. Personen. Finanzierung, München und Landsberg a. Lech <sup>23</sup>1995.
  - ♦ **Frankfurter Allgemeine Zeitung** vom 12.2.1998, S.13, „Existenzgründer schaffen weniger Stellen“.
  - ♦ **Frankfurter Rundschau** vom 30.3.1998, S. 1, „Rüttgers will das 13. Schuljahr abschaffen“.
  - ♦ **Gruner, Paul-Hermann:** Die inszenierte Polarisierung. Die Wahlkampfsprache der Parteien in den Bundestagswahlkämpfen 1957 und 1987, Frankfurt a. M./ Bern/ New York/ Paris 1990.
  - ♦ **Handbuch der Jugendforschung:** Heinz-Hermann Krüger (Hrsg.), Opladen 1992.
  - ♦ **Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland:** Uwe Andersen/ Wichard Woyke (Hrsg.), Bonn 1992.
  - ♦ **Jugend '97 :** Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierung, Opladen 1997.
  - ♦ **Jugend und Politik:** Christian Palentien/ Klaus Hurrelmann (Hrsg.), Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, Neuwied/ Kriftel/ Berlin 1997.
  - ♦ **Begriffe besetzen:** F. Liedtke/ M. Wengeler/ K. Böke (Hrsg.), Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik, Opladen 1991.

- ♦ **Klein, Josef:** Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung, Opladen 1989.
- ♦ **Kleinherz, Thomas:** Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1995.
- ♦ **Kurz, Robert:** Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie, Frankfurt a. M. 1991.
- ♦ **Menschliche Kommunikation:** Paul Watzlawick/ Janet H. Beavin/ Don D. Jackson (Hrsg.), Formen, Störungen, Paradoxien, Bern/ Stuttgart/ Wien <sup>6</sup>1982.
- ♦ **Nowottnick, Marlies:** Jugend, Sprache und Medien. Untersuchungen von Rundfunksendungen für Jugendliche, Berlin/ New York 1989.
- ♦ **Palmer, Christoph E.:** Der Bundestagswahlkampf 1986/1987. Eine systematische Darstellung der Wahlkampfführung der Bundesparteien und der Rahmenbedingungen der Wahl, Frankfurt a. M./ Berlin/ Bern/ New York/ Paris/ Wien 1993.
- ♦ **Paprotzki, Wolfgang:** Textanalyse mit Hilfe des Computers, Berlin 1973.
- ♦ **Polenz, Peter von:** Deutsche Satzsemantik. Grundbegriffe des Zwischen-den-Zeilen-Lesens, Berlin 1985.
- ♦ **Schlosser, Horst Dieter:** Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen, Köln 1990.
- ♦ **Sprache im Konflikt:** Ruth Reiher (Hrsg.), Zur Rolle der Sprache in sozialen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen, Berlin/ New York 1995.
- ♦ **Sprache, Politik, Öffentlichkeit:** Armin Burkhardt/ Walther Dieckmann/ K. Peter Fritzsche (Hrsg.), Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende“ und „Vereinigung“, Berlin/ New York 1992.
- ♦ **Toman-Banke, Monika:** Die Wahlslogans von 1949 bis 1994, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beiträge zur Wochenzeitung Das Parlament, B 51-52 (1994), Bonn 1994, S.47-55.
- ♦ **Wachtel, Martin:** Die Darstellung von Vertrauenswürdigkeit in Wahlwerbespots. Eine argumentationsanalytische und semiotische Untersuchung zum Bundestagswahlkampf 1987, Tübingen 1988.
- ♦ **Wörterbuch Staat und Politik:** Dieter Nohlen (Hrsg.), Bonn 1995.

#### Werbematerialien:

Broschüren und andere Materialien entweder

- a. aus dem Darmstädter Wahlkampf-Material-Archiv der TH-Darmstadt, Schloß (Staatsarchiv) Darmstadt,
- b. aus der Sammlung des Autors  
oder
- c. (Aktionsprogramme) aus den Bundesgeschäftsstellen und Landesgeschäftsstellen der Parteien, Frankfurt a. M. und Bonn.